DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

188 17. JAHRGANG Mai 2000 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

PROJEKTE

Das »EX« im Kreuzberger Gewerbe- und Initiativenzentrum Mehringhof ist schon Legende. Im Februar 1998 übernahm eine bunte Mischung aus den verschiedensten linken Gruppierungen und Zusammenhängen die Kneipe vom ehemaligen Kneipenkollektiv. Das »EX« wird von knapp 100 Menschen aus ca. 20 Gruppierungen im Alter zwischen 17 und 57 Jahren betrieben. Zunächst als Experiment gedacht, ist es nach mehr als zwei Jahren erfolgreichen Betrieb wieder eine Institution geworden. Seite 3

ÖSTERREICH

Österreich ist auf dem Weg zum autoritären Regime. Zu spüren bekommen das auch die Frauenprojekte, die nach Abschaffung des Frauenministeriums durch die »schwarz-blaue Regierung« um ihre Existenz bangen. Seite 5

EIGENARBEIT

Bei der Münchener »anstiftung« ist man enttäuscht: Das Konzept der Eigenarbeit, in Bayern und anderswo im Westen bewährt, scheint in Wolfen, zu DDR-Zeiten Hochburg der Chemieindustrie, nicht aufzugehen. Seite 10

JUGOSLAWIEN

Der jetzt 73jährige Anwalt Ramsey Clark war von 1961 bis 1969 USA-Regierungsmitglied, die letzten drei Jahre als Justizminister. Er hat sich gegen den Vietnam-Krieg ausgesprochen und war gegen den Golfkrieg engagiert. Mittlerweile ist er Leiter des »International Action Center« und Organisator eines USA-Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Ein Interview mit ihm in seiner New Yorker Kanzlei auf Seite 11.

SCHWARZBUCH KAPITALISMUS

Der Krisentheoretiker Robert Kurz stellte vor kurzem im Düsseldorfer Kultur- & Kommunikationszentrum »zakk« seinen Abgesang auf die Marktwirtschaft vor. Ein Interview über Marx, Krise, Chrash und Riots auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Die 31.000 Bauern der schwedischen Forstgenossenschaft Södra besitzen das, wovon andere Waldbesitzer nur träumen: Zellstofffabriken, Sägewerke und Anlagen zur Herstellung von Bio-Brennstoffen aus Holzabfall.
Der Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. veranstaltete Anfang April ein Forum mit Vertretern sächsischer Wohnungsbaugenossenschaften. Auf dem Forum wurden zahlreiche neue Ideen und Initiativen vorgestellt, die zeigen, dass genossenschaftliches Wohnen auch für junge Menschen eine Menge Anreize bieten kann. Seite 13

www.contraste.org

EXPO 2000

EXPO No! Widerstand aufbauen!

In zwei Begriffe gepackt, lässt sich eine Expo wie folgt beschreiben: Sie ist die größte Veranstaltungsform auf der Welt (größer als Olympia) und sie ist eine Messe nicht für einzelne Produkte oder Firmen, sondern für den Kapitalismus und moderne Herrschaftsideologie im Ganzen. Der Widerstand gegen die Expo, ähnlich verkürzt dargestellt, soll dazu dienen, insgesamt und über die bisherigen Ein-Punkt-Beziehungen hinweg eine Widerständigkeit und politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln, grundlegende Kritik an den herrschenden Gesellschaftsstrukturen zu üben und die Expo zu nutzen, um durch eine Vielzahl kleiner und einige große Aktionen die Lethargie, Resignation und den Mangel an kreativen Aktionskonzepten der letzten Jahre zu überwinden, um als politische Bewegung gesellschaftlich wirksam zu werden und wieder Menschen für einen Kampf um weit gehende gesellschaftliche Veränderungen gewinnen zu können.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Das ist viel – aber nötig. Die Expo 2000 ein Anlass, die genannten Ziele zu verfolgen, d.h. Gegenmacht von unten zu organisieren, die auch über die Expo hinausreicht. Die Expo 2000 ist die zentrale Werbeschau des Kapitalismus. Doch sie könnte das Gegenteil werden: Sie ist Gelegenheit, für einen Aufbau gesellschaftlicher Gegenbewegung, denn ...

- niemals haben sich die Ziele des neoliberalen Machtausbaus so offen gezeigt wie hier.
- die harte Ausgrenzung der Menschen aus der Welt gekoppelt mit der Tatsache, dass die Menschen (als SteuerzahlerInnen) diesen Showdown ihrer entgültigen Entmachtung durch einen Technikfetisch auch noch bezahlen müssen, kann breitere Unterstützung für einen Widerstand gegen die Expo und gegen die dadurch beworbene Politik und Wirtschaft bringen.
- die Expo verbindet fatale Aussagen zu allen Themenbereichen, d.h. eine politische Gegenbewegung am Symbol Expo könnte zu einem Bündnis über bisherige Themengrenzen hinweg führen.
- die Expo schafft eine Möglichkeit, ihr Visionen und Bilder einer Gesellschaft von unten entgegenzustellen und unter der Frage »Wem gehört die Zukunft?« die grundlegende Herrschaftsfrage zu stellen.
- die Expo ist dank ihrer aggressiven Werbung und den überall verteilten Projekten und Veranstaltungen extrem leicht angreifbar – inhaltlich wie physisch: In Hannover und Umgebung erzeugt die Expo eine hohe Auslastung von Straßen und Schienen, die technischen Einrichtungen und Leitsysteme sind für Störungen anfällig. Die Kameras und Objekte sind weltweit auf Hannover als Schauplatz gerichtet. Die Expo selbst erzeugt neben der Eröffnungsphase selbst ständige Kristallisationspunkte wie die Tage der einzelnen Nationen oder großer Konzerne, die Thementage zu Wanderungsbewegungen von Menschen oder der Bevölkerungsentwicklung.
In der Fläche liegen die weltweiten Projekte oder finden thematische Tagungen statt – jedes einzelne Detail kann Angriffspunkt sein. Direkte Aktion bis hin zur Sabotage können große Wirkung haben.

London – Seattle – Hannover: Gegenmacht ist möglich !

Der Expo-Widerstand wird von sehr unterschiedlichen Gruppen getragen. In vielen Regionen haben sich Bündnisse gebildet, teilweise zusätzlich noch stadt- oder kreisweit. Dabei werden die bisherigen Teilbereichsgrenzen überwunden. In den Bündnissen wird nicht nur der Expo-Widerstand diskutiert, sondern auch andere übergreifende Projekte angegangen: Autonome Zentren, unabhängige Medien, Solidaritätsstrukturen, Veranstaltungsreihen usw. Das ist gewollt: Expo-Widerstand ist nur der Beginn für einen gemeinsamen Widerstand, der aus vielen Facetten bestehen kann und soll. Was geschieht, wird von unten bestimmt, ist also von Stadt zu Stadt bzw. je nach Region unterschiedlich.

Gemeinsam aber ist der Wille, einen unübersehbaren Auftakt zu schaffen durch die Blockade und Verhinderung, zumindest aber weit gehende Störung der Expo-Eröffnung. Unter dem Motte »Expo lahm legen« gibt es rund um den Eröffnungstag 1.6. (Himmelfahrt) eine ganze Aktionswoche (Auftakt: 27.5. mit einer Großdemonstration in Hannover), am 1.6. und solange es geht dann vielfältige Stör- und Blockadeaktionen mit dem Ziel, alle wichtigen Straßen, Kreuzungen, Straßenbahnen und Bahnlinien, Bahnhöfe und Eingänge, Versorgungs- und Kommunikationsleitungen der Expo lahm zu legen – ein Fest des Widerstandes. Auch wenn es in vielen Details ganz anders ablaufen muss und wird – die Aktionen von Seattle bei der Verhinderung der WTO stehen Pate der Idee, die Expo-Eröffnung anzugreifen und lahm zu legen, um einen spürbaren Beginn einer Widerständigkeit zu schaffen, die dann weitergeht:

Lokal, regional, überregional und international!●

Schwerpunktthema Seite 6 bis 9

D 8008

GÖTTINGEN: 164 MENSCHEN ALS TERRORISTEN VERDÄCHTIGT

Einmal verdächtig, immer verdächtig

Das Heimtückische ist: sie sehen aus wie ganz normale Menschen. Doch das ist alles nur Täuschung und Tarnung. Von ziviler Polizei misstrauisch beäugt, versammelten sich Ende März 2000 seltsame Gestalten am und im Arbeitsamt Göttingen.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Nur an den mitgeführten Waffen, Benzinkanister, Bomben, Molotowcocktails und Streichölzer konnte der aufmerksame Bürger diese Gestalten als Terroristen identifizieren. Sie sehen aus wie Du und ich und sie sind nur gekommen, um Göttingen in Schutt und Asche zu legen. Denn, wie jeder und sogar das Landeskriminalamt (LKA) weiß, zieht es die Täter immer wieder an den Tatort zurück.

In der Nacht zum 7. November 1997 brannte es im Arbeitsamt Göttingen. Mit furchtbaren Folgen: vier Millionen Arbeitslose mussten monatelang auf ihre Stütze warten und am Hungertuch nagen.

In Zusammenarbeit mit der Göttinger Polizei ermittelte eine Sonderkommission des LKA gegen eine imaginäre »terroristische Vereinigung«. Mit dem dicken Knüppel der §§ 129/129a StGB dehnen sich die befugnisse des Staatsschutzes ins fast Unendliche aus. Die §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuches waren und sind schon immer Ermittlungsparagrafen, die es rechtfertigen (sollen), über teilweise absurde Konstruktionen einen Fuß in die linke Szene zu bekommen und die Akteure derselben auszuleuchten und auszuschnüffeln.

Die Ermittlungen, die von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe geleitet werden, entdeckten »gewisse Parallelen« zu einem Anschlag der Revolutionären Zellen (RZ) auf die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg im Jahr 1980. Ins Fadenkreuz der Ermittler gerieten auch bald mutmaßliche MitarbeiterInnen der »göttinger drucksache«, da sich diese bekanntermaßen mit »anschlagsrelevanten Themen« wie z.B. dem fortschreitenden Sozialabbau beschäftigt. Der heute 31jährige Journalist soll zur Tatzeit Abonnent der Wiener Zeitung »Standard« gewesen sein, aus der angeblich ein Zitat in dem drei Tage nach dem Anschlag bei den lokalen Medien eingegangenen Bekennerschreiben stammen soll. Der Beschuldigte hatte bei einem Göttinger Presseausschnittsdienst gejobt, der neben ca. hundert anderen Blättern auch den »Standard« auswertete.

Weil zu einer »terroristischen Vereinigung« per Definition mindestens drei Personen und auch die Verabredung zu mehreren Straftaten gehören müssen, wurden in der Konstruktion der Staatsschützer flugs weitere an der Tat beteiligte Personen dazu erfunden sowie auch zurückliegende Anschläge in Göttingen in die Ermittlungen einbezogen.

Dass selbst das in die »Ermittlungen« einbezogene Bundeskriminalamt (BKA) keine Parallelen zwischen z.B. einem Anschlag auf das Göttinger Amtsgericht aus dem Jahre 1995, zwei ausgebrannten Fahrzeugen von Firmen, die am Bau des neuen Göttinger Polizeigebäudes beteiligt waren, dem Brandanschlag auf das Göttinger Arbeitsamt und einen 17 Jahre (!) zurückliegenden auf die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit entdecken konnten, irritierte die niedersächsischen Schnüffler nicht.

Die Zahl der Verdächtigen stieg im Laufe der Zeit auf 164 Personen, weil die Ermittler zu diesem Zweck auch alte Verdächtigen-Listen durchforsteten. In der Spudock-Datei Nr. 74 hatte die Polizei vor 18 Jahren die Namen und Daten von insgesamt 1.313 GöttingerInnen gespeichert – AktivistInnen von Bürgerinitiativen und der damals im Stadtrat vertretenen

Fortsetzung auf Seite 2

REDAKTIONSNACHWUCHS

Die Familie unserer Redaktion Bremen-Umland hat sich am 25.3.2000 auf vier Personen vergrößert: Kalle ist da! Auf unserem Foto ist Kalle und der stolze Vater Götz Paschen zu sehen. Die CONTRASTE-Redaktionen wünschen Götz, Katja und Johanna viel Glück und nicht zuviel Streß mit unserem Nachwuchs-Redakteur Kalle in den ersten Wochen.

Kalle ist da!
Samstag 25.03.2000 ++ 10 Uhr 07 ++ 35 cm Kopfumfang ++ 54 cm lang ++ 3.920 Gramm ++ Hebammenpraxis Fischerhude ++ voller Name: Kalle Jasper Kröger ++ 1 Tag zu spät ++ strohblond ++ wenig Haare ++ sehr niedlich ++ guter Trinker ++ vital und gesund ++ Mutter fit (Vater auch)●

BUNTE SEITEN 2001

Für den Herbst 2000 haben wir die Neuauflage der »BUNTEN SEITEN« mit dem »Reader der AlternativMedien« anvisiert. Zur Zeit beschäftigen wir uns mit der Finanzierung der Buchproduktion. Die hierfür benötigten 20.000 DM muss CONTRASTE über Anzeigenschaltungen, zusätzliche Rubriken oder Zusatztexte erwirtschaften. Der normale Adresseneintrag bleibt kostenlos.

Betrieben und Projekten, die sich vorstellen können, in unserem politischen Adressenverzeichnis zu werben, schicken wir gerne die aktuelle Anzeigenpreisliste zu.

Dankbar sind wir auch für sonstige Rückmeldungen, die uns helfen, den Adressenbestand der »BUNTEN SEITEN« und des »Readers der AlternativMedien« aktuell zu halten.

Wir bitten um Rückmeldung an die Anschrift der Heidelberger Redaktion.●

PLANET DES UNGEHORSAMS

Leider, leider können wir unser Vorhaben, den 1975 vom »release Projekt Verlag neues leben berlin« herausgegebenen Roman als Fortsetzungsgeschichte in CONTRASTE abzudrucken doch nicht verwirklichen. Unser Berliner Redakteur Jochen Knoblauch machte uns darauf aufmerksam, dass dieser Text im Jahr 1999 mit einem Nachwort von ihm im Berliner Verlag Klaus Guhl neu aufgelegt wurde.

Verbleibt uns nur noch der Hinweis auf dieses wirklich gute Buch. Vielleicht hat ja schon der Text in unserer April-Ausgabe einige von Euch auf den Geschmack gebracht: Verlag Klaus Guhl, Knobelsdorffstr. 8, D-14059 Berlin, 125 S., 14,80 DM,
ISBN 3-88220-215-7●

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Einmal verdächtig, immer verdächtig

... »Alternativ-Grünen-Initiativen-Liste«, mutmaßliche HausbesetzerInnen, linke Rechtsanwälte oder auch einfach nur zufällige BesucherInnen von Kulturveranstaltungen und Szenetreffs.

Nach heftigen Protesten gegen diese maßlose Schnüffelei erklärte der damalige niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) am 21.11.1983 im niedersächsischen Landesparlament, die Spudok-Datei Nr. 74 sei »gelöscht, das heißt vernichtet«. Den Registrierten wurde versichert, es habe gegen sie zu keinem Zeitpunkt ein konkreter Tatverdacht bestanden. Sie seien nun nicht mehr erfaßt und wieder unbescholtene BürgerInnen.

Fast 20 Jahre später tauchen eben diese Anfang der 80er Jahre illegal gespeicherten Daten von über 100 GöttingerInnen im Ermittlungsverfahren wegen des Brandanschlages gegen das Arbeitsamt im November 1997 erneut auf, ergänzt und aktualisiert durch 64 neue Namen, die wiederum der »Arbeit« der Sonderkommission 606 des LKA Hannover entstammen dürften, die Anfang der 90er Jahre mit ungeheurem technischen Aufwand, monatelangen Observationen, allein in einem Zeitraum von knapp vier Monaten 14.000 abgehörten Telefongesprächen und ähnlichem gegen Göttinger Linke ermittelte. Weitere Daten entstammen Observationen der Anti-AKW- und Anti-Castor-Bewegung, aber auch ehemalige AStA-Vorsitzende und -Referenten wurden als mutmaßliche Terroristen gespeichert.

68jährige Ehrenbürgerin auf der Liste

Neben vielen anderen, »weniger prominenten« Menschen befinden sich unter den Göttinger Dauerverächtigen auch die 68jährige Göttinger Ehrenbürgerin Else Brätigam, die seit ihrer Kindheit auf den Rollstuhl angewiesen ist; es finden sich zwei Göttinger Rechtsanwälte und ein Hamburger Anwalt; es finden sich vier Journalisten, Arbeiter und Arbeitslose, Angestellte, sogar Beamte und Unternehmer auf den Abschußlisten, die in Zusammenarbeit von Göttinger Polizei und LKA erstellt wurden. Viele der Menschen, deren Daten sich auf der Liste befinden, leben seit Jahren oder mehr als einem Jahrzehnt gar nicht mehr in Göttingen, sondern in anderen Städten, in freundlicheren Ländern und auf anderen Kontinenten.

Die im Februar 1998 vom LKA erneut zusammengestellte Liste wurde in Rahmen der Ermittlungen an das Göttinger Arbeitsamt weitergeleitet. Die Behörde sollte prüfen, »ob diesen Personen Leistungen versagt, gekürzt oder gestrichen wurden« und sie deshalb als mögliche Täter in Frage kämen.

Die Liste wurde auch an das bayerische LKA und das BKA wegen des Anschlages der RZ gegen die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 1980 übermittelt, da es zwischen der Anschlagserklärung vom November 1997 aus Göttingen und der 19 Jahre alten der RZ »gewisse Parallelen« gäbe.

Akte existiert seit dem 9. Lebensjahr

Zwischenzeitlich hat sich der niedersächsische Datenschutzbeauftragte Burckhard Nedden eingeschaltet und in einem Prüfbericht festgestellt, den er dem Landtag in Hannover übersandte, dass die Verdächtigenliste rechtlich auf äußerst fragwürdige Weise entstanden sei. Die Betroffenen erwarten sich nicht viel von dessen Einschaltung. Etliche der chronisch Verdächtigen haben individuell Auskunftsersuchen an die Polizei oder die Bezirksregierung gerichtet. Es liegen auch schon Antworten vor, die aber weniger Wert als Klopapier haben: dem einen teilen sie mit, über ihn seit seinem 9. (!) Lebensjahr eine Akte zu führen, dem anderen, dass sie über ihn reinweg gar nichts hätten, während ihm gleichzeitig ein Polizei-Telex über 14 (!) gegen ihn anhängige Verfahren vorliegt. Eine Sammelklage gegen die Datenspeicherungswut der Polizei wird vorbereitet.

Plakat von T-error t.V.

Da für die Betroffenen der derzeit aktuellen Abschusslisten des Staatsschutzes kein Zusammenhang – weder in der Auflistung ihrer Namen noch mit einer Tat nach §129a ersichtlich ist – haben sie nun einen Verein gegründet, um sich kennenzulernen und sich mit den Taten auseinanderzusetzen, derer sie verdächtigt werden. Weiterbildungskurse in Sachen Terrorismus bietet ein eigens gegründetes »Institut für terroristische Weiterbildung« an, das wissenschaftlich durch die »Ulrike Meinhof Universität Göttingen« begleitet wird. Gemeinsam herausgegeben wurde auch schon ein »Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitroglycerin, Dynamit, Schiesbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw., usw.«. Es trägt den Titel »Revolutionäre Kriegswissenschaft« und wurde 1885 von Johann Most herausgegeben.

Außerdem wollen sie – gute Beispiele machen immer Schule – vollständige Einsicht in die Daten, die bei der Polizei über sie gespeichert sind und vollständige Einsicht in die über sie geführten Akten. Wenn sie sich überzeugt haben, was Big Brother alles über sie weiß, besser: meint zu wissen, dann steht die Frage der öffentlich zu kontrollierenden Vernichtung auf der tagesordnung. Und eines ist jetzt schon klar: Ein billiger Wisch des »Polizeiamtes für Technik und Beschaffung« wird als Beweis für die Vernichtung nicht ausreichen. Dafür haben die Betroffenen mit diesen Behörden zu viele Erfahrungen gemacht, um denen auch nur ein Wort zu glauben.●

Most, Johann: Revolutionäre Kriegswissenschaft – ein Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitro-Glycerin, Dynamit, Schiessbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw. Nachdruck der Ausg. New York, Internat. Zeitungsverein, 1885, Solidaritätsausg. für die Göttinger Dauerverdächtigen / Einleitung der T.Error t.V., Göttingen, AktivDruck und Verlag, 2000. ISBN 3-932210-05-0.

Kontakt:
T.Error t.V., c/o Buchladen Rote Straße,
Nikolaikirchhof 7, D-37073 Göttingen
E-Mail: t-error@puk.de
www.puk.de/t-error

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

Eine Monatszeitung, die aus inhaltlichen Gründen nicht für den Markt produziert werden kann, hat es nicht leicht. Die Grundkosten für monatliche Produktion sind enorm hoch. Rabatte für alternative Zeitschriften bei Unternehmen wie z.B. Deutsche Post AG gibt es natürlich auch nicht und eine Finanzierung über den Anzeigenmarkt erübrigt sich – denn unsere bescheidene Auflage ist nicht besonders attraktiv für Anzeigenkunden. Bleibt nur eines: Die Finanzierung des Zeitungsprojektes durch Vereinsmitgliedschaften, Abos und Spenden. Vorteile hat dieses Finanzkonzept allemal: Die Unabhängigkeit des Projektes. Um das Erscheinen der CONTRASTE auch weiterhin zu gewährleisten, benötigt das Projekt in diesem Jahr 10.000 DM an Mehreinnahmen durch neue Abos, Spenden und Fördermitgliedschaften. Nachfolgend unsere aktuelle Statistik:

Im ersten Quartal 2000 und in diesem Monat haben wir leider nicht sehr viel erreicht. Nur ein einziger Abonnent konnte sich im Monat April dazu entschließen, Mitglied im Förderverein der CONTRASTE zu werden:

● Tangodanza, Olaf Herzog, Bielefeld (120 DM)

Vielen Dank, der neue Mitgliedsbeitrag ergibt in diesem Jahr 40 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:

● Carsten Pitzer, Münchhausen (62,50 DM)
● Verband Saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung, Saarbrücken (80 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 400 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 582,50 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Fünf Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt.

In unserer Statistik ergeben sich durch die Kündigungen Mindereinnahmen von 520 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 62,50 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch **9.369,50 DM**.

Statistisch gesehen hätten wir bereits im ersten Quartal einen Mehrerlös von 2.500 DM erreichen müssen. Wenn wir den Altschuldenanteil von 5.000 DM, den wir gerne mit entschuldet hätten, rausrechnen, bleibt ein Betrag von 4.369,50 DM, der bis zum Jahresende an Mehrerlösen auf jeden Fall erreicht werden muss, damit wir zumindest keine weiteren Schulden machen müssen.

Derzeit verschulden wir uns mit jeder neuen Ausgabe immer noch um 400 DM.

50 neue Abos...

...wären notwendig (bereinigt), um das sich abzeichnende Minus aufzufangen. Wir wissen aus Erfahrung, dass unsere kleine Zeitung kaum bekannt ist und die beste Werbung ist immer noch die direkte Ansprach über begeisterte und zufriedene LeserInnen der CONTRASTE. Vielleicht könnt Ihr in Eurem Umfeld einige Leute für ein Schnupperabo gewinnen. 10 DM für ein dreimonatiges Abo zum kennenlernen sind sicher gut angelegt.

Wir verschicken auch gerne Werbeexemplare zum kostenlosen verteilen und Werbefalter. Bestellen könnt Ihr diese unter der Anschrift der Heidelberger Redaktion.

Außerdem hoffen wir auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (**Spendenkonto:** Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.! dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

BERLIN – DAS ALTE EX IN NEUEM FAHRWASSER – ODER:

Ein Ameisenhaufen hinterlässt Spuren

Menschen und Unbeschreibliche

Sie geben sich geheimnisvolle und klangvolle Namen, wie z.B. AOK, Assels, CD-Rom, K40, Klippklaap, Komplex, Mix, Philos, Piradio, Rappelkiste oder Venceremos, die neuen MacherInnen dieser legendären Kreuzberger Kneipe. Dahinter steckt ein äußerst seltenes Potpourri von knapp 100 Menschen aus dem unangepassten Großstadtsumpf: u.a. Frauen- und Männerzusammenhänge, schwule und lesbische Gruppen, Menschen aus der antifaschistischen Arbeit und Schülerarbeit, aus Hausgemeinschaften, aus Kollektiven, der Internationalismus-Arbeit, aus diversen undogmatischen politischen Projekten und sozialen Strukturen, SchülerInnen, AnarchistInnen, PhilosophInnen, Autonome, StudentInnen, ArbeiterInnen und Angestellte, Auszubildende, Nichtdeutsche und Deutsche und viele, die einfach unbeschreiblich sind. Ein Extrakt aus 20 Gruppierungen im Alter zwischen 17 und 57 Jahren, mit eigenwilligen Charakteren, den vielfältigsten Ideen und den unterschiedlichsten Biographien.

Die unvermeidlichen Überschüsse

Seit Februar 1998 beleben wir als »Berliner Mischung« die Gaststätte EX im Mehringhof. Freiwillig, aus politischem Interesse und ohne pekuniären Profit für die tägliche Arbeit am Tresen zwischen 12:00 Uhr und 4:00 morgens. Je nach ihrer Größe übernehmen die Gruppen für einzelne Schichten oder ganze Tage die Kneipe, 1 bis 2 Schichten pro Person im Monat sind dabei die Regel, manchmal auch mehr. Es steht den verschiedenen Projekten offen, ihren Kneipentag offen zu gestalten, z.B. ihre Arbeit darzustellen oder sich durch das Verbreiten unerträglich guter Stimmung allseits beliebt zu machen. So entsteht ein öffentlicher Ort mit möglichst wenig kleinkapitalistischen Zwängen und möglichst viel Platz für Begegnung, Informationsaustausch, Kommunikation, Parties, Kultur und Spaß und zwar gleichermaßen für BetreiberInnen und Gäste. Die unvermeidlichen Überschüsse werden von Anfang an zur Senkung der Preise verwendet, zum Abbau der Schulden für die Übernahme und Anfangsinvestitionen, Entlohnung für logistische Arbeiten Koordination, Einkauf, Buchführung, das seltene Kochen und die häufigen Reparaturen) und für die politische Arbeit zur Verfügung gestellt. In der Höhe dieser Summe spiegelt sich wieder, wie erfolgreich es uns gelingt, Euch als Gäste zu gewinnen.

Ein holpriger Weg

Im Februar '99 hat dieses Experiment das vereinbarte Versuchsjahr hinter sich gebracht. Wie lange es fortbestehen wird, hängt vor allem von uns selber ab: schaffen wir es endlich, das alldreiwöchige Plenum unter die 5-Stunden-Grenze zu drücken, trauen wir uns Entscheidungen trotz kontroverser Standpunkte zu, können wir unsere Unterschiede als Verschiedenheit und nicht als Bedrohung akzeptieren, kommt erst das Putzen und dann das revolutionäre Lösungsmittel, erst das Ohr, dann die große Klappe?? Sollte auf diesem holprigen Weg so etwas wie Vertrauen auftauchen – dann sind wir unschlagbar!

Mehringhof mit »Ex« im Erdgeschoss

Charme

Währenddessen brauchen wir Eure Geduld, denn keiner von uns ist zum/r ZapferIn geboren worden. Bedienen, Kassieren, stundenlanges Putzen und Service gehören auch nicht gerade zu unseren Lieblingsbeschäftigungen, das genaue Einhalten eines verbindlichen Organisationsschemas grenzt schon grauenhaft nah an Disziplin. Kleinigkeiten, z.B., wenn die Kaffemaschine morgens Rauchzeichen gibt, die Elektrik ihren schlechten Tag hat, kein Geld für die Bezahlung des Bierlieferanten bereit liegt, sich die Kühlung der Zapfanlage bei Hochsommer-Wetter verabschiedet oder ein Typ vom Gesundheitsamt überraschend die Papierhandtücher kontrollieren will, verlangen von uns nur einen ausgeglichenen Adrenalinspiegel und einen Blick in das Kneipenbuch ab. Wenn aber z.B. die Musikanlage partout nicht leiser zu stellen geht und ohnenhin nur Reggae spielen mag, das Weizenbier vom Hahn als Schaumteppich Karriere macht, der vertieft telefonierende Tresendienst die durstigen Seelen in seinem Rücken übersieht, der bestellte Apfelsaft verdächtig nach Rhabarba schmeckt, die Snickers zum x-ten Male durch intensiven Eigenverbrauch leider nicht mehr in den Verkauf gelangen, ja dann hilft nur noch unser unwiderstehlicher Charme, Euch zu Stammkunden zu machen...

The End

Wir werden viel daran arbeiten, Dinge zu verbessern und Neues zu erproben, nur verbiegen werden wir uns deshalb nicht. Lieber ein aufrechter Gang als Erbsenzählerei.●

Quelle: Selbstdarstellung

GESUNDHEITSTAG 2000

Rund 10.000 TeilnehmerInnen werden von den VeranstalterInnen zum Gesundheitstag 2000, der vom 31. Mai bis 4. Juni in der Technischen Universität Berlin, der Charité, Campus Virchow-Klinikum und der Fachhochschule für Wirtschaft stattfindet erwartet.

Das Programm des Gesundheitstages 2000 umfasst inzwischen mehr als 400 Veranstaltungen – von Vorträgen über Foren und Workshops bis öffentliche Aktionen. Die Themen reichen von einem Szenario zum geklonten Menschen über Patientenbeteiligungsmodelle in Europa, die Auswirkungen der Gesundheitstelematik, der Gesundheitsversorgung von Migrantinnen bis zu unkonventionellen Diagnose- und Therapieverfahren, Selbsthilfeförderung, der kritischen Reflexion des Gesundheitswesens und der Ausbildungsmisere in der Medizin. Die Foren beschäftigen sich u.a. mit Forschungsmethoden, dem pro und Contra von Mamma-Screenings, der Qualitätssicherung in der Patientenversorgung und dem Thema Curation versus Prävention.●

u.b.

Information & Anmeldung: Gesundheitstag 2000,
Tel./ Fax (0 30) 85 99 97 79
www.gesundheitstag.de

CHIPKARTEN

Wider Pilotversuche zur AsylCard

Der Vorstand des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIfF) erklärt in einer Pressemitteilung zu dem Angebot des Bayerischen Innenministers Günther Beckstein an den Bund(*), im Rahmen eines vorerst auf Nürnberg beschränkten Pilotversuchs die Einführung einer Chipkarte im Asylverfahren (AsylCard) zu testen:

Das FIfF fordert den Bund auf, das Angebot Bayerns abzulehnen und alle Pläne zu einer AsylCard aufzugeben.

Die im März 1997 vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene und von der Firma Orga Consult GmbH (Paderborn) ausgeführte Machbarkeitsstudie zur Einführung der Smart-Card im Asylverfahren wurde im August 1998 den Ländern in der Form des Abschlußberichts der Studie übermittelt. Die Innenministerkonferenz hat am 18./19.11.1999 einstimmig den Bundesinnenminister, mit allem Nachdruck die Einführung der AsylCard zu betreiben.

Die sogenannte AsylCard ist eine Ausweiskarte im Scheckkartenformat, realisiert als Smart-Card. Sie soll neben der digitalisierten Form des Fingerabdrucks sämtliche Daten des Asylbewerbers wie Identifizierungs-, Verfahrens- und Statusdaten sowie Leistungsdaten enthalten. Dabei sollen nicht alle Daten allen Behörden frei zugänglich sein, sondern nur die jeweils notwendigen.

Bereits in den Reaktionen auf erste bekannt gewordene Pläne haben die Datenschutzbeauftragten 1995 darauf hingewiesen, daß die AsylCard mit dem vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht vereinbar sei. Auch wenn vorerst nicht alle Daten allen Stellen zugänglich gemacht werden, so ist dies dennoch technisch möglich und läßt Begehrlichkeiten entstehen. Das Argument, mit der AsylCard Asylmißbrauch zu verhindern, erweckt gegen alle Asylbewerber den pauschalen Verdacht eines Mißbrauchs. Fälle wie der in Bremen bekannt gewordene sind jedoch nach dem heutigen Verfahren der Asylbeantragung nicht mehr möglich. Zudem sind »keine Aussagen über Einsparungen möglich«, wie sogar die Autoren der Machbarkeitsstudie schreiben, da die zuständigen Stellen auch fünf Jahre nach Asylgesetzänderung die Quote des Leistungsmißbrauchs nicht annähernd schätzen können.

Die Machbarkeitsstudie stellt eine unzureichende Grundlage für Pilotversuche dar und wurde beispielsweise vom Landesbeauftragten für den Datenschutz in Schleswig-Holstein detailliert kritisiert. So berge das Systemdesign erhebliche Sicherheitsrisiken. Zugriffsprotokollierungen, die unzulässige oder nicht berechtigte Zugriffe nachvollziehbar machen könnten, seien nicht vorgesehen. Die Studie böte zudem nur eine ungenaue Analyse. Es fehlten Angaben, wie genau ein Missbrauch verhindert werden soll, ebenso eine Kosten/Nutzen Abwägung. Alternativen, die mit dem Grundrecht vereinbar seien, würden nicht geprüft. Nicht analysiert werde auch der Bedarf an ergänzenden Verfahren rechtlicher Vorkehrungen, die das Auskunftrecht und die Transparenz für die Betroffenen sichern, wie auch zusätzlich nötige rechtliche Regelungen für die Übermittlung, Speicherung und lokale Verarbeitung der Daten.

Es besteht begründeter Verdacht, daß die Chipkarte auch bei Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen eingeführt werden soll, u.a. bezeichnet die Machbarkeitsstudie die AsylCard als überprüfbaren Test für andere Verwaltungsbereiche. Asylbewerber als Menschengruppe ohne große Lobby sind offenbar ideal als Versuchskaninchen. Die immer wieder bekundete angebliche Freiwilligkeit des Gebrauchs von Chipkarten im Rahmen der Einführung digitaler Verwaltungen zeigt sich damit als Scheinargument gegen datenschutzrechtliche Bedenken. Zu befürchten ist eine Ausweitung der Personenkreise, die zur Nutzung von Chipkarten gezwungen werden, bis hin zur allgemeinen Einführung ohne Alternative. Auf lange Sicht wird damit das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ausgehebelt.

Aus diesen Gründen fordert das FIfF den Bund auf, keinerlei Modellprojekte zur Einführung einer AsylCard zu unterstützen und alle Pläne zur AsylCard und ähnlichen Karten aufzugeben.●

(*) Der Bayerische Innenminister Günther Beckstein gab am 01.03.2000 bekannt, daß Bayern dem Bund angeboten hat, im Rahmen eines vorerst auf Nürnberg beschränkten Pilotversuchs die Einführung einer Chipkarte im Asylverfahren (AsylCard) zu testen. Der Innenausschuß des Bayerischen Landtages stimmte der Einführung einer AsylCard mit einer Gegenstimme der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Eine Materialsammlung »AsylCard« kann zum Preis von DM 2,50 zuzüglich Porto im FIfF-Büro (einfach einen mit DM 1,50 frankierten und adressierten Briefumschlag DIN C 5, sowie weitere DM 2,50 in Briefmarken an die Geschäftsstelle senden und das Stichwort Asylcard vermerken), Medemstade 64, D-21775 Ihlienworth bezogen werden.

Bundeswehrgelöbnis in Lüneburg

Streicheleinheiten für Polizisten

Mitte April führte die Bundeswehr ein Gelöbnis auf dem Lüneburger Marktplatz durch. 450 Soldaten und eine große Zahl von Feldjägern nahmen daran teil. Nachdem ein Teil der Soldaten bereits auf dem Marktplatz einmarschiert war, versuchte auch eine Gruppe von ca. 20 AntimilitaristInnen aus verschiedenen linken Zusammenhängen zum Marktplatz zu gelangen. Diese wurden durch eine Polizeikette aufgehalten, da angeblich »begründeter Verdacht« bestehe, das diese nur an der Veranstaltung teilnehmen wollten, um zu stören. Begründen konnten sie dies jedoch nicht. Nach einer Diskussion über die gültige Rechtslage durfte der Marktplatz schließlich, unter der Auflage einer permanenten Begleitung durch die Beamten und angedrohter Festnahme schon bei geringsten Störaktionen (Sprechchöre und Trillerpfeifen), betreten werden.

Auf dem Platz hatte sich bereits eine begeistert gaffende Menschenmenge eingefunden. Mit darunter, Seite an Seite mit den Bürgern, etwa 30 Neonazis, von denen sich sehr schnell ein Teil, um die bereits durch die von der Polizei verfolgte Gruppe, formierte. Nazis und Cops prägten sich nun Gesichter ein, versuchten Gespräche zu belauschen, die Gruppe einzuschüchtern und zu provozieren. Sehr schnell wurde den AntimilitaristInnen klar, das es zwischen den Neonazis und Polizisten Bekanntschaften gab, so z.B. streichelte eine Faschistin einem Polizisten den Nacken! Als ob das noch nicht genug wäre, gab es immer wieder »engagierte« BürgerInnen, welche die GelöbnisgegnerInnen aus ihren Reihen verwiesen, diese beleidigten und wiederholt versuchten, diese auch anzugreifen.

In dieser Situation, in der es permanente Aggressionen gegen die GelöbnisgegnerInnen gab, schien es keine effektiven Störmöglichkeiten, ohne eine von Polizisten, Nazis und Teilen der Bürgerschaft angestrebten Eskalation, zu geben. Daher beschloss die Gruppe, aus Selbstschutzgründen und auf Grund wiederholt angedrohter Festnahmen, nach einigen Parolen und Meinungsäußerungen den Platz zu verlassen. Die Gruppe wurde von den Beamten vom Marktplatz herunter begleitet und ein Stück lang von einer Gruppe Faschisten verfolgt. Das Gelöbnis konnte also reibungslos durchgeführt werden. Bei diesem gab es einen breiten reaktionären, nationalistischen Konsens zwischen Nazis, Bürgern und Polizeistaat. Es hat sich gezeigt das militaristische Tendenzen, nach innen wie außen, bereits zum gesellschaftlichen Normalzustand geworden sind. Wenn Polizei, Nazis und Bürger, Seite an Seite, bereit sind, jede kritische Meinungsäußerung im Keim zu ersticken, muss dieser Konsens angegriffen werden. So was ist kaum erreichbar, wenn es nur ein geringes Widerstandspotenzial gegen Gelöbnisse gibt.

Werdet gemeinsam aktiv!
Gegen Militarismus und Nationalismus!
Den deutschen Normalzustand angreifen!

Presseerklärung vom 20.4.2000 der Antifaschistischen Jugendgruppe Lüneburg

ANTIKONGRESS ZUR IWF-TAGUNG

Prag (epd) ● Zur Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende September in Prag planen Autonome sowie Umweltgruppen zahlreiche Protestaktionen. Damit solle auf die negativen Auswirkungen der Globalisierung und die Benachteiligung der Dritten Welt aufmerksam gemacht werden, berichteten tschechische Zeitungen. Die Erde solle nicht vom Geld regiert werden, sondern müsse den Menschen gehören, erklärten die IntiatorInnen. Es solle jedoch nicht zu gewaltsamen Aktionen wie während der WTO-Konferenz Ende letzten Jahres in Seattle kommen.

Geplant ist ein so genannter Antikongress, der vom 26. bis 29. September stattfinden soll. Erwartet werden bis zu 20.000 TeilnehmerInnen aus zahlreichen Ländern. Für die »Gewährung der Sicherheit« während der IWF-Tagung plant die Prager Polizei den Einsatz von rund 11.000 Polizisten.●

BV SOZIO-KULTURELLER ZENTREN

Die »Bundesvereinigung soziokultureller Zentren« hat nach einer Odyssee durch Wuppertal, Nürnberg, Hannover, Kiel, Essen und Bonn in Potsdam ein neues Domizil gefunden. Als Dachverband und Lobbyist für die bunte Vielfalt von Kultur- und Kommunikationszentren, Bürgerhäusern, Stadtteilzentren und Kulturläden, Jugendclubs, Kulturfabriken und freien Gruppen, vertritt die Bundesvereinigung nahezu 400 soziokulturelle Einrichtungen in Deutschland.

Einen Wechsel gibt es auch in der Geschäftsführung, nach 10jähriger Tätigkeit übergibt Gerd Spieckermann die Geschäftsführung an Christiane Ziller.●

dp

Neue Anschrift:
Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V.,
Schiffbauergasse 1, D-14467 Potsdam
Tel. (03 31) 270 70 85, Fax 270 70 86
E-Mail: bvsozkul@aol.com
www.soziokultur.de

Anzeige

KONGRESS 2000
ENDE DES GLOBALEN KAPITALISMUS.
DAS NEUE HISTORISCHE PROJEKT.
20./21. Mai 2000
Uni Göttingen ZHG
mit: Prof. Dr. Heinz Dieterich (Mexiko), Hermann L. Gremliza (Hamburg), Prof. Dr. Arno Peters (Bremen), Prof. Dr. Maria Mies (Köln), Prof. Dr. Nildo Ouriques (Brasilien), Dr. Raimundo Franco Parellada (Kuba), Perspektive unabhäng. Kommunikation (Göttingen)
Infos: www.puk.de (Politik und Kultur) · Infofon: 0551-5315450 · Kosten (2 Tage): je Person 15,– DM zzgl. freiwilliger Spende · www.kongress2000.de

Aktionsfahrradtour für atomare Abrüstung

Biking for nuclear abolition

Am 29. Juli startet am deutschen NATO-Hauptquartier in Heidelberg eine sechstägige Aktionsradtour für Frieden und Umwelt. Sie führt entlang von Rhein und Mosel nach Cochem und geht dort am 3. August über in ein einwöchiges Friedenscamp, die Atomwaffen-Frei-Zeit 2000.

Die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) will mit der Aktionsradtour die Öffentlichkeit auf die bestehenden Probleme der Atomrüstung hinweisen und insbesondere die junge Generation für das Thema wiedergewinnen. Sie will aufklären, welche Gefahren und Risiken auch heute noch von Atomwaffen ausgehen und sich aktiv in die Bemühungen um eine weltweite Abrüstung von Atomwaffen einschalten. Im Jahre 1997 nahmen 8 Personen an der ersten Radtour der GAAA teil. Sie führte vom Anti-AKW-Camp Biblis über das Atomwaffenlager Ramstein bei Kaiserslautern, das ehemalige Atomraketendepot Hasselbach/Hunsrück nach Cochem. Auch die im Anschluß stattfindende Atomwaffen-Frei-Zeit ist keine Premiere. Sowohl 1998 als auch 1999 nahmen zwischen 30 und 60 Personen daran teil.

Der Internationale Gerichtshof hat im Juli 1996 den Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärt und insbesondere die Atomwaffenstaaten dazu verpflichtet, Verhandlungen über die Abschaffung aller Atomwaffen zu führen.

Leider ist die Abrüstung dieser Massenvernichtungswaffen ins Stocken geraten, ein Scheitern elementarer Verträge (Atomteststopp-Vertrag, Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen) ist derzeit nicht auszuschließen. Damit wäre eine große Chance verpaßt, die in der Zeit nach Ende des Kalten Krieges bestanden hat. Eine Welt ohne Atomwaffen ist ein visionäres aber politisch erreichbares Ziel.

Dazu ist eine breite Öffentlichkeit nötig. War das Thema Atomwaffen Anfang der 90er Jahre für die meisten Menschen weitgehend tabu geworden, beginnt der Druck von Bürgerbewegungen auf die Politik mittlerweile wieder zu wachsen. Über 1.400 Gruppen weltweit aus dem Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbereich haben sich im Netzwerk »Abolition 2000« zusammengefunden, um einen Vertrag über die vollständige Abrüstung aller Atomwaffen einzufordern. Auch in Deutschland haben sich nahezu 40 Gruppen im Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen« zusammengefunden.

Der Beginn am deutschen NATO-Hauptquartier in Heidelberg wurde ebenso bewußt gewählt wie das Ende in Cochem an der Mosel. Die NATO besteht auch »für die vorhersehbare Zukunft« auf »eine geeignete Zusammensetzung nuklearer Streitkräfte, die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden. Einzig Nuklearwaffen machen die Risiken jeglicher Aggression unkalkulierbar und annehmbar.« Damit verstößt die NATO eindeutig gegen das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes und gegen verschiedene Abrüstungsverträge.

11 von über 200 noch in Europa stationierten US-Atomwaffen sind in Büchel auf einem deutschen Fliegerhorst stationiert, unweit des Moselörtchens Cochem. Mehrfach haben dort in den letzten Jahren Protestaktionen stattgefunden. Auf der Radtour werden Workshops, Abendveranstaltungen und Infostände angeboten. Der Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern ist ausdrücklich vorgesehen. So wird die Radtour sowohl am AKW Biblis Halt machen als auch im Mainzer Landtag und der Innenstadt von Koblenz. Der durch die Atomrüstung bedingte Raubbau an der Natur wird genauso thematisiert wie Aktionsmöglichkeiten für die Abschaffung aller Atomwaffen als auch die alternativen, zivilen Möglichkeiten zukünftiger Konfliktaustragung.

Nicht zuletzt die konkrete Erfahrung mit der Umwelt soll Spaß und Bereicherung bringen. Ob durch die Rheinauen, das Rheintal oder das Moseltal entlang. Die hautnahe Berührung teilweise noch intakter Natur läßt die Radtour lebendig werden und verdeutlicht, wie schön der Einsatz für Frieden und Umwelt sein kann.●

FAHRPLAN

29. Juli Heidelberg-Worms über Biblis
30. Juli Worms-Mainz
31. Juli Mainz-Bingen-Trechtinghausen/Rhein
1. August Trechtinghausen-Boppard-Rhens
2. August Rhens-Koblenz-Moselkern
3. August Moselkern-Cochem
3.-11. August Atomwaffen-Frei-Zeit Cochem
6. August Spaziergang um das Atomwaffenlager Büchel

Kontakt: Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen
Lenzhalde 53, D-70806 Kornwestheim
Tel. (0 71 54) 2 20 26, Fax 18 36 35,
www.gaaa.org
roblach@s.netic.de

ATOMANLAGEN ZWISCHEN BAUERNHÖFEN UND KUHWIESEN

Nicht hier, nicht dort... ...und auch nicht anderswo!

In Bure/Lothringen, ca. 150 km von der deutschen Grenze entfernt, wird das erste europäische Endlager für Atommüll entstehen. Ab 2006 soll der Müll unter einer Lehm-Ton-Schicht gelagert werden, an zwei weiteren Orten entstehen ein Endlager unter Granitfelsen und ein überirdisches Zwischenlager. Nach dem Atomkraftwerk Cattenom, das 1986 in Betrieb ging, wird nun die zweite große Atomanlage in Lothringen gebaut. Ein Blick nach Bure zeigt, warum die rot-grüne Regierung in Paris das Endlager ausgerechnet hier plant: In der dünn besiedelten, strukturschwachen Region rechnet sie mit wenig Protest. Es wird von der Stärke des Widerstandes abhängen, ob diese Rechnung aufgeht!
Soweit unser Vorspann aus CONTRASTE Nr. 180 zum Thema. Mitte März gab es wiederum eine Demonstration gegen das »Atomklo in Saar-Lor-Lux« mit 700 TeilnehmerInnen. Es ist zu hoffen, das die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung erkennt, dass nur 150 km von Saarbrücken entfernt ein europäisches Endlager entstehen wird, wenn der Widerstand nicht stärker wird.

Markus Pflüger, Saarbrücken ● Atommüll ist nicht zu entsorgen und ist eine »wohl unlösbare Frage« erklärte der Umweltsachverständigenrat der Bundesregierung am 10.3.00. Es gäbe keine abschließende Lösung des Atommüllproblems, früher oder später würde Radioaktivität aus jedem Endlager entweichen.

Dies bestätigt die Kritik der bundesdeutschen Atomkraftgegner, die mit dem Bus von Saarbrücken nach Lothringen fuhren, wo sie gemeinsam mit französischen Anti-Atominitiativen am 19. März gegen das geplante Endlager Bure 150 km von der deutsch-französischen Grenze protestieren. Erste Probebohrungen und ein Zaun markieren inzwischen den großräumig abgesperrten und planierten Bauplatz des sogenannten »Endlagerlabors« nahe dem 100 EinwohnerInnen zählenden Bure. Rund 700 Leute demonstrierten gegen dieses milliardenschwere Projekt. An einer Protestmauer der »wütenden Bürger« aus Stroh wurden die Verantwortlichen des »atomaren Wahnsinns« angeprangert, »Jospin und Schröder ins Atomklo!«, hieß es zweisprachig auf einem Plakat und »Für eine deutsch-französische Partnerschaft der Anti-Atom-Bewegung« auf einem Schild, das ein Vertreter der BI aus Gorleben angebracht hatte.

»Täglich wird ohne ein sinnvolles Entsorgungskonzept neuer hochradioaktiver Müll produziert; dieses europäische Endlagerprojekt dient dem Weiterbetrieb internationaler Atomanlagen, wir fordern dagegen den Ausstieg aus dieser unverantwortlichen Risikotechnologie!«, so ein Vertreter des Koordinationskreis gegen Atomkraft Saar in seinem Redebeitrag. »Noch ist nichts entschieden und nun ist verstärkter Widerstand gegen diesen atomaren Wahnsinn angesagt«, erklärte die Sprecherin der französischen Initiativen, denn im Sommer soll der Bauplatz besetzt werden.●

Kommentar:

Drei mal näher als Gorleben und trotzdem in vielen Köpfen unüberwindbar weit weg?

150 km von der dt-frz. Grenze wird seit letztem Jahr ein sogenanntes Erkundungslabor für die Endlagerung hochradiaktiver Abfälle im lothringischen Bure gebaut (60km südwestlich von Nancy). Labor ist natürlich Quatsch, wer Milliarden investiert will sie nicht in den Sand bzw. in Lehm-Ton-Schichten gebaut haben und es dann nicht nutzen.

Ausgesucht wurde eine ländliche strukturschwache Region (Bure hat gerade 100 Einwohner) wo kein Protest zu erwarten ist. Nachbargemeinden wurden mit »Akzeptanzgeldern« gekauft und ruhiggestellt. Zum Glück widerstehen seit Anfang der 90er mehrere Bürgerinitiativen der umliegenden Departements diesen Plänen der Atomindustrie hier eine »Scheinlösung« für ihr unlösbares Müllproblem zu finden. Internationale Proteste haben stattgefunden und dieses Jahr geht der Widerstand in die entscheidende Phase. Widerstand ist geplant und internationale und vor allem deutsche Solidarität ist gefordert. Dieses Lager hat europäische Dimension und es wird gemunkelt ein Lager pro Kontinent würde ausreichen. Bure soll als europäisches Atomklo dienen, um den Weiterbetrieb der Atomanlagen zu sichern?! Gorleben ist überall. Nein zum Endlager Bure!

Markus Pflüger

Info & Kontakt: Koordinationskreis gegen Atomkraft Saar Tel/Fax: (06 81) 58 59 45

Göttingen: Kongress 2000 am 20./21.Mai 2000

Ende des globalen Kapitalismus – Das Neue Historische Projekt

Am 20. und 21. Mai 2000 findet an der Universität Göttingen der sozialwissenschaftliche Kongress 2000 mit dem Titel »Ende des globalen Kapitalismus. Das Neue Historische Projekt« statt.

Der Titel des Kongresses ist in diesem Fall Programm. Sechs namhafte Referent(inn)en, darunter drei aus Lateinamerika, werden mit den Kongressbesuchenden über Gegenbewegungen und mögliche Alternativen zum globalen Kapitalismus diskutieren.

Trotz unterschiedlicher politischer Ansätze eint die Referent(inn)en ihre Kritik am Neoliberalismus. Neben Prof. Dr. Heinz Dieterich und Prof. Dr. Arno Peters werden u.a. Prof. Dr. Maria Mies und der Herausgeber der Zeitschrift konkret, Hermann L. Gremliza, ihre Positionen darlegen.

Prof. Dr. Nildo Ouriques (Arbeiterpartei Brasiliens PT) und Dr. Raimundo Franco Parellada, Kuba, referieren über die Bedeutung eines Neuen Historischen Projekts der Moderne als Alternative zum globalen Kapitalismus aus der Sicht lateinamerikanischer Länder.

Neben der theoretischen Debatte ist der praktische Schwerpunkt des Kongress 2000 die Vernetzung von politisch, kulturell und sozial engagierten Basisgruppen über das Internet.

Es muss doch was anderes geben! (Ant Z) Der Göttinger Verein »Perspektive unabhängige Kommunikation (puk)« mit seinem Internet-Projekt für Politik und Kultur (www.puk.de) besteht seit nunmehr zwei Jahren.

Inhaltlicher Schwerpunkt bei puk ist die Diskussion um Auswirkungen des neoliberalen globalen Kapitalismus sowie um die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zu diesem System, das für die meisten Menschen weltweit langfristig keine andere Perspektive zu bieten hat als Vereinzelung, Fremdbestimmung, Armut und Gewalt. puk betrachtet es daher als historische Notwendigkeit, dem global organisierten Kapitalismus eine global organisierte Gegenbewegung entgegenzusetzen. Eine Bewegung von unten, basisdemokratisch organisiert, deren Ziele und Werte den Bestrebungen der multinationalen Konzerne und ihrer Interessenvertretungen wie G7, OECD, IWF oder WTO zutiefst widersprechen.●

Kontakt und Anmeldung:
Perspektive unabhängige Kommunikation, c/o Blackbit, Ernst-Ruhstrat-Strasse 6, D-37079 Göttingen
Tel.: (0172) 961 90 87, Fax: (05 51) 05 06 75 20
Infofon: (05 51) 531 54 50
http://www.kongress2000.de
http://www.puk.de

Filmdatenbank im Internet

Das Freiburger Ökomedia Institut hat eine umfangreiche Filmdatenbank zum Thema Umwelt und Ökologie, die in Deutschland entleihbar oder im Vertrieb erhältlich sind, mit Kurzbeschreibungen und Verleihadressen in das Internet gestellt. Diese Filmdatenbank ersetzt das vom Ökomedia Institut erstellte und seit 1985 in fünf Auflagen erschienene »Medienkursbuch Ökologie«. Sie versteht sich als Leitfaden und praktische Hilfe zur Arbeit mit und über Medien zum Thema. In der Datenbank werden sämtliche Filmgenres berücksichtigt: Spiel- und Dokumentarfilme, Animations-, Experimental- und Kurzfilme.
www.oekomedia-institut.de ub

Anzeige

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker

Was ist der BUH?
Ein Zusammenschluß von zumeist selbstständigen, hauptsächlich im Baubereich angesiedelten Handwerkern, die im Jahre 1994 den BUH als eigenständige Intressensvertretung gründeten.

Unsere Zielsetzungen:

-Politisches Engagement zur **Abschaffung der Meisterpflicht** als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im deutschen Handwerk
-**Wiedereinführung der Gewerbefreiheit** auch im Handwerk
-**Abschaffung des Meisterzwanges** für selbständige Handwerker/innen
-**Gleichstellung** von Mann und Frau im Handwerk
-**Selbständiges handwerkliches Arbeiten** als neue Arbeitsform im freien Wettbewerb
-Rückbesinnung auf **altbewährte** Handwerkstechniken und Arbeitsmaterialien, im Sinne eines **ökologischen, verantwortungsbewußten Handelns**, zugunsten der Verbraucher und Verarbeitenden.

Unseren Mitglieder/Innen bieten wir:

-**Beratung** zur Existensgründung/-sicherung
-**Hilfestellung** bei Rechtsunsicherheit
-Vermittlung von kompetenten Rechtsbeistand
-mögliche **Prozeßunterstützung**
regelmäßige **Infobriefe** über unsere Arbeit und zur aktuellen Situation
-vielschichtige **Mitarbeit** an der Abschaffung der Meisterpflicht
-**Vermittlung günstiger Versicherungen** für: Berufshaftpflicht, Berufsunfähigkeit, Altersabsicherung

Weitere Informationen über unsere Inhalte, Ziele und die Beitrittsbedingungen können Sie gegen einen Unkostenbeitrag von 10.- schriftlich anfordern bei:

BUH e.V.
Bundesverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Klein Breese 13 29497 W ohltersdorf,
Tel.05841-973900 Fax 05841-973901
http://www.aries.de/BUH

FRAUENPROJEKTE:

Heim an den Herd

1979 wurde in Österreich das Frauenstaatssekretariat eingerichtet, das 1990 in ein Büro der Frauenministerin umgewandelt wurde – quasi ein Ministerium, aber mit beschränkten Ressourcen und bescheidenem MitarbeiterInnen-Stab. Mit dem Antritt der »schwarz-blauen Regierung« wurde das Frauenministerium abgeschafft. Ab jetzt ist nur mehr Familienpolitik angesagt: Propagierung der traditionellen Familie, Verlängerung der Karenzzeit, Karenzgeld für alle (auch für jene, die es nicht brauchen), Teilzeitjobs als geförderte Erwerbsvariante für Frauen, keine Rede mehr vom Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung. Zahlreiche Frauenprojekte bangen um ihre Existenz. Widerstand ist angesagt.

Verena Fabris, Wien ● Ex-Frauenministerin Johanna Dohnal stellt keine Forderungen an die schwarz-blaue Koalition, außer eine: »Sie soll sofort zurücktreten.«

Schon durch die Abschaffung des Frauenministeriums signalisierte die neue Regierung deutlich, was sie für eine eigenständige Frauenpolitik übrig hat und welches Interesse sie an der Beseitigung der vielfältigen Diskriminierungen von Frauen an den Tag legt.

Ein besonderer Affront ist es, dass Frauenangelegenheiten in Zukunft im Sozialministerium vertreten sind. Zuständig ist eine Ministerin, die bis vor kurzem nicht einmal wusste, dass es ein Gleichbehandlungsgesetz gibt, eine Ministerin, die auf die Frage, ob sie für die Beweislastumkehr bei sexueller Belästigung eintrete, antwortete: »Wie meinen Sie das jetzt genau?«

Die Stoßrichtung der schwarz-blauen Frauenpolitik ist eindeutig: Es gibt keine Frauenpolitik mehr. Frauenpolitik wird gleichgesetzt mit Familienpolitik. Das Regierungsübereinkommen zeigt, dass an Stelle aktiver Politik gegen die Benachteiligungen von Frauen weitere Verschlechterungen und Rückschritte geplant sind.

Unternehmen Haushalt

Ab 2002 wird es die Geburtenprämie in Form des »Karenzgeldes für alle« geben: 6.250 Schilling Kinderbetreuungsgeld soll jede Mutter bekommen, unabhängig davon, ob sie vorher gearbeitet hat oder nicht. Eine Maßnahme, die Frauen auf ihre Mutterrolle festlegt, und ein klares Zeichen in Richtung Umverteilung von berufstätigen Frauen zu Hausfrauen und Müttern. Schon jetzt kehrt nur jede dritte Frau nach der Karenz an ihren alten Arbeitsplatz zurück. Nach zwei Jahren Karenz dürfte der Prozentsatz noch weiter sinken. Schon jetzt fehlen vor allem auf dem Land Kinderbetreuungsplätze. Mit dem Argument, dass ohnehin jede Frau zu Hause bleiben könne, wird in Zukunft noch weniger Geld für Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Aus rein familienpolitischer Sicht mag Karenzgeld für alle eine sinnvolle Maßnahme sein, aber im Hinblick auf mehr Gleichberechtigung für Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist es alles andere als sinnvoll. Auch deshalb, weil im Programm der schwarz-blauen Regierung fast alle Gelder für Wiedereingliederungsmaßnahmen und Frauenförderungsprogramme gestrichen wurden. Der Berufseinstieg nach der Karenz ist aber ohne Hilfen nur unter sehr schwierigen Bedingungen möglich. Prinzipiell gut ist zwar, dass ein Teil der Kindererziehungszeit in Zukunft pensionsbegründend sein wird, aber genügend Versicherungsjahre können Frauen nur durch entsprechende Berufstätigkeit und nicht durch Kindererziehung erreichen.

Die Regierung verspricht in ihrem Programm »Frauen bei Unternehmensgründungen besondere Hilfestellung zu geben«. Im Absatz darunter wird klar gemacht, an welches Unternehmen gedacht ist, nämlich das »Unternehmen Haushalt«. »Dienstleistungzentren« sollen unterstützt werden, die »qualifiziertes Personal für Familienaufgaben« wie Kinderbetreuung, Haushaltshilfe etc. vermitteln. Karrierechancen im Haushalt für billige weibliche Arbeitskräfte sollen da wohl geschaffen werden.

Fraueneinrichtungen gefährdet

Das Regierungsprogramm endet mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zu Frauenservice- und Beratungseinrichtungen. Allerdings sollen diese »entsprechend evaluiert und nach Maßgabe der budgetären Mittel, dort wo es sinnvoll ist, längerfristig abgesichert, ausgebaut und weiterentwickelt werden.« Dass die Frauenprojekte erst vor zwei Jahren evaluiert wurden, scheint der jetzigen Regierung nicht bekannt zu sein. Eva Rossmann vom Unabhängigen Frauenforum ist verärgert: »Jetzt zu 'evaluieren', wer in Zukunft (k)eine Förderung bekommt, treibt diese Einrichtungen in den finanziellen Ruin. Wie sollen sie weiterarbeiten, wenn sie nicht wissen, ob sie für das laufende Jahr 2000 Geld bekommen? Die Leid Tragenden sind (neben den engagierten Frauen in den Einrichtungen) diejenigen Frauen, die Rat und Unterstützung brauchen.«

Frühestens im April wird das Sozialministerium Förderungen für Frauneeinrichtungen verbindlich zu- oder absagen. Bis dahin müssen aber viele Vereine schon Einsparungen vornehmen. Damit ist die Arbeit der Frauen/Lesben- und Mädchenorganisationen akut gefährdet. In den Medien ist von 20 Projekten in Wien die Rede, aber Anneliese Erdemgil-Brandstätter, Mitorganisatorin der »Schlaflosen Nächte« befürchtet, dass es weit mehr sind.

Von der Schließung akut bedroht ist zum Beispiel die »Informationsstelle gegen Gewalt« des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser. Rosa Logar: »Es schaut so aus, dass wir sozusagen von Spendengeldern den Betrieb aufrechterhalten. Wir können vielleicht noch einen Monat mit dem Geld durchkommen und dann müssen wir eigentlich die Einrichtung schließen und die Mitarbeiterinnen kündigen.«

Eine weitere Einrichtung, die um ihr Weiterbestehen fürchtet, ist LEFÖ, eine Migrantinnenorganisation, die vielfältigste Projekte betreut. »Die ganze Arbeit, der Aufbau aus vielen Jahren ist in Gefahr. Wir haben in den letzten zehn Jahren die ganze Problematik von Frauenhandel und die Situation von muslimischen Prostituierten an die Öffentlichkeit gebracht. Wir sind in der Situation, dass die EU bestimmten Programmen zugesagt hat und gleichzeitig wissen wir überhaupt nicht, ob wir die Kofinanzierung bekommen. Es ist im Moment absolut unsicher, wie wir die Arbeit in Zukunft machen können«, sagt Obfrau Christina Bodoi.

Medienprojekt gefährdet

Auch beim »Verein Frauensolidarität« ist die Zukunft ungewiss. Die Frauensolidarität führt Projekte zu Entwicklungsarbeit durch, betreibt eine Bibliothek und gibt eine Zeitschrift mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik/Dritte Welt heraus. Sie ist auch deshalb gefährdet, weil die Bundesregierung die Ausgaben für Entwicklungsarbeit kürzen wird. Gundi Dick: »Wenn die Frauensolidarität schließen müsste – und dieses Szenario ist leider sehr wahrscheinlich im nächsten Jahr – dann heißt das, dass im deutschsprachigen Raum eine einzigartige Bibliothek verloren geht.«

Eines der wenigen Projekte, dessen Weiterbestand gesichert scheint, ist das Mädchenzentrum Klagenfurt, das seit 1996 Beratungstätigkeit (von psychozsozialer Betreuung bis zu Berufsorientierung) für Mädchen leistet. Zumindest gab es mündliche Zusagen vom Sozialministerium. Geschäftsführerin Brigitte Janshoffist zuversichtlich: »Wenn ich nicht optimistisch wäre, hätte ich vor vier Jahren gar nicht anfangen dürfen.«

Wir stehen zur Verfügung

Sozialministerin Elisabeth Sickl hat nun Frauenprojekte zu sich eingeladen. Allerdings nicht alle. Es sei nicht durchschaubar, wer eine Einladung bekommen hat und wer nicht, meint Anneliese Erdemgil-Brandstätter. Auf jeden Fall werden die Projekte den Termin wahrnehmen. »Denen wäre ja nichts lieber, als wenn wir aufgeben würden. Das Geld gehört nicht der FPÖ. Also her damit«, gibt sich Erdemgil-Brandstätter kämpferisch.

Widerstand ist angesagt, die Frauenvereine und -projekte geben nicht auf, bestehende Netzwerke wie das der »Schlaflosen Nächte« werden genutzt, um gemeinsame Strategien festzulegen. Eine breite Plattform unterschiedlicher Frauen formierte sich als »Frauenoffensive« gegen schwarz-blau.

Eva Rossmann machte der Regierung anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März einen Vorschlag: »Wenn diese Koalition kein Frauenministerium mehr betreuen will, dann soll sie es den parteiunabhängigen Frauengruppierungen überlassen. Samt den Räumlichkeiten, samt einem entsprechenden Budget. Wir stehen zur Verfügung. Uns ist die Politik im Interesse der Eigenständigkeit von Frauen ein Anliegen.«●

Aus: »an.schläge – das feministische magazin«,

Foto: Aus Frauensolidarität Nr. 71

ÖSTERREICH: KONFERENZ »SEKTOR3/KULTUR«

»Vorhut einer europäischen Sozialbewegung...«

Zum Auftakt der Konferenz »sektor3/kultur« – einer Konferenz der »IG Kultur Österreich« zu den zivilgesellschaftlichen Facetten des kulturellen Feldes am 31. März 2000 – bezog der französische Starsoziologe Pierre Bordieu per Video Stellung zur politischen Situation in Österreich. Nachfolgend ein Bericht von der Auftaktveranstaltung.

Martin Wassermair, IG Kultur ● In seinem per Video übermittelten 15-Minuten-Statement zur Eröffnung der Konferenz äußerte sich Pierre Bourdieu erstmals zur politischen Situation nach der Regierungsbildung von FPÖ und ÖVP. Der französische Starsoziologe begrüßte die Zielsetzungen der dreitägigen Veranstaltung der IG Kultur Österreich und stellte bereits eingangs klar, dass die historischen Parallelen zum Nationalsozialismus, mit denen »man einen hysterischen Boykott begründet hat, auf Vorverurteilungen und unbedachten Gleichsetzungen beruhen«. Es würden dadurch bloß die wahren Ursachen verdeckt, »die den Aufstieg einer gleichzeitig so unbedeutenden und abstoßenden Figur ermöglicht haben«, dessen Namen Bourdieu nicht ein einziges Mal erwähnte.

In Österreich wie auch in Europa habe eine »ungeteilte Herrschaft des Neoliberalismus eine große Heerschar ratloser, entmutigter Menschen hervorgebracht, die aus enttäuschter Hoffnung nun bereit sind, sich dem erstbesten Demagogen auszuliefern.« Besonders den Medien komme angesichts dieser Entwicklung eine »ungeheure Bedeutung« zu, weshalb Pierre Bourdieu der Überzeugung ist, dass – wie auch das Beispiel von Le Pen in Frankreich zeige – »gerade ein medialer Boykott der extremen Rechten sehr wirkungsvoll wäre«.

An die Adresse der Intellektuellen, »die nun endlich aufzuwachen beginnen«, stellte Bourdieu die Frage, »wodurch sie zu Kollaborateuren, zu Komplizen dieser Entwicklung, zumindest aufgrund ihres Schweigens oder ihrer Teilnahmslosigkeit, geworden sind«. Aus diesem Grunde forderte er, »zunächst den symbolischen Kampf aufzunehmen und zugleich jene kollektive Arbeit voranzutreiben, die sich mit den Ursachen und Erscheinungen der konservativen Hegemonie beschäftigt«, um daraufhin »neuartige und wirksame Aktionen« zu entwickeln. »Neue Strukturen des Widerstands und eines neuen Internationalismus«, so betonte Pierre Bourdieu, »müssten geschaffen werden, die sich dem dumpfen Nationalismus entgegenstellen«.

Speziell auf die Situation in Österreich bezogen, führte der Soziologe weiter aus, dass »das Missgeschick eine Chance für ganz Europa sein kann«, nämlich aus »dem Schlaf aufgeschreckt« zu werden. »Intellektuelle, Gewerkschaften sowie alle kritischen Bewegungen in Europa sollten daher den progressiven Kräften zur Seite stehen, die in Österreich nun auf die Straße gehen.«

Zum Abschluss brachte Pierre Bourdieu noch einmal seine Überzeugung zum Ausdruck, dass gerade die progressiven Kräfte in Österreich »eine Vorhut jener Europäischen Sozialbewegung bilden könnten, die wir so dringend brauchen, um gegen eine Politik anzukämpfen, die unsere Demokratie, unsere Kultur, das unabhängige Kino, und die freie Literatur bedroht«.

Gerald Raunig, der Vorsitzende der »IG Kultur Österreich«, setzte in seinem Auftaktreferat die einleitenden Gedanken Pierre Bourdieus weiter fort und bezog sich auf den Stellenwert des kulturellen Feldes im Zuge einer zivilgesellschaftlichen Repolitisierung.

Er beschrieb in seinen Ausführungen den »dritten kulturellen Sektor« als einen Kampfbegriff der Kunst-, Kultur- und Medieninitiativen gegen die »neoliberale Instrumentalisierung eines globalen Marktes und gegen einen sich zunehmend kulturkämpferisch gebärdenden Staat«. Als Beispiele nannte er dafür etwa das Kopfgeld, das von einem Innsbrucker Stadtrat gegen jugendliche Sprayer ausgeschrieben wurde, sowie eine Bierzeltrede in Ried im Innkreis am Aschermittwoch, bei der zum neuen Verhältnis von Kunst, Kultur und Staat sehr deutlich festgeschrieben wurde, dass »man die Hand nicht beißen dürfe, die einen füttert«.

Besonders politische Kulturarbeit gerate immer stärker ins Visier der Politik. »Immerhin«, so Gerald Raunig, »wurde der oberösterreichische Kulturverein »Kanal« für seine virtuelle Gastfreundschaft für die Protest-Webpage »gegenschwarzblau« massiv angegriffen und das Wiener »Freie Radio Orange 94,0« wegen der zahlreichen Hintergrundberichte zur Widerstandsbewegung als Demo-Radio diffamiert.«

Anhand einer Auflistung der sogenannten »Landplagen«, gemeint ist damit die große Zahl der finanziellen Belastungen für Kulturinitiativen (drohender Wegfall des begünstigten Versandtarifs, Sicherheitsgebührenverordnung, Lustbarkeitsabgaben, Anzeigenabgaben, ...), erläuterte Gerald Raunig darüber hinaus, wie sich kulturpolitische Methode als »schleichende Repression« zu erkennen gibt. Gerald Raunig dazu im genauen Wortlaut: »Low intensity repression im österreichischen Modus heisst also, dass nicht mittels einer rigorosen Beschneidung der Subventionen, nicht einmal nur durch ganz vorsichtige Subventionsreduktionen, die bürokratische Zurückdrängung von politischer Kulturarbeit betrieben wird, sondern – noch viel subtiler – auf der Ebene der Schaffung von legislativen Vorbedingungen, die weit ausserhalb der Kulturarbeit liegen.«

Vor dem Hintergrund dieses weitreichenden Themenspektrums versprach der Vorsitzende der »IG Kultur Österreich« eine spannende Konferenz »sektor3/kultur«, an deren Ende ein Forderungspapier verabschiedet werden soll, das klar gegenüber der Kulturpolitik Position bezieht und zugleich Forderungen zum Ausdruck bringt.●

Informationen dazu:
http://www.igkultur.at/konferenz/index.html

KAMPAGNE GEGEN WANDERAUSSTELLUNG

Roman Schweidlenka, Bad Mitterndorf ● Die Ausstellung »Sogenannte Sekten. Antidemokratische und totalitäre Strömungen in der neuen Religiosität« ist eine Gemeinschaftsproduktion der Kulturvermittlung Steiermark und des ESO-Informationsdienstes-Steiermark. Mitgearbeitet haben Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, das Jugendinformationsservice LOGO, die AG Jugend gegen Gewalt und Rassismus etc.. Die Austellung, die weitgehend auf Namensnennungen problematischer religiöser Gruppen verzichtet, möchte deren Strukturen und Werbemethoden sichtbar machen. Formen autoritärer Religiosität finden sich bei etlichen der sogenannten Sekten, im harten Satanismus und im religiösen Fundamentalismus.

Im Februar 2000 startete das »Forum Religionsfreiheit« (FOREF), mit Beiträgen von Peter Zöhrer und Konrad M. Ellenberger eine untergriffige Kampagne gegen die erfolgreiche Wanderausstellung, von der es seit kurzem zwei Garnituren gibt. Es kam zu einer weit unter der Gürtellinie angesiedelten Rufmordkampagne gegen die Verantwortlichen der Ausstellung. Was FOREF nicht mitteilte und was durch Recherchen ans Tageslicht kam: Der verantwortliche FOREF-Mitarbeiter Peter Zöhrer ist ein leitendes Mitglied der österreichischen Vereinigungsbewegung, die auch als Moon-Bewegung oder Moon-Sekte bekannt ist. Nach Angaben einer Homepage der Vereinigungsbewegung nahm Peter Zöhrer 1996 seine Tätigkeit als »nationaler Messias« in Österreich auf, 1997 war er als »leitendes Mitglied der österreichischen Vereinigungsbewegung« Referent auf einer Werbeveranstaltung der Moon-Bewegung in Wien. Der Moon-Bewegung wurden und werden immer wieder – so u.a. im Handbuch des deutschen Rechtsextremismus – Kontakte zu Rechtsextremisten vorgeworfen; u.a. kandidierte ein Moon-Anhänger für Le Pen.

Wieder einmal versucht eine sogenannte Sekte bzw. eines ihrer führenden Mitglieder, KritikerInnen durch untergriffige Diffamierungen und Rufmord mundtot zu machen und eine ausgewogene Aufklärung bezüglich sogenannter Sekten zu verhindern. Diese Kampagne ist auch ein Schlag in das Gesicht jener engagierten LehrerInnen und DirektorInnen, die sich um eine notwendige Aufklärung ihrer Schülerinnen bemühen. FOREF verbreitet seine Diffamierungen in einer weitreichenden, internationalen e-mail-Kampagne via Internet, die u.a. PolitikerInnen und SchuldirektorInnen erhalten. Dadurch wurde und wird immer wieder Verwirrung und Verunsicherung bei jenen DirektorInnen und Lehrkräften erzeugt, die die Wanderausstellung an ihre Schule geholt haben.●

Warum die Expo als Anlass nehmen?

EXPO NO!

Innenansichten einer Werbeschau:

Der Nebel lichtet sich, kapitalistische Interessen werden sichtbar

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Die Expo 2000 beginnt am 1.6.2000 in Hannover, mit vielen dezentralen Expo-Projekten sowie mit Veranstaltungen vom Fachkongress über Konzerte bis zu Sportereignissen im ganzen Land. Sie ist ein einmaliger Vorgang: Die »Mächtigen« dieser Welt zeigen ihren Zukunftsentwurf. Und der ist erschreckend: Nicht nur, dass Hightech wie neue Atomkraftwerke, viel Gentechnik, Reproduktionstechnologie usw. diese Zukunft prägen, sondern dass die MacherInnen der Expo vorgeben, dass dieser Entwurf ...

1. »wie ein Naturgesetz« (Zitat Expo-Beauftragter von Siemens) kommen wird,
2. auf der Expo nicht als Vorschlag gezeigt wird, sondern als quasiwissenschaftliches Bild, wie es sein wird,
3. ohne Menschen als bestimmende, gestaltende Kraft abläuft (z.B. wird der zukünftige Regenwald als nachwachsend dankt Neuzüchtungen, aber ohne Menschen darin vorgestellt)
4. insgesamt klarstellt, dass nicht mehr die Menschen, sondern die Konzerne in ihren Forschungsabteilungen über die Zukunft der Gesellschaft bestimmen.

Diese Ideologie kommt auf der gesamten Expo zum Ausdruck, d.h. auf dem zentralen Gelände in Hannover und in den weltweit verteilten Projekten und Veranstaltungen (in jeder Region Deutschland gibt es mehrere solcher Expo-Orte). Das Zentrum bildet der Themenpark, wo mit hohem technischem Aufwand eine zukünftige Welt aufgebaut wird. Den BesucherInnen wird suggeriert, sie könnten hier schon im Jahr 2000 die Welt von morgen (ca. 20 Jahre später) betrachten. Dabei werden jeweils die Probleme des Jahres 2000 (aus Sicht der wirtschaftlichen und sonstigen Herrschaftsinteressen) und passende, ausschließlich technische Lösungsmodelle gezeigt. Beispiele:

- Der tropische Regenwald wächst jetzt immer wieder nach und kann »nachhaltig« ausgebeutet werden ... dank neuer Baumzüchtungen. Die Lage der Menschen wird nicht dargestellt, der zukünftige Regenwald braucht keine Menschen.
- Zur Mobilität wird über Staus und Klimazerstörung im Jahr 2000 gejammert, die Rettung bringen Transrapid und elektronische Parkplatzsuche.
- Die Energieprobleme des Jahres 2000 sind zwei Jahrzehnte später durch sich ökig daherdrehende Windanlagen neben neuen Atomkraftwerken gelöst.
- Die innere Sicherheit wird durch neue Überwachungstechnologie (Genanalyse & Co.) geschaffen.
- Hunger und Armut (mensch denke an die verhungernden Kinder des Jahres 2000 ...) sind durch Gentechnik besiegt worden.
- Als Hauptproblem der aktuellen Zeit, aus dem heraus alle weiteren nur folgen (Krieg, Vertreibung, Umweltzerstörung usw.), wird die Bevölkerungsentwicklung (»Vermassung« sagt der Expo-Beauftragte von Siemens) dargestellt. Doch zwanzig Jahre später ist alles im Griff ... dank Reproduktions-Kontrolltechnik und Bildungs-Entwicklungshilfe, einem der neuen Zauberwörter der Expo 2000. Mit ihrer Aussage, dass das Bevölkerungswachstum das Problem und die Technik die Lösung sei, schaffen sich die Expo-MacherInnen die eigene Legitimation. Die Menschen sind Schuld, sie vermehren sich und konsumieren - aber die Technik rettet sie vor dem Untergang. Hinter der Hightech aber sitzen die Konzerne und Industrienationen. Die Expo legitimiert und präsentiert sie als Retter der Menschheit und damit auch weiterhin als Führungselite dieser Welt.

Doch nicht nur dieser Kern, auch das Drumherum der Expo hat viel zu bieten. Um das technisch-menschenfeindliche Zukunftsbild der Expo in die Köpfe zu bekommen, sind viele Organisationen und Einrichtungen als AkzeptanzbeschafferInnen eingekauft worden. So sieht die gentechnisierte Zukunft doch viel netter aus, wenn neben der Gentec-Landwirtschaft auch der demeter-Biohof zum Verweilen einlädt, und wenn sich neben den Ausstellungen zur Reproduktionstechnologie ein modernes Frauenhaus präsentiert oder namhaft feministische Wissenschaftlerinnen über die Zukunft diskutieren. Die zentralen Angebote für Jugendliche werden vom Deutschen Bundesjugendring mitgestaltet, also auch von Falken, Naturfreundejugend & Co. Im Kinderbereich engagiert sich die Naturfreundejugend. Und McDonalds. Alles schön einträchtig nebeneinander, das kann doch nicht falsch sein ...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Bemerkenswertes tut sich zudem in Hannover. Die Stadt wird intensiv auf die Expo vorbereitet: Der Reigen reicht vom Ausbau der Verkehrstrassen über gemeinsame Leitstellen der Nachrichtendienste und des Verfassungsschutzes zur Abwehr von Expo-Widerstand, konsequente Säuberungsaktionen in der Innenstadt bis zum Bau eines Knastes in Langenhagen, der im Jahr 2000 allein für Expo-GegnerInnen vorgesehen ist und danach für Abschiebungen. Praktisch gedacht ... Andere Innenstädte werden als Expo-Anschauungsbereiche eingebracht: Der Potsdamer Platz, die Modernisierungs-Stadtteile von Leipzig und andere.●

GEGENMACHT VON UNTEN

London – Seattle – Hannover!

Als am 18.6.99 Hunderte von Aktionsgruppen die Innenstadt und das Bankviertel von London zu großen Teilen eroberten und lahmlegten, nahm noch kaum jemand außerhalb von England Notiz davon, denn die Kameras der Weltpresse standen in Köln. Beim zweiten Mal hatte die Idee direkter Aktionen von unten aber durchschlagenden Erfolg: Am 30.11.99 konnten viele Blockaden, dezentrale Störaktionen und gezielte Sabotage die Eröffnung der mächtigen Welthandelsorganisation WTO in Seattle verhindern. Das war keine Revolution, die normale Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik lief weiter. Aber dennoch änderte sich eines: Das Ohnmachtsgefühl, zu dem auch grosse Teile politischer Bewegung mit dem Gejammer des »Das wird sowieso nichts« oder der Anbiederungsstrategie des Mitmachens statt Angreifens beigetragen hatten, war weg.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Gruppe Landfriedensbruch ● Die Aktionsplanung zur Expo-Eröffnung ist eine Folge dieses Prozesses. Inmitten einer Aktionswoche, eingerahmt von einer grossen Demonstration zum Auftakt (27.5.), Aktionscamps und Öffentlichkeitsarbeit danach sowie den Innenstadtaktionstagen am nachfolgenden Wochenende bereiten sich inzwischen in vielen Städten Gruppen auf direkte Aktionen in Hannover vor. Ziel ist, durch massive Blockaden vom 31.5. nachmittags bis mindestens zum 2.6. morgens den Eröffnungstag der Expo komplett zu verhindern oder zumindest so massiv zu stören, dass niemand mehr drumherum kommt, den Protest gegen die kapitalistische Schau wahrzunehmen. Sie kommen nicht mehr durch, heißt das Ziel rund um den Eröffnungstag am 1.6. (Himmelfahrt). Aktionen und die sich daran knüpfende Debatte sollen eine Phase neuer politischer Auseinandersetzung hervorrufen. Die Expo 2000 ist das Symbol, sich nicht weiter nur auf Details oder Ein-Punkt-Bezüge zu beschränken, sondern der gesamten kapitalistischen und sonstigen Herrschaftsstruktur Widerstand zu bieten.

Seattle hat gezeigt, dass Widerstand machbar ist. Eine emanzipatorische Bewegung beginnt mit der eigenen Struktur – es bedarf keiner Steuerungsgruppen oder Vorstände. Gegenmacht von unten ist dann stark, wenn Basisgruppen und die regionalen Zusammenhänge agieren, unabhängig und widerständig sind. Wenn neben Ein-Punkt-Bezügen auch ein gemeinsamer Kampf entsteht. Wenn Visionen die langweilige Realpolitik und direkte Aktionen die Anbiederei hinwegfegen. Die Aktionen rund um den Expo-Eröffnungstag sollen das deutlich zeigen – und damit das Ende einer elendigen Phase einläuten, in der der neoliberal modernisierte Kapitalismus unangefochten dominierte. Wenn viele aktionsfähige Gruppen viele kleine Aktionen, Störungen, Blockaden und Sabotagen an vielen kleinen Orten in Hannovers Infrastruktur machen, kann das das Gesicht der Stadt verändern ...

Eines darf dabei Appetit machen: Auch wenn vielleicht die deutsche Polizei trainierter ist gegen politische Gruppen, wenn politische Gruppen in Deutschland dagegen oft wenig Erfahrung haben in direkter, selbstorganisierter Aktion – es bleibt noch Zeit, sich vorzubereiten auf diesen Tag. Zudem wird es in Hannover noch besser möglich sein, alles lahmzulegen. Denn, und das ist ein Vorteil zu Seattle, neben uns werden sich Hunderttausende von Leuten auf Strassen und Gleisen bewegen (wollen ...). Am ersten Tag sind es vor allem Polit- und Wirtschaftsgrössen sowie reiche Leute, denn der Eintrittspreis ist locker verdoppelt worden. Beispiel: Alle 3 Minuten soll am Expo-Bahnhof »Messe/Laatzen« ein Zug ankommen – man überlege die Wirkung jeder kleinen Aktion ...

Der 1.6. ist nicht die Revolution. Aber ein gemeinsamer Aktionstag in Hannover mit einer Wirkung wie in Seattle kann lokal, regional und überregional die politischen Handlungsmöglichkeiten verändern. In diesem Sinne hoffen wir auch, dass sie viele Menschen beteiligen, die in den vergangenen Jahren die Lust verloren haben, ihre Kreativität in verstaubten oder angepassten politischen Arbeitsformen zu verschwenden: KünstlerInnen, HackerInnen, Kommunikationsguerilleros und viele mehr. Gegenmacht von unten ist direkt, vielfältig, entschlossen, unabhängig, unübersehbar, gleichzeitig aber mit klaren emanzipatorischen Positionen ohne Wenn und Aber.●

DER ANTI-EXPO-KALENDER

12.-14.5. in Münster und Freiburg
Direct-Action-Seminar
Blockade und Störtechniken üben
Info: klemz@uni-muenster.de (Münster)
direct.action@umprowe-freiburg.de (FB)
(weitere DA-Seminare in Vorbereitung)

17.-21.5. in Iffens (bei Nordenham)
Bundes-Ökologie-Treffen Arbeiskreise, Umweltschutz von unten, Projekte und Aktionen. Das Treffen unabhängiger Öko-AktivistInnen
Info: bsoe@uni-muenster.de

27.5.-4.6.2000 in Hannover
Aktionswoche gegen die Expo 2000
Für diese Woche soll sich der Widerstand zentral auf Hannover richten – um dort eine Wirkung zu erzielen, die dann auch bei regionalen Aktionen und Veranstaltungen hilft. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur aus Büroräumen, Camps und mehr bereitstehen.
Info: Anti-Expo-AG Hannover

Ständig geplant sind u.a. Camps, Veranstaltungen, 2-tägige Anti-Expo-Zeitung und Radiosendungen, spontane und geplante Aktionen

Bis zum 27.5.
Karawanen&Radtouren nach Hannover

27.5. in Hannover
Grosse Demo gegen Expo 2000
Info: Anti-Expo-AG Hannover

1.6. in Hannover
Aktionstag »Expo lahmlegen!«
Kleine und grosse, nette, spaßige oder direkte Aktionen, Blockaden und Störungen gegen die Expo – wir sind Sand oder Steine im Getriebe: Kreuzungen, Straßen, Bahnstrecken, S-Bahnen, Expo-Eingänge, Infrastruktur und vieles können die Ziele sein. Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht.
Info: www.expo-no.de

3.6. in Hannover
Reclaim-the-Streets

3./4.6. in Hannover
Innen!stadt!aktions!tage
Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover

2.-3.6. im Pavillon Hannover
Perspektiven des Internationalismus
Strategiediskussion
Info: alaska, (04 21) 7 20 34

31.5.-4.6. in Berlin
Gesundheitstag 2000
(menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur Expo 2000 – genannt »Impo 2000«)
Infos: Christl Burkhardt, (0 30) 794 03 43-4, Fax -5
und www.gesundheitstag.de

4.6. unterwegs
Radtour »Das Tote Meer soll leben«

Nach der Aktionswoche

Heisser Anti-Expo-Sommer gegen Herrschaft und Neoliberalismus

7.6. Anti-Atom-Aktionen
(aus Anlass des Siemenstages auf der Expo)

9.-13.6. in Mellendorf
Anti-Expo-Camp
Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.-13.6. in Walsrode
Anti-Expo-Camp
Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover
Innenstadt-Aktionstag
Info: Die Falken, 0511/528298

15.6. Autofreier Hochschultag
18.6. Aktionstag »Mobil ohne Auto«
Info: Umkehr, Tel. 030/4927473

17.6.
Österreich/Anti-FPÖ-Aktionstag
(aus Anlass des Spanientages auf der Expo)
Aktionen von antifaschistischen Gruppen

24.6. in Oberhausen
Vollalarm 4 (Anti-Expo-Solifete)
Info: ProjektArchiv, c/o Druckluft

30.6. und 28..7. überall
Critical Mass
Info: www.critical-mass.de

Juli in Hannover Internationales JournalistInnentreffen

1.-9.7. (Kern: 2.-4.7.) in Berlin
Expo-Kongress »Local Heroes 21«
Nachhaltigkeit, Agenda, ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik
(Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände sowie die UFA, siehe www.id22.de)
Aktionen gegen den Kongress geplant
Info: Netzwerk »Umweltschutz von unten«, http://go.to/umwelt

7.-9.7. in Hannover
IKK – Interkonexiones
Info: Pavillon

5.-7.7. in Gödringen
Pressefest »Megaphon«
Motorradclub Kuhle Wampe

10. Juli-8. August in Hannover
Chaos-Tage 2000

13.7.
Kamerun-Aktionstag
(aus Anlass des Kameruntages auf der Expo)
Info: The Voice, Jena

15.7.-20.8. bei Hannover
Zeltcamp der DLRG-Jugend
Info: DLRG-Jugend Nds., 0511/8379212

28.7.-6.8. im Raum Hannover
Friedensreiter
(unterwegs gegen Expo-Projekte)
Info: 05733/969973

21.-30.7. nahe Berlin
Anarchistisches Sommercamp
Info: http://www.jpberlin.de/acamp

19.7. Spanien-Aktionstag
(aus Anlass des Spanientages auf der Expo)

19.7. Antirassistischer Aktionstag am Expo-Tag der Weltenwanderung
Info: AKKU, 0441/248175

Fortsetzung nächste Seite

EXPO 2000

EXPO NO!

Die Treuhandschaft des Nordens über den Süden

Die EXPO propagiert wie die agenda 21 die kapitalistische Wirtschaftsweise als das weltweit allein seeligmachende Entwicklungsmodell. Analog dazu fordern die EXPO-MacherInnen die AusstellerInnen auf, sich dieses Dokument (1), das 1992 im Wesentlichen von den USA (George Bush) und der BRD (Helmut Kohl) geschrieben wurde, zu eigen zu machen. Dort steht ganz unverblümt, dass sich die Fähigkeit der Menschen im Süden »zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land sich ..... als begrenzt erwiesen hat« (Kap. 26.1).

Redaktion Saarland, AKTION 3.WELT Saar ● In diesem Sinne repräsentiert die EXPO die ideologische Treuhandschaft des Nordens über den Süden, die zur Not auch militärisch durchgesetzt wird. Ein Blick in die aktuellen verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr, die Militäreinsätze zur Sicherung »strategischer Rohstoffe« und des sog. »freien Welthandels« vorsehen, bestätigt dies. Die vor 500 Jahren von Europa ausgehende Eroberung und Unterwerfung des Südens wird so ökonomisch und militärisch fortgeführt. Und genau wie die Völkerschau von Hagenbeck im 19.Jahrhundert Menschen aus den Kolonien »ausstellte«, zeigt die EXPO im Begleitprogramm multikulturelle Folklore aus aller Welt, zum Angucken, aber nicht zur Auseinandersetzung über die Gründe von z.B. Hunger oder rassistischer Alltagspraxis in der BRD.

Neben der bedingungslosen Marktgläubigkeit propagiert die EXPO Technikgläubigkeit als Allheilmittel für alle sozialen Probleme. Dabei ist die Existenz von Hunger nicht ein Problem fehlender Gen- und Biotechnologie beim Anbau von Nahrungsmitteln, sondern ein Problem der Verteilung. Auch aktuell werden mehr Nahrungsmittel produziert, als es Menschen gibt. Hunger wird gemacht. Die Frage nach den dahinterstehenden Interessen aber bleibt wissentlich auf der EXPO ausgeklammert.

Ähnlich wie die agenda 21 füllt auch die EXPO nur alten Wein in neue Schläuche um. Schon lange präsentieren die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen VertreterInnen der ökonomisch führenden Staaten das eigene Wirtschaftssystem als den einzig gangbaren Entwicklungsweg für all die Staaten, die sie als unterentwickelt definier(t)en. Am bekanntesten ist dieser Anspruch, andere zu entwickeln, in Form der staatlichen Entwicklungspolitik. Genauso oft wird dies aber auch von VertreterInnen der staatsnahen Zivilgesellschaft propagiert, den sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen (NGO). Diese dringen mit ihren gutgemeinten Projekten in Gesellschaften des Südens ein und implantieren dort nachhaltiger als es jede staatliche Stelle könnte, das Entwicklungsmodell der ersten Welt.

Es blieb dem mexikanischen Entwicklungssoziologen Gustavo Esteva vorbehalten, mit der ihm eigenen Klarheit darauf zu verweisen, dass der Anspruch, andere zu entwickeln, die Erfindung von Unterentwicklung voraussetzt (2). Die EXPO 2000 ist eine würdige Enkelin dieses Erbes, mit dem die Welt in entwickelt und unterentwickelt eingeteilt wird. Verbunden mit dem »Wissen um den richtigen Entwicklungsweg« wird daraus die Treuhandschaft des Nordens über den Süden abgeleitet.●

Anmerkungen:

(1) agenda 21: Abschlussdokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, auf das sich heute viele Umweltgruppen beziehen.

(2) Lesetip: Esteva, Gustavo: Fiesta, jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik, Frankfurt 1995

AKTION 3.WELT Saar

Die Organisation hat kein Projekt in der sog. 3.Welt, weil sie sich nicht anmaßt andere zu entwikkeln. Sie arbeitet allgemeinpolitisch zu Themen wie Rassismus, Atom, Entwicklungsdenken, Frauen/Patriarchat und arbeitet mit im BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)
Weitere Informationen: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim am See, Telefon (0 68 72) 9930-56, Fax -57,
e-mail: a3wsaar@t-online.de

DER ANTI-EXPO-KALENDER

1.-30.7. in Hannover
Interkulturelle FrauenLesben-Uni
Gegenveranstaltung zur Expo-Frauenuni
Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064
http://www.physik.org/iksu

6.-8.8. in Hannover
Chaos-Tage-Höhepunkt
Höhepunkt- und Abschluss-Wochenende
Info: www.chaos-tage.de

19.8. Türkei-Aktionstag
(aus Anlass des Türkeitages auf der Expo)
Koordination: Gruppen aus Hannover

20.8. in Hannover
Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr
(aus Anlass des Nationaltags von Mexico auf der Expo)
Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org

25.8. und 29.9. überall
Critical Mass
Info: www.critical-mass.de

9.9. in Hannover
Subversives Kulturfest

Herbst 2000

Aktionen und Perspektiv-Kongresse

27./28.9. in Prag
IWF-Tagung
Infos über Mailingliste, eintragen:
antiimf2000-subscribe@egroups.com

Vorher:
Karawanen von Hannöver nach Prag
Karawanen-Info: karawane@mail.nadir.org

3.10. in Hannover und Dresden
Antinationaler Aktionstag
(aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland-Nationaltag auf der Expo ist)
Info: Infoladen Dresden

2.10. Nigeria-Aktionstag
(aus Anlass des Nigeriatages auf der Expo)
Info: The Voice, Jena

3.10. im Pavillon Hannover:
»Wir begrüßen unsere Diktatoren«

ca. 9.-13.10.
Europäische Konferenz gegen Rassismus
UNITED for intercultural Action, 0031/20/6834778

Oktober/November in Berlin
23. BUKO »Weltwirtschaft«
Info: BUKO, 040/393156 und www.epo.de/buko

Oktober/November
Kongress »Umweltschutz von unten«
und Bundes-Ökologie-Treffen
Institut für Ökologie, 04533/792259 und

http://go.to/umwelt

31.10.
Offizielles Ende der Expo
(bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten)
Auch der Tag, an dem Birgit Breuel stöhnt: »Puuhhh, hätten wir das nur nie angefangen«

Fazit

Der Kampf für eine Welt von unten hat erst begonnen ...

In Vorbereitung

Perspektiven-Camp zu direkter Aktion, Vernetzung und mehr
Ende des Sommers in der Projektwerkstatt
Info: Projektwerkstatt, 06401/903283 und 0171/8346430,
projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

Seminarreihe im Herbst/Winter
für selbstorganisierte politische Arbeit (autonome Räume, Finanzierung, Gruppenstrukturen)
Inst. f. Oekol., 04533/792259, institut@inihaus.de

EXPO & BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Armut entsteht durch ungleiche Verteilung

Redaktion Umweltschutz von unten ● Dem Besucher wird klargemacht, dass die Bevölkerungsexplosion die Aufgabe, weltweit Basic Human Needs zu befriedigen, enorm erschwert. [...] Vereinfacht gesagt führt die erste Variante des »global highway« – die Einbahnstraße – in die Sackgasse. Sie steht für ungezügelte Bevölkerungsexplosion, Identitätsverlust, Armut neben extremem materiellen Reichtum, Zerstörung der Lebensgrundlagen und Krieg. 1/2 (EXPO GmbH 1997a, S.16)

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die EXPO-MacherInnen mit dem Thema Bevölkerungspolitik umgehen. Es wird einmal mehr versucht das Märchen von der Bevölkerungsexplosion, die zu Unterernährung, Armut und Krieg führt, unter die Menschen zu streuen. Die eigentlichen Ursachen werden nicht thematisiert. Dazu einige Erklärungen:

1. Es ist genug Nahrung für alle Menschen vorhanden. Es gibt momentan ungefähr doppelt so viele Nahrungsmittel, wie nötig wären, um die Weltbevölkerung zu ernähren.
2. Die Zahl der Weltbevölkerung explodiert nicht, sie steigt (zwar ziemlich schnell) an. Das Wort Explosion beinhaltet Gewalt und massenhafte Zerstörung und dient dazu die Ängste der Menschen gezielt auszunutzen, um Bevölkerungskontrollen, etc. durchzusetzen. Dabei sind es die Industriestaaten, die es schaffen, die Erde zu zerstören.
3. Armut wird nicht durch Bevölkerungswachstum hervorgerufen, sondern durch eine ungleiche Verteilung der vorhandenen Güter. Der Schuldenberg, der sich in den siebziger und achtziger Jahren in den Entwicklungsländern angehäuft hat, führt zu einer stärkeren Verarmung der Bevölkerung dieser Länder. Anstatt diese Länder endlich wirklich Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und diese zu entwickeln, wird weiterhin auf Industrialisierung und Technisierung zur Armutsbekämpfung eingesetzt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

4. Das technische Weltbild der EXPO dient dazu, dass sich die irrige Vorstellung durchsetzt, man könne sämtliche Probleme mit Computern und Maschinen, Gentechnik und Biotechnologie, usw. lösen. Menschen werden nur noch als Anhängsel der Technik und beliebig verwertbare Ressource (oder als deren gottähnliche Schöpfer) dargestellt.
5. Bevölkerungskontrolle wie sie von der Industrie und den Herrschenden propagiert wird ist unmenschlich. Frauen in Katastrophengebieten bekommen Kleidung oder Lebensmittel wenn sie sich sterilisieren lassen, Familien wird verboten, so viele Kinder zu bekommen wie sie wollen und Zwangssterilisierung ist immer noch alltäglich. Eine humane Reduzierung des Bevölkerungswachstums kann nur durch Bildungspolitik, Emanzipation der Bevölkerung und Bekämpfung der Armut geschafft werden.

Deshalb: Dem ausbeuterischen menschenunwürdigen und reaktionären Zukunftsentwurf der EXPO entgegentreten und eine Welt für alle Menschen nicht nur fordern, sondern auch erkämpfen!!!●

Anti-Expo-AG Münster

BRUTALE NEUE WELT

Plakate zum herunterladen

Anti-Expo-Plakate mit provozierenden Slogans zum selbst ausdrucken hat eine Arbeitsgruppe Ende April fertig gestellt. Eines der Motive haben wir unten abgebildet.

Unter:
www.voice-online.de/kampagne/anti-expo
sollen diese ab Anfang Mai 2000 zu Verfügung stehen.

EXPO & NACHHALTIGKEIT

EXPO NO!

Nachhaltigkeit als Werkzeug der Wirtschafts-Ausbeutung

Seit einem Jahrzehnt prägt der Nachhaltigkeitsbegriff die umweltpolitische Debatte. In Rio 1992 wurde er sogar zur offiziellen Regierungspolitik erhoben, als die RegierungschefInnen der Welt in der Agenda 21 eine nachhaltige Zukunft postulierten.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Seitdem ist der Begriff zum Leitbegriff für alles geworden – von den Aktivitäten vieler UmweltschützerInnen bis zur chemischen Industrie. Auf der Expo 2000 nun demaskiert sich das Konzept der Nachhaltigkeit. Offen sichtbar wird, was es immer war: Ein Versuch der Modernisierung und Ausweitung von Herrschaft, ein modernes »Weiter so« mit Profit, Ausbeutung, imperialer Vormachtstellung usw.

Nachhaltigkeit ist nichts anderes als ein Wandel in Details des herrschenden, kapitalistischen Wirtschaftssystems, der zwingend notwendig war, damit sich Ausbeutung und Profitstreben nicht in absehbarer Zeit ihre eigenen Grundlagen entziehen. Denn die Zerstörung der Umwelt, insbesondere der Verbrauch von Rohstoffen und die Vergiftung wichtiger Produktionsmittel wie Luft, Wasser und Boden hatte in den 60er bis 80er Jahren ein Ausmaß angenommen, das auch den Kapitalismus selbst berührte. Der Ausfall von Rohstoffen, die Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche, die Verluste an beackerbarem Boden und nutzbaren Wäldern hätte früher oder später auch die getroffen, die diese Zustände zu ihrem Vorteil herbeigeführt hatten. Ein unverändertes Fortschreiten hätte teure und den Profit in Frage stellende Folgen gehabt, zudem wuchs der Protest der betroffenen Menschen, die die von ihnen gestaltete Natur als ihre Lebensgrundlage brauchten – gerade in den ärmeren Ländern. Mit der Agenda 21 und dem Konzept der nachhaltigen Wirtschaft machten sich die Böcke zum Gärtner.

Wieder mal geben die reichen, vor allem europäische Länder das allgemeingültige Zukunftsmodell vor.

Die Expo 2000 zeigt, was Nachhaltigkeit bedeutet: Effizienz durch Technik. Uneingeschränkte Marktwirtschaft und ungehinderter Zugang zu allen Rohstoffen als wichtigste Umweltschutzmassnahme im blinden Glauben an die Technik als Weltretterin, die sich dann durchsetzen wird. Im Mittelpunkt der Expo steht die Gentechnik, aber auch neue Atomkraftwerke, der Transrapid, Parkleitsysteme für PKWs und Staudämme bis hin zum künstlichen Umwelt-Ersatzerlebnis sollen die nachhaltige Welt schaffen, gemixt mit Akzeptanzbeschaffern wie Windräder, Solaranlagen und Aufziehradios. Siemens, Daimler, Chemie- und Gentechnikkonzerne als Retter der Umwelt. WWF, Deutscher Naturschutzring, Agenda-Gruppen und andere Umweltverbände assistieren brav. »Umweltschutz wird zum Erlebnis« heißt die Umweltbroschüre der Expo – Politik findet nicht mehr statt. Die Agenda 21 ist eine Chance für den Standort Deutschland, sagt Birgit Breuel und hat recht. Die Agenda 21 als Grundsatzprogramm der Expo 2000 fordert Atom- und Gentechnik weltweit, will Konzernen mehr Macht geben und die indigenen Bevölkerungsgruppen anpassen.

Die Expo 2000 hat Ökokonzepte erfolgreich zum Teil ihrer kapitalistischen Zukunft gemacht. Umweltschutz dient der Legitimation für Modernisierungen, Zwangsmaßnahmen gegen NichteuropäerInnen und die Durchtechnisierung der Welt. Die Menschen sind Schuld, die Technik ist Retterin – und damit natürlich die Konzerne und Industrienationen. Wie immer, nur diesmal grün angestrichen. Gegenpositionen müssen die Selbstbestimmung des Menschen und Umweltschutzziele verbinden. Umweltschutz, die Frage der Flächen- und Rohstoffnutzung ist eine Sache der Menschen. Sie ist bei Regierungen und Konzernen schlecht aufgehoben – wie alles andere auch!●

Netzwerk »Umweltschutz von unten«
(http://go.to/ umwelt)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Ort des Geschehens (zur Karte):

Das Expo-Gelände liegt im Südosten Hannovers zwischen der Stadt Hannover und der Stadt Laatzen. Die gezeigte Karte basiert auf dem Masterplan der Expo. Eingetragen sind die Eingänge, die Hauptzubringerstraßen sowie die Bahnlinie und die zwei Straßenbahnanbindungen. Zu den einzelnen Punkten folgen hier weitere Erläuterungen.

Straßenverbindungen:
Als überregionale Verbindungsstraßen dienen die A7 (Hamburg-Kassel) sowie die nordöstlich von Hannover kreuzende A2 (Ruhrgebiet-Berlin). Aus dem Knotenpunkt dieser beiden Autobahnen heraus führt der Messeschnellweg als autobahnähnliche Schnellstraße durch den Ostteil von Hannover (mit mehreren Anschlussstellen), mitten durch das Expogelände (mit einer Anschlussstelle nördlich und einer mittig am Gelände) und dann in einem Bogen südlich von Hannover wieder zur A7. Der Messeschnellweg ist die wichtigste Straße. Eine Zubringerfunktion hat zudem der Südschnellweg, der im Südwesten Hannovers aus dem innerhannoverschen Straßennetz heraus entsteht und nach Osten führt, dabei den Messeschnellweg kreuzt. Die dritte Straße mit überörtlicher Zubringerfunktion ist die Hildesheimer Straße, die von Süden kommt, in der Nähe des Expo-Geländes vorbeiführt (westlich) und von der einige Straßen zum Gelände hinführen. Die Hildesheimer Straße endet innenstadtnah am Aegidientorplatz. In der Mitte der Hildesheimer Straße verlaufen Straßenbahngleise. Die Bahnlinie 8 zweigt etwas nördlich des Expo-Geländes von der Hildesheimer Straße nach Osten ab und endet am nördlichen Eingang der Expo. Oberhalb des Expo-Geländes sowie in der Nähe des ICE-Bahnhofs von Westen her verlaufen die beiden Straßen, die schließlich auf den Parkplätzen am Expo-Gelände enden. Sie haben jeweils eine Anbindung an den Messeschnellweg und beginnen als Kreuzung an der Hildesheimer Straße.

Bahnverbindungen:
Das Expo-Gelände hat einen eigenen Bahnhof, den ICE-Bahnhof Messe/Laatzen. Hier befinden sich sechs Gleise, etwas südlich des Bahnhofs verengen sich die Bahntrassen auf vier Gleise, die sich dann noch weiter südlich in die ICE- und die normale Bahntrasse nach Hannover und Göttingen aufteilen. Es gibt keine andere direkte Bahnverbindung zur Expo als diese Bahnstrecke von Hannover nach Süden! Fällt sie aus, müssten BesucherInnen von anderen Bahnhöfen über Straßenbahnen oder Busse zum Expo-Gelände gelangen.

Straßenbahnverbindungen:
Zwei Straßenbahnen erreichen das Messegelände: Die U8 zum nördlichen Eingang und die neue S11 (auch »D-Linie« genannt), die in einem weiten Bogen durch den neuen Expo-Stadtteil Kronsberg zum östlichen Eingang der Expo verläuft. Die Endhaltestellen liegen wenige Meter von den Eingängen der Expo entfernt. Beide Straßenbahnlinien führen über die zentralen Straßenbahnkreuzungspunkte Kröpcke und Aegidientorplatz (»Aegi«) im Zentrum von Hannover. Jeweils wenige 100m vom Aegi entfernt tauchen die bis dahin als U-Bahn geführten Linien auf und verlaufen innerhalb des Straßenraumes. Ein Umstieg auf das Straßenbahnnetz aus dem Fernverkehr ist möglich am Hauptbahnhof (direkt neben dem Straßen-/U-Bahnkreuzungspunkt Kröpcke) und am Flughafen Langenhagen, als Ausweich-Umsteigepunkte kommen auch noch Stadtteilbahnhöfe, z.B. Hannover-Nordstadt, in Frage.

Fußwegeverbindungen:
Die wichtigsten FußgängerInnenströme verlaufen vom ICE-Bahnhof im Westen (solange dort Züge ankommen ...) und von den Parkplätzen in der Mitte und nördlich bzw. nordöstlich des Messegeländes. Hinzu kommt eine Fußgängerbrücke im Süden über den Messeschnellweg, die aus dem Zentrum von Laatzen heraus eine direkte Verbindung zur Expo schafft.

Vom ICE-Bahnhof führt der Skywalk, eine futuristische Fußgängerröhre, zum Eingang West. Dort sollen stündlich 31.000 Gäste passieren. Es ist damit der wichtigste Eingang. Die Röhre verläuft in einigen Metern Höhe, hat aber einige Abgänge unterwegs. Alternativ können Zuganreisende die Bahnsteige auch nach Süden verlassen über Treppen durch Kronsbergstraße, die dort die Bahnstrecke überführt. Sie müssen dann auf dem Bürgersteig der Kronsbergstraße zum Eingang West gehen.

Hubschrauberlandeplatz:
Inmitten der Parkplätze im Nordostbereich befindet sich ein Hubschrauberlandeplatz – d.h. damit außerhalb des eingezäunten Gebietes.

Flughafen:
Etliche Flughäfen in Deutschland werden als Einflusswege genutzt. Die Weiterfahrt erfolgt dann über ICE-Verbindungen zum ICE-Bahnhof im Westen. Störungen des Zugverkehrs dort stellen auch daher die größte Behinderung der Expo-Anreise dar. Vom Flughafen Langenhagen (am nördlichen Stadtrand von Hannover) ist ein direkter Umstieg auf die Bahnlinien möglich.

EXPO & KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE:

Goldenes Kalb oder Trojanisches Pferd?

Die EXPO stellt die freie Marktwirtschaft als allein gültiges, nicht mehr zu hinterfragendes Gesellschaftsmodell dar. Genauso wird Kommunikationstechnologie dargestellt als eine Entwicklung der Technik, zu der es keine Alternative gibt.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Unsere Zukunft wird die einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft sein. Damit wird impliziert, dass die Zugänglichkeit zu Informationen die gesellschaftliche Entwicklung bestimme, und die Ursachen sozialer Ungleichheit eine Folge von Unwissenheit und Informationsmangel seien, und nicht die Folge unterschiedlicher Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Ressourcen. Aber Demokratisierung von Wissen bedeutet nicht automatisch eine Demokratisierung der Gesellschaft. Zum Beispiel zieht ein freier Fluss von Waren und Informationen nicht automatisch einen freien Personenverkehr über nationale Grenzen nach sich. Freiheit wird im Internet mit Abwesenheit von staatlicher Regulierung gleichgesetzt. Ökonomische Machtstrukturen werden auf diese Weise verschleiert oder für irrelevant erklärt.

Im Vertrauen auf die Macht der Gegeninformation ziehen wir mit den MacherInnen der Expo gleich. Auf dem Netz werden Informationen bereit gestellt; dann wird auf den Zufall vertraut, dass diese angeklickt werden. Das Problem dabei ist: diese Informationen haben keine Folgen. Wir sind bestens informiert und trotzdem handlungsunfähig. Das ist sowohl das Problem unserer bürgerlich-repräsentativen Demokratien als auch des virtuellen Raumes.

Denn die Nutzung des Internet kann einer weiteren Vereinzelung Vorschub leisten. Auch wenn es um einen gezielten Austausch von Gruppen und um Kommunikation untereinander geht, sitzen meist einzelne Menschen am Rechner. Dadurch kann informelle Hierarchie gefördert werden.

Globales Netz lokaler Kämpfe

Doch durch das Internet können auch kollektive und solidarische Verhaltensweisen gefördert werden. Denn um politisch handlungsfähig zu sein, bedarf es kollektiver Vorgehensweisen. Zusammenhänge, die in der virtuellen Welt geknüpft worden sind, müssen sich als soziale Zusammenhänge im realen Leben materialisieren. Ein Beispiel dafür ist, wie es die Zapatistas geschafft haben, ihren Aufstand gegen die mexikanische Regierung und deren Eintritt in das NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) international wirksam werden zu lassen.

»...vielleicht entsteht eine neue Qualität von Zusammenhängen, die beweglicher und informeller und mehr an einem gemeinsamen Ziel orientiert sind, im Gegensatz zu Kollektiven, die auf eine gemeinsame Identität ausgerichtet sind...« (Zitat autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe) Eine neue Qualität sind sicher die Mobilisierungen zu den Global Action Days. Denn es kann nur das virtuell vernetzt werden, was auch im wirklichen Leben vernetzt ist!●

ProjektArchiv, c/o Druckluft Oberhausen

Weiterführende Informationen:
● Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte, Edition ID-Archiv, Berlin 1997
● ARD/ZDF-Online-Studie 1999 in: Media Perspektiven 8/99 http://www.contrast.org/KG/

27.5. bis 4.6.: Expo lahm legen

Technische Infos zur Aktionswoche

Die Aktionswoche zur Expoeröffnung hat das Motto »Expo lahm legen«. Ziel ist, zu Beginn der Expo eine deutliche Wahrnehmung von Widerstand durch massive Störungen und Blokkaden, im günstigsten Fall die Verhinderung der Expo-Eröffnung am 1.6. zu schaffen, um so eine umfangreiche öffentliche Thematisierung der Expo-Ideologie sowie einen motivierenden Start des Widerstandes zu schaffen, der dann auf vielfältige Weise gegen die Expo in allen ihren Teilen sowie darüber hinaus fortgeführt wird. Die Aktionswoche besteht schon jetzt aus mehreren Teilen, Höhepunkt ist der Aktions- und Blockadetag am 1.6.:

Sterntouren, Karawanen usw.
Zum 27.5. oder zum 1.6. sollen verschiedene Radtouren, Karawanen usw. nach Hannover führen, um auch über Hannover hinaus die Aktionsphase einzuleiten und die Expo inhaltlich anzugreifen.

27.5. Großdemonstration
Ein Umzug mit Kundgebungen durch Hannovers Innenstadt und zu relevanten Expopunkten läutet die Aktionswoche ein und soll öffentlich sowie für die Hannoversche Bevölkerung überbringen, warum die Expo und ihre Ideologie angegriffen wird. Ab dem 27.5. soll es Camps geben, denkbar sind auch spontan von dort organisierte Aktionen sowie Öffentlichkeitsarbeit, z.B. die Verteilung einer Anti-Expo-Massenzeitung in Fußgängerzonen, U-Bahnen usw.

1.6. Blockade- und Aktionstag
Frühmorgens am 1.6. soll die Expo beginnen – noch früher sollen vielfältige Blockaden und Störungen beginnen, von Bahnstrecken, Straßen, Kommunikations- und Versorgungsleitungen, Eingängen und mehr. Dabei gibt es keine zentralen Treffpunkte, die Aktionen werden in den vielen Gruppen vorbereitet, die sich am Expo-Widerstand beteiligen. Vorher gibt es einen Städteführer und ein Direct-Action-Buch, unabhängig davon ist zu empfehlen, sich Hannover und die neuralgischen Punkte anzugucken. Rund um die Blockaden werden Kommunikations-, EA- und viele andere Strukturen aufgebaut, damit das dezentrale Störkonzept funktioniert. Niemand wird abschätzen können, ob es gelingt, am 1.6. jeglichen Verkehr zum Expo-Gelände lahm legen zu können. Die Massen an Autos und Zügen zur Expo erleichtern das Agieren, verstärken die Störungen, zudem behindern sie die Polizei. Das geschickt auszunutzen, sollte Ziel in Hunderten von Aktionsgruppen sein. Bei den Blockaden der Verkehrswege gilt, dass Aktionsgruppen möglichst dort agieren, aus welcher Himmelsrichtung sie auch kommen – und sich regional auch mit anderen Gruppen abstimmen, z.B. gemeinsame Koordinationsgruppen bilden usw.

2.-4.6. Innenstadtaktionstage
Niemand kann voraussehen, welche Wirkung der 1.6. haben wird. Denkbar ist, dass viele Blockaden fortgeführt werden, dass es zu kreativen Öffentlichkeitsaktionen oder auch Sabotage kommt. Daher ist unklar, wie die Tage danach aussehen. Der Expo-Knast wird sich langsam füllen, aber zusammen mit vielen anderen, die erschöpft aus den Aktionen dort ankommen, wird es aushaltbar sein. Soli-Arbeit von draußen kann laufen. Ansonsten ist am 3.6. eine Reclaim-the-Streets-Party geplant sowie viele Einzelaktionen.

EXPO & BIOPOLITIK:

EXPO NO!

Biopolitische Gesellschaftsentwürfe

Sowohl inhaltlich als auch von den Inszenierungen auf der Ausstellung her ziehen sich biopolitische Gesellschaftsentwürfe durch alle Themenbereiche der EXPO.

Redaktion Umweltschutz von unten ● So werden das bevölkerungswachstum im »Süden« zum Hauptgrund für globale Probleme jeglicher Art erklärt und humangenetische Eingriffe in das Erbgut des »Nordens« zur anstrebenswerten Zukunftslösung stilisiert. Künftig ersetzen scheinbar biowissenschaftlich fundierte Analysen politische Diskussionen um Gesellschaftsentwürfe. Herangezüchtet wird eine Bioethik, die bereits weit vor der Geburt eines Kindes die moralische und ethische Selbstbestimmung der Frau aushöhlt. Die Definition vom gesunden Körper ist eine körperpolitische Strategie der Machthabenden, der Gesundheitsdiskurs menschenfeindlich: Menschen kommen in ihm gar nicht mehr vor. Die Sensationsmeldungen über neu entdeckte Gene wie z.B. Agressivitäts-, Homosexualitäts-oder Intelligenzgene sorgen dafür, dass sich der Glaube an die genetische Vorbestimmtheit in den Köpfen festsetzt.

Bei diesem schleichenden Bewußtseinswandel gerät allzuleicht in Vergessenheit, daß der Mensch mehr ist als die Summe seiner Gene und Organe, nämlich in erster Linie ein soziales Wesen. Mit der Allgegenwart der Gentechnik in der Medizin droht sich ein biologistisches Menschenbild in unseren Köpfen festzusetzen. Mit jeder neuen Entdeckung eines Gens wächst der lukrative Markt für Gentests, die bereits vor Geburt Gesundheitsrisiken erkennen lassen.

Die Expo macht mit ihrem Thema »Mensch-Natur-Technik« und ihrer Orientierung auf Zukunftsentwürfe, die auf High-Tech fixiert sind, die Biotechnik zu einem zentralen Bestandteil der Weltausstellung. Der Mensch wird zum genetisch gesteuerten Wesen. In dieser Logik müssen nicht mehr die Verhältnisse verändert werden, sondern das Genmaterial. Diese politische Entwicklung der Bevölkerungskontrolle genau wie Gen- und Reproduktionstechniken der Herrschenden wurde bisher von vielen Expo-kritischen politischen Gruppen nicht beachtet. Die vorwiegend von feministischen Gruppen formulierten Kritiken aus den 80ern sind kaum noch bekannt. Eine Kampagne soll dies verändern und das Thema wieder diskutierbar und zum Bestandteil linker Politik machen.●

Demo gegen den IWF-Kongress in Washington

Auch in Washington protestierten Mitte April zehntausende gegen den IWF-Kongress. Die Polizei ging mit Prügel, Pfeffer- und Tränengas gegen die DemonstrantInnen vor. Massenfestnahmen waren während der Proteste die Regel. Ende April waren immer noch 200 Leute in Haft.

EXPO & FRAUEN

Autonome Sommeruni im Juli

Während der Expo wird es im offiziellen Rahmen die »ifu«, eine 100-Tage-Frauenuni geben. Sie zeichnet sich nicht durch feministische Inhalte aus, sondern dadurch, dass nur Elitefrauen an den (Frauen-) Problemen der patriarchalen Ordnung herumdoktern dürfen.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Dass die »ifu« ein Eliteprojekt ist, das nur den Frauen offensteht, die die nötigen Mittel haben, zeigt sich allein schon in den Studiengebühren, die frau für hundert Tage zahlen muss (pro Teilnehmerin 600 DM). Außerdem ist eine teilnahme fast nur durch besondere Leistungen und Fürsprecherinnen möglich (insgesamt sind vier Gutachten pro Bewerberin vorgesehen!). Teilnehmen können ohnehin nur Absolventinnen mit mindestens einem Studienabschluss. Als außeruniversitäre Teilnehmerinnen wurde die Elite der weiblichen Wissenschaftlerinnen gerufen, um zu beweisen, dass auch Frauen in der Lage sind, Forschung zu betreiben und Wissenschaft zu produzieren. Unterdessen wird die Anbindung der »ifu« an die Expo 2000 auch von Teilnehmerinnen immer lauter kritisiert. Obwohl die Expo GmbH nur einen geringen Teil der Finanzierung stellt, schreibt sie sich dieses Projekt als Aushängeschild auf die Fahnen. Die Frauenuni wird sogar als »Traditionen der Frauenprojekte auf den Weltausstellungen« bezeichnet: »Schon im letzten Jahrhundert haben Weltausstellungen Emanzipationsgeschichte geschrieben. Auf der Expo 1876 in Philadelphia stand ein Frauenpavillion und während der Expo 1893 in Chicago fand ein Frauenkongress mit 15.000 Teilnehmerinnen statt.« Geschickt verdrängt wird dabei die patriarchale und verachtende Ausrichtung der Weltausstellungen, die in Hannover einen weiteren Höhepunkt findet.

Technologien wie Genmanipulationen, Bevölkerungskontrolle und Nachhaltigkeit sollen als Problemlösung des kommenden Jahrtausends verkauft werden und die bestehenden patriarchalen Herrschaftsverhältnisse werden so noch weiter gefestigt und ausgebaut. Der Verkauf der »ifu« als »Feminismus der Zukunft« hat zur Folge, dass autonome Projekte mit feministischen Inhalten und Ansätzen in den Hintergrund gedrängt oder als utopisch belächelt werden. Wer sich im offiziellen Rahmen der Expo präsentiert, trägt auch die Verantwortung für die Akzeptanzschaffung solcher Großveranstaltungen. Während nach technischen Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der Welt geforscht wird, werden die patriarchalen gesellschaftlichen Hierarchien nicht angegriffen. Frauen/Feministinnen (so z.B. der Verein »Frauen & Expo«) lassen sich immer mehr in Unterdrückungsmechanismen, auch als Führungspersonen, einbinden. Dieser Missstand scheint bei einigen Beteiligten selbst Unbehagen zu verursachen, da auch sie verlauten ließen, dass die »ifu« kein feministisches Projekt an sich sei.

Um das Verhökern der feministischen Ideen als kapitalistische Nische nicht kommentarlos stehen zu lassen, wurde vor einem Jahr die interkulturelle Sommeruniversität von Studentinnen der Uni Hannover ins Leben gerufen. Aufbauend auf die Sommerunis in Berlin wird vom 1. bis 30. Juli in Hannover eine autonome »interkulturelle Sommeruniversität für Frauen und Lesben« durchgeführt. Die Sommeruni ist unabhängig und praxisorientiert. An diesem Projekt sollen und können alle Frauen-Lesben teilhaben, unabhängig von Status, Geldbeutel und Kulturzugehörigkeit. Ziel ist, Frauen und Lesben zusammen zu bringen und einen Frei-Raum zu schaffen, um einander kennen zu lernen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam Spaß zu haben. So können alternative Lebensformen zusammen entwickelt und erlebbar gemacht werden. Wichtig sind neben Seminaren, Textarbeit und Diskussionen ein Angebot im sportlichen, musischen, handwerklichen und kulturellen Bereich, also eine Aufhebung von Wissenschaft, Kultur und Praxis als getrennte Bereiche. Allerdings muss klar sein, dass die Sommeruni nicht als universitäres Projekt festgeschrieben werden darf.●

Informationen zum Widerstand

Adressen

- Bundeskontakt (Rundbrief, Adressenliste, Infopaket) Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen
- Region West: Projekt Archiv, c/o Druckluft, Am Förderturm 27, D-46049 Oberhausen
- Region Süd: Anti-Expo-AG, c/o AK Anarchie & Subkultur, Schellingstr. 6, D-72072 Tübingen
- Region Berlin: Anti-Expo-Vernetzung, c/o BAO-BAB-Infoladen, Christburger Str. 38, D-10405 Berlin, baob@gmx.net
- Region Hannover: Anti-Expo-AG, c/o ASTA Uni Hannover, Welfengarten 1c, D-30167 Hannover, anti-expo-ag@gmx.de
- ReferentInnenvermittlung: Anti-Expo-AG Hannover (s.o.) oder Gruppe Landfriedensbruch, c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen, 0171/8348430 und landfriedensbruch@gmx.de)

Infos über die Expo

Pro-Expo:

- Einfach Infos anfordern von der Expo selbst z.B. über Telefon 02000 oder über die Expo GmbH in Hannover.
- Internetseiten: www.expo2000.de (Expo selbst) oder www.expo2000-bg.de (Expo-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft).

»Neutrale« Informationen (z.T. mit Kritiken, oft kritisch-akzeptierend begleitend)

- Internetseite www.xposition.de (mit vielen weiteren Links z.B. zur Anti-Expo-Seite der Anti-Expo-AG Hannover oder zur Seite zum emanzipatorischen Umweltschutz – dort Auseinandersetzungen mit der Ideologie der Expo).

Anti-Expo-Infos

- EinsteigerInnenpaket gegen 10 DM beim Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen.
- Anti-Expo-Reader Nr. 1 (Strategien des Widerstandes, frühere Kampagnen, Adressen ...) und Nr. 2 (thematische Auseinandersetzung mit der Expo) für je 2 DM bei der Anti-Expo-AG, c/o ASTA Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover
- Innen!stadt!Reader! zum Thema Expo 2000 von der Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover (3 DM)
- Video »Alles im Griff« (Interviews mit den Expo-MacherInnen zu ihren Zielen, 35min) bei der Anti-Expo-AG, c/o ASTA Hannover (20 DM)
- Der bundesweite Anti-Expo-Rundbrief vernetzt alle Gruppen und Aktiven. Gegen einmalig 10 DM kann er bestellt werden beim Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen.
- Geplant: Aktionsset zur Aktionswoche und zum 1.6.2000 – Stadtführer Hannover und Direct-Aktion-Handbuch. Gegen Einsendung von 10 DM an das Büro für mentale Randale, s.o.
- Mailingliste: Eintragen lassen und Infos schikken per Mail an karawane@mail.nadir.org.
- Ganz neu: Viele Anti-Expo-Internetseiten verschiedener Gruppen – erreichbar über die Eingangsseite www.expo-no.de. Weitere Internetseiten gegen die Expo und Herrschaft im allgemeinen können gerne verlinkt werden. CONTRASTE-Info über www.contraste.org/expo

Termine und Aktionen

- In vielen Regionen haben sich regionale Bündnisse gebildet, die eigene Aktionen zur Expo besprechen, die Aktionswoche vorbereiten und darüber hinaus regionale Aktivitäten über Themengrenzen hinweg planen, z.B. unabhängige Zentren, Medien usw.
- Die internationalen Kontakte koordiniert die Anti-Expo-Gruppe in München (c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, D-81667 München, antiexpo2000-de@gmx.de). Einige Texte in zunehmend mehr Übersetzungen liegen für internationale Kontakte vor. Außerdem sind Aktionen zu einigen Nationentagen der Expo und weitere antirassistische Projekte geplant.
- Zum Start der Expo soll es eine Aktionswoche geben, die dezentral strukturiert ist und als Gesamtes den Auftakt der heißen Phase bilden soll. Geplant ist zu Beginn (27.5.) eine große Demo, dann eine Aktionswoche mit Camps, darin viele dezentrale Aktionen in der Stadt von Sabotage über Kommunikations- und Spaßguerilla bis zur RTS. Abschließend Innenstadtaktionstage am 3./4.6.
- Hauptaktionstag soll der 1.6. sein (Himmelfahrt). An diesem Tag soll die Eröffnung der Expo mit vielfältigen Stör- und Blockadeaktionen verhindert werden. Dazu sind alle Gruppen aufgerufen, eigene Ideen zu entwickeln, nach Hannover zu kommen und dort eigenständig zu agieren. Viele hundert kleine Störungen können der Anfang des Endes der Expo sein!
- Die Expo soll bis zum 31.10. laufen. Verschiedene thematische Bündnisse haben bereits besondere Anlässe auf der Expo (Feiertage bestimmter Nationen, Tag der Weltenwanderung, Global Dialogue zu Bevölkerungswachstum, Umwelttagung »Local Heroes 21« usw.) ausgewählt zu Aktionstagen. Als Überblick über die Vielfalt der Aktionen dient der Anti-Expo-Kalender, die aktuelle Version findet sich im Internet sowie in den Ö-Punkten (gegen 7 DM bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen).

Expo & Feminismus

»Die Expo als Veranstaltung, die auf Basis von Bevölkerungskontrollpolitik das Technokratenmärchen der Nachhaltigen Entwicklung weitererzählt und z.B. Gentechnologie das Vermögen zuspricht, gesellschaftspolitische Probleme, wie den Hunger der Welt, zu lösen, fordert feministische Kritik geradezu heraus.

Nachhaltig oder nicht – Rollenbilder und Machtverhältnisse sollen die gleichen bleiben. Frauen sind weltweit die Hauptzielscheibe dieser Politik: sei es durch die willkürliche Definition ihrer Gebärfähigkeit als Krankheit oder »höchstes Glück«, je nach Bedarf der Bevölkerungsstrategen, oder ihrer Ausbeutung als Versuchskaninchen zur Entwicklung technischer Kontrollpotenz, um nur zwei Punkte zu nennen.

Frauen sind aber nicht nur Opfer der auf der Expo präsentierten Politik, sie backen auch aktiv und konstruktiv am großen Eine-Welt-Kuchen mit – je nachhaltiger desto lieber.

Wir halten es für wichtig, einen feministischen Blick auf die Weltausstellung und die dahinter stehende Ideologie zu werfen, um eine daraus abgeleitete Politik entwikkeln zu können. Aussicht darauf hat nur ein NEIN zur Expo-Welt!●

Kontaktadresse:
mamba, Arbeitsgruppe Feministische Expo-Kritik,
c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 2c,
D-30167 Hannover

EIGENARBEIT

Lohnarbeit ist in Wolfen Mangelware

Bei der »anstiftung« in München ist man enttäuscht: Das Konzept der Eigenarbeit, in Bayern und anderswo im Westen bewährt, scheint in Wolfen, zu DDR-Zeiten Hochburg der Chemieindustrie, nicht aufzugehen. Vermögen Ossis »selbstbestimmte Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit« nicht zu schätzen? CHRISTA MÜLLER sucht in ihrer Analyse nach den sozialen und politischen Gründen für den Misserfolg. CONTRASTE berichtete schon mehrfach über das »Kreativzentrum Wolfen-Nord (Nr. 165, 168, 171, 181). Den nachfolgenden Beitrag haben wir der WAS NUN? vom April 2000 entnommen.

Der Ausschluss aus der Lohnarbeit – und damit partiell aus dem Konsum, der wiederum erst durch dieselben Mechanismen und Instanzen ermöglicht wird, die die Lohnarbeit abschaffen – ist absolut. Darum gibt es wenig Möglichkeiten, den Ausschluss als »freiwilligen Ausstieg« umzudeuten oder umzuleiten und die Eigenarbeit als Teil einer alternativen Strategie zum Lohnarbeitsregime zu präsentieren. Adorno hat sinngemäß gesagt, um die Tradition negieren zu können, müsse man mit ihr gesättigt sein. Setzen wir Tradition synonym mit Lohnarbeit, ist sie speziell in Wolfen-Nord Mangelware, ist sie Ziel der Menschen, aber kein Zustand, den man hinter sich zu lassen wünscht. Nur weil der Einstieg in die Lohnarbeits-Konsumentengesellschaft misslingt, werden aus Einsteigern nicht zwingend Aussteiger, sondern bleiben am Einstieg Gehinderte. Das wiederum erzeugt nicht Motivation für die Entwicklung neuer Perspektiven jenseits der Lohnarbeit, sondern tendenziell Frustration und Lähmung. Im Vergleich dazu ging den vielfältigen Konsumkritik- und -verweigerungsstrategien im Westen nicht nur eine Übersättigung mit Waren voraus, sondern auch eine *Souveränität* der Akteure auf dem Hintergrund ihrer Verortung in Gegenbewegungen. Konsumverweigerung ist ein zumindest in bestimmten sozialen *Milieus anerkannter Lebensstil*, der freiwillig gewählt wird. In einem sozial deklassierten Standort wie der Plattenbausiedlung Wolfen-Nord ist jedoch der Konsumverzicht sozial erwünschter Waren nicht Ausdruck von Wahl, sondern Zeichen der Nicht-Potenz, der Armut. Weil Konsumtion inzwischen synonym für Leben steht, wäre Verzicht in letzter Konsequenz nur artikulierbar als Existenzverweigerung.

Nicht zuletzt auch die Konnotation mit Rückständigkeit (die den Ostdeutschen ja qua Herkunft unterstellt wird) macht alternative ökonomische Konzepte per se unattraktiv.

Das wird erwartet

In Wolfen gibt es Verkäuferinnen, die arbeiten zehn Stunden am Tag mit einem Vertrag für fünf Stunden. Da wird keine Überstunde bezahlt. Das ist einfach so, das wird erwartet. Die treten extra aus der Gewerkschaft aus, damit sie eine Chance haben, eingestellt zu werden.

Pfarrer Seifert, Wolfen-Nord
(zitiert in der Studie von Ch. Müller)

Das Umfeld des *Kreativzentrums Wolfen-Nord* unterscheidet sich fundamental von dem des *HEi* in München. Das gilt sowohl für die (potenziellen) Besucherinnen als auch für die MitarbeiterInnen, die auf ABM-Basis eingestellt sind. Für sie ist das Eigenarbeits-Projekt in erster Linie mit einer Lohnarbeits-Perspektive verbunden. Das ist auf dem Hintergrund der Arbeitsmarktlage in der Region nachvollziehbar, allerdings scheint das Krea-Team nicht wirklich davon überzeugt zu sein, dass in der Vermittlung und Förderung von Eigenarbeit Potenziale für eine vielfältigere Zukunft der Arbeit liegen. Vielmehr existiert eine Diskrepanz zwischen dem Erwerbsarbeitsplatz »ABM-Stelle im Kreativzentrum« und dem *Inhalt* dieser Stelle: Förderung der Eigenarbeit. Nach wie vor beherrscht – und das ist sicherlich kein Ost-Spezifikum – ein dualistisches Konzept von Erwerbs- und Eigenarbeit die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit. In diesem Konzept kommt der Eigenarbeit ein marginaler Status zu. Sie wird nicht als perspektivenreicher Sektor gesehen, in dem sozial und ökologisch zukunftsfähige Formen des ökonomischen Miteinanders eingeübt werden können, sondern als Auffangbecken für die, die es nicht schaffen, sich in die »eigentliche«, nämlich die Erwerbsarbeit, zu integrieren.

Auch für die Krea-MitarbeiterInnen, oder doch zumindest für einen Großteil von ihnen, ist Eigenarbeit ein Notnagel, etwas, das in anrüchiger Weise an die alten Zeiten des Mangels erinnert... Das Motiv der MitarbeiterInnen selbst, im Kreativzentrum zu arbeiten, ist die Erwerbsarbeit bzw. die (wenn auch nur schwache) Hoffnung, hier einen sicheren Lohnarbeitsplatz zu erhalten. Eigenarbeit geistert trotz der engen Anbindung an die *anstiftung* als Fremdkörper durch die kahlen Räume des Kreativzentrums. Sie scheint sich in den Köpfen als »Münchener Modell« festgesetzt zu haben, das mit der Ost-Realität »eigentlich« nicht vereinbar ist. Hinter dieser Einschätzung steckt allerdings eine eigene Logik: Der notwendige Zusammenhang von Eigenarbeit und einer Kultur oder auch Ökonomie des Miteinanders wird erkannt und die soziale Einbettung der Eigenarbeit in Post-DDR-Verhältnisse (Enteignung der Lohnarbeit, Reduktion auf einen von Arbeit und sozialen Zusammenhängen abgetrennten Konsum, Abschreibung der Menschen und u.a. daraus folgender Sozialneid) folgerichtig als prekär eingeschätzt.

Akteursbewusstsein wächst erst in selbstbestimmten Sozialprozessen

An anderer Stelle schreibt die Autorin: Die materielle Privilegierung bzw. die »sozialpolitische Überversorgung« (*in der DDR, d.R.*) ... war untrennbar verbunden mit einer sozialen und kulturellen Entmündigung der Arbeiterschaft. Das führte u.a. zu der Situation, dass sich speziell die in der Chemieindustrie sozialisierten Akteure nicht mehr in der Lage sehen oder es nicht mehr als ihre Aufgabe betrachten, für die materielle und sozial-kulturelle Gestaltung ihres eigenen Lebens zu sorgen. ... Erwartet wird von einem großen Teil der Bewohnerinnen von Wolfen-Nord eine Kontinuität der Fremdversorgung, und zwar sowohl im materiellen als auch im sozialen Sinne...

Das meiner Meinung nach größte Problem vor Ort ist die fehlende Einbettung lokaler Initiativen wie das Kreativzentrum in einen regionalökonomischen Zusammenhang. Statt die Notwendigkeit der Schaffung eigener, unabhängiger Strukturen zu erkennen, ist die öffentliche Kultur jedoch von einer starken Diskriminierungserwartung dominiert; von dem Gefühl, enteignet worden zu sein und zu den Verlierern zu gehören. Als Folge davon wird nach wie vor von vielen die Partizipation in den Bereichen außerhalb der (einzig erstrebten) Lohnarbeit verweigert. Der Aufbau neuer bzw. die Revitalisierung alter Sozialbeziehungen benötigt jedoch Akteure und ein Akteursbewusstsein, das sich wiederum erst in selbstbestimmten Sozial- und Arbeitsprozessen neu formieren kann.●

KÖLN: DER ENTWURF EINER NEUEN STRASSENORDNUNG

Die tägliche Praxis der Vertreibung

Die Urteile des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg vom April und Oktober 1998, die feststellen, dass das allgemeine Bettelverbot sowie das Niederlassen zum Alkoholgenuss außerhalb von Freischankflächen nichtig sind, machen eine Neufassung der Straßenordnungen von Städten und Gemeinden unumgänglich. Mit dem Beispiel der Kölner Straßenordnung beschäftigt sich Walter Herrmann.

Wer sich von der Neufassung nun eine Stärkung der Rechtspositionen der Obdachlosen erwartet hatte, sieht sich getäuscht. Für Hänschen Schäfer & Co ist die Obdachlosenszene in der Innenstadt nicht weiter als ein Störfaktor. Störungen sind zu beseitigen.

Einschlägig ist der § 13 des Entwurfs – »Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit«. Als störend definiert die Verwaltungsvorlage:

a. aggressives Betteln (z.B. mitels Anfassen, Festhalten, Versperren des Weges, aufdringlichen Ansprechens, Errichten von Hindernissen im Verkehrsraum, bedrängender Verfolgung, Miführen von Hunden, des bedrängenden Zusammenwirkens mehrerer Personen);
b. Lärmen (das geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z.B. durch Rufen, Schreien, sonstiges Erzeugen überlauter Geräusche);
c. Benutzung der Straße als Lager- oder Schlafplatz;
d. Übermäßiger Alkoholkonsum.

Was heißt »aggressives Betteln«?

Stilles Betteln, das erlaubt sein muss, und »aggressives Betteln« sind zwei unterschiedliche Dinge. Wenn jemand beim Betteln einen Passanten festhält, ihm den Weg versperrt und ihn beleidigt, wenn er von ihm nichts bekommt, ist das selbstverständlich »aggressives Betteln«. Die Kölner Stadtverwaltung fasst aber in ihrem Entwurf unter »aggressives Betteln« sehr viel mehr und verwischt dabei zusehends die Grenzlinie zum »stillen Betteln«. In der Praxis hat der Bettelnde keine Chance, sich gegen eine Umdeutung zu seinen Ungunsten zu wehren. Dazu ein paar Beispiele:

»Aufdringliches Ansprechen«:

Wann ist das Ansprechen »aufdringlich«, wann nicht? Wer entscheidet das? Derjenige, der angesprochen wird, oder der Vertreter des Ordnungsamts? Wenn Passanten sich »aufdringlich« angesprochen fühlen, dann können sie sich die Aufdringlichkeit verbitten. Wozu dann noch die Einmischung eines »Ordnungspartners«? Tägliche Praxis: Das Cityteam des Ordnungsamts wertet normalerweise jedes Ansprechen von Passanten als »aufdringlich«.

»Errichten von Hindernissen im Verkehrsraum«:

Dieser Tatbestand dürfte immer erfüllt sein, wenn ein Straßengeiger seinen (geöffneten) Geigenkasten auf der Straße so platziert, dass seine Zuhörer keine Umstände damit haben, ihm einen Obulus zukommen zu lassen.

»Mitführen von Hunden«:

Punks lieben verspielte Hunde und gelegentlich auch zahme Ratten. Außerdem schnorren sie oft - mit Hund. Passanten geben nicht selten dem Hund zuliebe eine Spende. Für wen sind die spielenden oder friedlich daliegenden Hunde der Punks eine »Bedrohung«? Tägliche Praxis: Ich war Zeuge, als Polizisten einem jungen Punk, der mit Duldung der Ladenbesitzerin in der Mittelstraße mit seinem Hund »Sitzung machte«, Platzverweis erteilten und ihm gleichzeitig den Hund wegnahmen (um ihn im Tierheim abzuliefern).

»Bedrängendes Zusammenwirken mehrerer Personen«:

Diese Formulierung bietet eine gute Handhabe, friedliche Obdachlosentreffs in der Innenstadt umgehend per Platzverweis aufzulösen. Tägliche Praxis: Punks und Berber haben in der Stadt bestimmte Treffpunkte. Die Punks treffen sich mit Vorliebe an der Treppe zwischen Hauptbahnhof und Dom. Das heißt nicht, dass sie dort immer betteln. Wenn nun einer aus der Gruppe einen Passanten anschnorrt, bekommen gleich alle Platzverweis. Übliche Begründung: »Bedrängendes Zusammenwirken«!

Lager- und Schlafplatzverbot

Die Stadtverwaltung ist sich darüber im Klaren, dass das allgemeine Verbot des Lagerns in der derzeitigen Straßenordnung einer rechtlichen Prüfung nicht standhält, beruft sich aber darauf, dass die Bezirksregierung das bisher nicht moniert hat. Außerdem habe sich das Verbot »in der Praxis bewährt« (!!). Analog könnte man sagen: Die schwarzen Kassen der großen Parteien sind zwar nicht ganz legal, haben sich aber »in der Praxis bewährt«! Weil es sich »bewährt« hat, soll das Lagerverbot also beibehalten und auch noch um ein »Schlafplatzverbot« erweitert werden. Eine bemerkenswerte Art, mit den Grundrechten derer umzugehen, die keine Beschwerdemacht haben.

Das »Lager- und Schlafplatzverbot« lässt sich nicht halten. Im Rahmen einer Klage gegen einen Platzverweis hat das Landgericht Köln 1999 die Rechtswidrigkeit des Lagerverbots festgestellt. Nach Räumung der »Kölner Klagemauer« hatte ich drei Tage hintereinander in einem Bundeswehrschlafsack auf der Domplatte zu nächtigen versucht. Ich bekam jeweils Platzverweis nach der Kölner Straßenordnung und wurde, weil ich die Platzverweise nicht befolgte, jedes Mal für die Nacht in Polizeigewahrsam genommen. Seit einem halben Jahr liegt ein rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Köln vor, das die Platzverweise für rechtswidrig erklärt und die festnahmen als Freiheitsberaubung verurteilt. Weil in der Vergangenheit gelegentlich behauptet wurde, das Nächtigen auf öffentlichem Straßenland gefährde die »öffentliche Sicherheit und Ordnung«« möchte ich darauf hinweisen, dass es regelmäßig die auf der Straße »lagernden« Obdachlosen sind, die als Erste bei der Polizei anrufen, wenn jemand nachts auf der Straße zusammengeschlagen und beraubt wird. Es würde die nächtliche Sicherheit auf Plätzen und Straßen noch erhöhen, wenn die Stadt jeden Obdachlosen mit einem Handy ausstatten würde. Es gibt Polizisten in Köln, die den Beitrag der Berber für eine »sichere Stadt« in der Weise würdigen, dass sie ihnen des nachts aus der eigenen Tasche einen Zehner zustecken oder eine Nachtzehrung vorbeibringen.

Verbot des übermäßigen Alkoholkonsums

Der Stadtverwaltung ist das Urteil des VGH Baden-Württemberg bekannt, wonach der Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit keine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt und ein solches Verbot rechtswidrig ist. Trotzdem will sie weiterhin ein solches Verbot in der Straßenordnung verankern, wahrscheinlich, weil es sich »in der Praxis bewährt« hat. Es eignet sich vortrefflich, die obdachlosen »Wermutsbrüder« aus der Innenstadt zu verbannen. Die rede ist jetzt von »übermäßigem« Alkoholkonsum (statt »störendem«). Das »Übermaß« ist aber schwer zu definieren, solange der Konsument nicht ausfällig wird. Eine Promille-Obergrenze für Innenstadt-Besucher gibt es jedenfalls noch nicht.

Fazit:

Die neue Straßensatzung für Köln wurde von denen entworfen, die tagtäglich damit beschäftigt sind, soziale Randgruppen auszusondern und sie aus dem Zentrum der Stadt zu verbannen. Die Stadt gehört nicht mehr allen, sondern denen, die sie vermarkten. Für sie wird jetzt die Innenstadt gesäubert. Den öffentlichen Raum gibt es im Grunde nicht mehr.●

KÖLNER WOCHE

Redaktion Heidelberg ● Wie wir in unserer Ausgabe Nr. 186 berichteten, kündigte die »Kölner Woche« die vorübergehende Einstellung der Zeitung an. In einem Rundschreiben vom 31. März heißt es: »Zum Zeitpunkt unserer Ankündigung von Anfang Februar gab es für uns durchaus Hoffnung, dass wir in absehbarer Zeit wieder an den Start kommen würden. Jetzt sind einige Wochen vergangen und wir mussten feststellen, dass wir doch nicht in der Lage waren, das notwendige Kapital zu beschaffen.

Wir haben keine ausreichende Anzahl von Investoren gefunden, die bereit sind, ein Medienprojekt zu unterstützen, dessen Gewinnerwartung in der nahen und mittleren Zukunft nicht absehbar ist. Allerorts werden große Summen für Medienprojekte und Unternehmen bewegt, die sich im Feld der neuen Technologien (Internet, e-commerce, Software etc.) bewegen. Ein Printprodukt – noch dazu eines, das nicht ganz ohne politischen Anspruch aufgetreten ist – kann solche Renditeerwartungen natürlich nicht erfüllen. Diese Erkenntnis nehmen wir zähneknirschend hin.

Das lässt zum heutigen Zeitpunkt nur das traurige und bedauerliche Fazit zu, das die »Kölner Woche« zunächst einmal nicht mehr erscheinen wird. Eine Entscheidung, die keinem von uns ganz leicht gefallen ist. Dieser Schritt soll nicht ausschließen, dass es zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine Wochenzeitung für Köln geben kann. Nicht einmal, dass diese Zeitung wieder von uns gemacht wird.

Ansonsten bleibt uns nur noch die Hoffnung, dass es andere besser machen als wir. Eine neue Zeitung – sei es eine, die täglich oder wöchentlich erscheint – brauchen diese Stadt und ihre BewohnerInnen so dringend wie zuvor«.

Seit dem 4. Mai erscheint als Beilage der Berliner »tageszeitung« donnerstags die »taz-nrw« mit zunächst drei regionalen Fenstern in Köln, Münster und dem Ruhrgebiet, mit jeweils vier Seiten Lokalberichterstattung und weiteren vier Seiten NRW-Landesberichterstattung. Ein Neustart der »Kölner Woche« ist somit mehr als fraglich.●

EX-JUSTIZMINISTER DER USA ÜBER DIE ANHÖRUNGEN ZUM JUGOSLAWIENKRIEG

»Wir hören weltweit Zeugen«

Ramsey Clark war in den USA von 1961 bis 1969 Regierungsmitglied, die letzten drei Jahre als Justizminister. Er hat sich gegen den Vietnam-Krieg ausgesprochen und gegen den Golfkrieg engagiert. Heute ist der 73jährige Anwalt Leiter des »International Action Center« und Organisator eines USA-Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Max Böhnel sprach mit ihm in seiner New Yorker Kanzlei. Nachfolgend die Dokumentation des Interwievs aus der Zeitung »Neues Deutschland«.

ND: *Wie ist der Stand der Anhörungen über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, die Sie zusammen mit dem New Yorker International Action Center durchführen?*

Ramsey Clark: Wir hören weiter weltweit Zeugen an und sammeln Dokumente über die NATO-Verbrechen in Jugoslawien. Das geschieht in mehreren Städten der USA, in sechs west- und südeuropäischen Ländern, aber auch in Russland und der Ukraine. Vor allem die Hearings in Belgrad sind wichtig, weil in Jugoslawien die meisten Informationen und Zeugenbeweise über NATO-Verbrechen vorliegen. Wir werden das Schlusstribunal am 10. Juni in New York abhalten. Nicht nur, weil die Stadt Sitz der UNO ist, sondern auch, weil sie in den Vereinigten Staaten liegt, dem Hauptverantwortlichen für die Angriffe auf Jugoslawien.

In den US-amerikanischen Medien ist bisher kein einziges Wort über die Hearings und das Tribunal berichtet worden ...

Zwischen unseren Massenmedien und Großkonzernen gibt es – anders als in Europa – einen direkten Zusammenhang. Die Massenmedien sind Eigentum und stehen unter direkter Kontrolle von großen, teils branchenfernen Firmen, und die meisten Journalisten identifizieren sich mit »Corporate America«, mit dem Pentagon und mit der jeweiligen USA-Regierung. In den national verbreiteten Medien Erwähnung zu finden, ist heutzutage äußerst schwierig, eine faire Berichterstattung geradezu unmöglich, wenn man die offizielle Doktrin anzweifelt. Doch in lokalen Fernseh- und Rundfunksendern und in regionalen Zeitungen wird gelegentlich recht ausführlich über die Hearings berichtet, etwa in San Francisco und Los Angeles. Die Unterschlagung wichtiger nationaler und internationaler Nachrichten erleben wir seit vielen Jahren. Nicht nur, wenn die USA wieder ein Land überfallen haben, sondern auch bei innenpolitisch bedeutsamen und nicht zuletzt bei sozialen Fragen.

Wie definieren Sie heute das Militärbündnis NATO, nachdem die Legitimation für ihre Existenz, die »kommunistische Bedrohung«, sich vor über zehn Jahren selbst, aufgelöst hat?

Die NATO zieht ihre Legitimation inzwischen aus sich selbst heraus. Sie gehört seit Jahrzehnten aufgelöst. Politisch begründete sie ihre Existenz aus der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges. Ihre Fortexistenz nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Ostblockländer zeigt, dass die NATO-Mitglieder aggressiv waren und sind. Die NATO dehnte sich sogar aus. Sie verstößt sowohl gegen ihr eigenes Regelwerk, den Nordatlantischen Vertrag, als auch gegen die UNO-Charta, die dem übergeordnet ist, wenn sie ohne Genehmigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen irgendwo militärisch zuschlägt. Innerhalb der NATO führten sich die USA im Krieg gegen Jugoslawien am gewalttätigsten auf – sie führten 90 Prozent der Kampfeinsätze aus –, was natürlich die Panik und den Terror, den Deutschland zum ersten Mal wieder seit dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien verbreitet hat, nicht mindert. Kurzum; In der NATO sind die großen Kolonial- und Neokolonialmächte des 19. und 20. Jahrhunderts versammelt, jene weiße christliche »Wertegemeinschaft«, die ungeheuerlichen Reichtum zusammengerafft hat und über einen sagenhaften High-Tech-Vorsprung verfügt. Sie ist keine Weltorganisation, sondern eine Weltbedrohung.

Weshalb haben die USA Ihrer Meinung nach die NATO gegen Jugoslawien moblisiert?

Zum einen stellt sich für die USA das Problem des UNO-Sicherheitsrats. Einige ständige Mitglieder des Rates legen immer wieder Vetos ein und betonen ihre eigenen Interessen, die denen der USA-Hegemonie bisweilen entgegenstehen, zum Beispiel bei den Abstimmungen über die Irak-Sanktionen. Zweitens ist die UNO-Vollversammlung nicht immer mit den USA einverstanden. Da gab es zum Beispiel die Abstimmung über jene Resolution, mit denen die USA wegen der Kuba-Blockade verurteilt wurden. Dieses Votum lautete 155 gegen zwei, eine Stimme von diesen beiden war die der USA. Die NATO dagegen ist aus USA-Sicht profitabler und leichter kontrollierbar. NATO-Länder kaufen amerikanische Waffensysteme. Die USA sorgen für das gemeinsame militärische Training und haben Ihre Leute an den Hauptschaltstellen der NATO.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Trotzdem gibt es immer wieder Reibungen im NATO-Bündnis...

Neben der Frage, wer die Aggressionen bezahlen soll, entstehen für die Mitgliedsstaaten jeweils innenpolitische Probleme, die sie vermeiden und auf die anderen abschieben wollen. Die USA übernehmen normalerweise den leichten, risikofreien und glorreichen Teil. Etwa wenn USA-Piloten aus größter Höhe von ihren fliegenden Computern aus Bomben auf Zivilisten und lebenswichtige Infrastruktur abwerfen und dann wieder an ihre Basis zurückkehren.

Seit dem Vietnam-Desaster ist Priorität, dass die Opfer auf amerikanischer Seite minimiert werden. Denn über tote und gefangene GI's berichtet die Presse gerne, und dabei kommt es immer zu innenpolitischen Verwicklungen, die in Kritik an der Kriegsführung münden könnten. In Jugoslawien verloren die USA nicht ein einziges Leben. Erst Monate später trat ein Offizier auf eine Landmine und starb. Aber sogar gegen die Entfernung der Landminen wehren sich die USA. Die Schmutzarbeit will die USA-Regierung in Zukunft europäischen Militärs überlassen – auch auf dem Balkan.●

Aus ND, 24.März 2000

Die Bilanz des Krieges

- 855.000 Kosovo-Albaner sind laut UNHCR aus Kosovo geflohen. Weitere Hunderttausende waren innerhalb von Kosovo auf der Flucht.
- Wie das US-Außenminsterium schätzte, wurden rund 5.000 albanische Zivilisten umgebracht. 400 bis 500 Dörfer seien niedergebrannt worden, in 85 Orten habe es Massenexekutionen gegeben.
- In Belgrad wurde erklärt, dass bei den NATO-Angriffen etwa 2.000 Zivilisten getötet und 6.000 verletzt wurden. 200 Fabriken und Kraftwerke,190 Schulen, 50 Krankenhäuser, 50 Brükken sowie Hunderte weitere Zivilobjekte, unter ihnen auch Wohnhäuser, wurden zerstört.
- Bei den militärischen Verlusten Jugoslawiens geht die NATO von 10.000 getöteten oder verletzten Soldaten aus. Zerstört worden seien 100 Flugzeuge, 120 Panzer, 203 Schützenpanzer, 449 Geschützbatterien. »U. S. News and World Report« zu Folge seien nur 26 Panzer, 12 Schützenpanzer und 8 Geschützbatterien ausgeschaltet worden.
- Insgesamt flog die NATO 31 529 Angriffe. Die britische »Financial Times« schätzte im Juni 1999 die Kriegskosten auf sieben Milliarden Dollar. Die Kosten des Wiederaufbaus wurden von der Deutschen Bank mit rund 30 Milliarden Dollar beziffert.●

ETHNISCHE PARZELLIERUNG AUF DEM BALKAN WIRD VORANGETRIEBEN

Regelung der »Albanischen Frage« nach deutschem Vorbild?

Ob sich der Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gelohnt habe, wurde Außenminister Joschka Fischer zum Jahrestag des Beginns der Bombardierungen von der »Zeit« gefragt. »Ein klares Ja. Auch wenn uns die Entscheidung nicht leicht gefallen ist und wir noch weit von einer wirklichen Lösung des Konflikts entfernt sind«, war seine Antwort. Wie er sich die »wirkliche Lösung des Konflikts« vorstellt, vertraute er dem Berliner Korrespondenten von Le Monde an: Die »albanische Frage« solle nach dem Vorbild der deutschen Wiedervereinigung gelöst werden. (Daniel Vernet, Joschka Fischer: »Une question des sécurité, pas de morale« in »Kosovo, un an après«, Beilage von Le Monde v. 25.3.00).

von Klaus von Raussendorff ● Zwischen 1997 und 1999 hatte die Bundesregierung, um sich international nicht zu isolieren, auf ein offenes Bekenntnis zur Selbstbestimmung der Albaner im Kosovo verzichtet. Dies besorgte umso lautstarker die Frankfurter Allgemeine Zeitung als »zentrales europäisches Serbenfressblatt« (Handtke). Nun fühlt sich Berlin stark genug, offen gegen den Sicherheitsratsbeschluss 1244 aufzutreten, mit dem der Kosovo-Konflikt wieder in den Kontext der Vereinten Nationen verlegt wurde. Danach ist und bleibt Kosovo und Metohija ein Teil Jugoslawiens und Serbiens. Nur auf dieser Grundlage konnte die internationale Staatengemeinschaft einen Konsens erzielen, der zur Beendigung der Luftschläge führte.

Nun wird in Berlin ein neuer Ton angeschlagen. Im Kosovo gehe es jetzt nicht nur um einen »moralischen Imperativ«. Beiseite geschoben sind auf einmal Moral, Menschenrechte und alle hohen Werte, mit denen Fischer letzten Sommer noch in der Taz (v. 19.7.99) den NATO-Krieg als »Notlösung« gerechtfertigt und einen Bruch des Völkerrechts mit dem Argument bestritten hatte: »Heute sind die Vereinten Nationen und ihr Sicherheitsrat stärker den je. Sie haben bei der Beendigung des Kosovo-Krieges eine herausragende Rolle gespielt.« Nun spricht der europäische Ordnungspolitiker Fischer, der »die albanische Frage« nach deutschem Vorbild lösen will: »Im Grunde genommen geht es um die Frage, in welchem Europa wir morgen leben wollen.« »Ich gehöre nicht zu den Pessimisten,« sagt er, »viel ist seit dem Krieg erreicht worden. Trotz allem hat sich die Lage der Albaner normalisiert, die Lage der Minderheiten ist dramatisch, die Lage an den Grenzen prekär. Es gibt keine andere Wahl als das Engagement der internationalen Gemeinschaft.«

Und weiter berichtet der Korrespondent aus seinem Gespräch mit Fischer: »Was zählt, sei nicht der endgültige Status des Kosovo. Es sei die Einleitung eines demokratischen Prozesses durch die Rekonstitution einer zivilen Gesellschaft, durch Wahlen, zunächst auf lokaler Ebene. Ob denn die Wahlen nicht eine demokratische Legitimation für den von den Albanisch-Sprachigen einhellig geteilten Wunsch nach Unabhängigkeit geben? Gewiß, aber Joschka Fischer bezieht sich gern auf Veton Suroi, den Direktor der kosovarischen Tageszeitung Koha Ditore, der meint, daß viele seiner Landsleute in eine ideelle Unabhängigkeit flüchten, um sich nicht den konkreten Problemen des Augenblicks stellen zu müssen. Und dann führt der Chef der Diplomatie Berlins das Beispiel seines eigenen Landes an: Die Deutschen bilden eine einzige Nation und einen einzigen Staat, nicht weil sie es gewollt haben, sondern weil ihre Nachbarn die Wiedervereinigung im gegebenen Moment akzeptiert haben. Der Wunsch nach Unabhängigkeit ist eine Sache, die Sicherheit der Nachbarn und die Stabilität der Region eine andere. Die internationale Gemeinschaft ist im Kosovo und auf dem Balkan, um zu zeigen, daß die 'albanische Frage' – nach dem Vorbild der 'deutschen Frage' im Jahre 1990 – nicht ohne Zustimmung der Nachbarn geregelt werden kann, durch friedliche Mittel im Rahmen regionaler Sicherheit, welche den Balkan an das integrierte Europa heranführt. Da trifft sich die Moral wieder mit der Politik.«

Neu an dieser Aussage ist nicht ihr Inhalt sondern ihre öffentliche Unverblümtheit. »Während alle anderen NATO-Mächte mehr oder weniger glaubwürdig erklärten, eine Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien verhindern zu wollen, verfolgte die deutsche Politik zwischen 1991 und 1999 über alle taktischen Etappen hinweg ein entgegengesetzte Ziel: Das Kosovo sollte auf längere Sicht kein Bestandteil Jugoslawiens und erst Recht kein Bestandteil Serbiens sein.« (Matthias Küntzel, Der Weg in den Krieg – Deutschland, die NATO und das Kosovo, Berlin 2000, S. 194)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die von Berlin angestrebte »Lösung« des Kosovo-Konflikts auf der Basis des völkischen Nationalismus, auf den sich bereits die Albanien-Politik des Hitler-Faschismus stützte, macht nach Auffassung der Bundesregierung einen Aufenthalt fremder Truppen im Kosovo auf unabsehbare Zeit erforderlich. Die vorgesehenen fünf Jahre, meint Bundes»verteidigungs«minister Scharping, seien jedenfalls zu wenig. (Rudolf Scharping, Die Kosovo-Krise wirkt wie ein Katalysator, in FAZ v. 24.3.00) Er fordert »noch Jahre des internationalen Engagements.«. In dieser Zeit sollte nach Meinung Scharpings ein »Friedenskorps« gebildet werden, »das die Erfahrungen ehemaliger Angehöriger der Streitkräfte mit denen von Polizei, technischem Hilfswerk, GTZ und anderen verbindet und zugunsten der Vereinten Nationen, in der OSZE oder für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union hilfreich sein werden – präventiv ebenso wie in der Überwindung jener Mängel und Langsamkeiten wie sie jetzt im Kosovo so offenbar sind.«

Die in der UN-Resolution vorgesehene substantielle Autonomie des Kosovo ist für Scharping nur vorstellbar, »im Zusammenhang mit der Normalisierung in Belgrad.« Die Bundesrepublik Jugoslawien, die nur noch aus Serbien einschließlich des Kosovo und Montenegro besteht, hält an den Prinzipien eines multikulturellen Staates fest, der seinen Bürgern gleiche demokratische Rechte gewährt und sie nicht nach ethnischen Mehrheiten und Minderheiten sortiert. In gewisser Weise ist es daher konsequent, wenn deutsche Befürworter einer ethnisch-nationalistischen Lösung der »albanischen Frage« in Belgrad ein Hindernis ihrer Politik sehen. Das multi-ethnische, demokratische Jugoslawien ist für Scharping jedenfalls ein »Regime polizeistaatlicher Methoden«. Vor allem aber verrät uns Scharping mit der zentralen Aussage seines Beitrags, wodurch sich Berlin als Ordnungsmacht in seiner völkischen Balkan-Politik bestärkt fühlt: »Die Kosovo-Krise wirkt wie ein Kalatlysator für eine gemeinsame europäische Haltung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich gemeinsamer Handlungsfähigkeit«. Man glaubt sich durch die Präsenz im Kosovo der deutschen Hegemonie im Namen Europas wieder ein Stück näher gekommen.

Für die PDS-Opposition im Bundestag tut sich mit der aktuellen deutschen Kosovo-Politik ein Feld auf, wo sie – statt in der luftleeren Diskussion über fiktive künftige UNO-Einsätze die antimilitaristische Orientierung zu verlieren – schon heute beweisen kann, daß sie die Prinzipien und Verfahren der Vereinten Nationen ernst nimmt und Alarm schlägt, wenn die Regierung unseres eigenen Landes die friedenssichernde Rolle der Vereinten Nationen mit ihrer Politik der ethnischen Parzellierung auf dem Balkan unterläuft.●

DISKUSSION UM DAS »SCHWARZBUCH KAPITALISMUS«

Die Mühlen des Teufels

Der Krisentheoretiker Robert Kurz stellte im März im Düsseldorfer Kultur- & Kommunikationszentrum »zakk« seinen Abgesang auf die Marktwirtschaft vor. Die Stadtzeitungen »terz« (Düsseldorf) und »Neusser Monat« (Neuss) sprachen mit ihm über Marx, Krise, Crash und Riots.

terz, Neusser Monat: *Viele Linke haben gedacht, jetzt kommt eine Antwort auf das »Schwarzbuch des Kommunismus«.*

Robert Kurz: Von mir war nicht der Titel Schwarzbuch des Kapitalismus favorisiert. Schließlich hat sich der Verlag durchgesetzt. Mein Favorit wäre gewesen: »Die Mühlen des Teufels« oder »Satans Mühlen«, eine Gedichtzeile des englischen Romantikers William Blake, ein im 19. Jahrhundert geflügeltes Wort für das beginnende Fabriksystem.

Nun zu deiner Kritik: Nach dem Ende der Sowjetunion ist die Kritik an der marktwirtschaftlichen Produktionsweise nahezu verstummt. Warum bist du Marktwirtschaftskritiker geblieben?

Ich bin bestimmt nicht Marktwirtschaftskritiker geblieben, weil ich die Theorie exekutieren will. Aber warum soll ich einen Gedanken aufgeben, nur weil im Osten ein System zusammengebrochen ist, das ohnehin sich sehr stark an die Prinzipien der Marktwirtschaft angelehnt hat. Die Gründe, warum man hierzulande Linker geworden ist, sind nicht nur geblieben, sie haben sich sogar in den letzten Jahren noch potenziert.

Kannst du deine Kritik am, wie du es sagst, warenproduzierenden System etwas erläutern?

Den Begriff des warenproduzierenden Systems habe ich bewußt gewählt, weil es unterschiedliche Entwicklungsformen unter einen Hut bringt, aber das Gemeinsame herausstellt. Das System wird dadurch charakterisiert, dass ein Weltsystem von Arbeitsmärkten existiert, das der Warenproduktion vorgeschaltet ist. Deswegen gibt es überhaupt den allgemeinen Warenmarkt. Alle Bedürfnisse und Reproduktionsgegenstände verwandeln sich in Waren und der Zugang zu den Ressourcen erfolgt nur über Arbeitsmärkte. Die Menschheit wird den Kriterien der Arbeitsmärkte unterworfen, ohne über den sinnvollen Einsatz der Ressourcen bestimmen zu können. Darum ist die Kritik an der Warenproduktion identisch mit der Kritik der Reproduktion einer Gesellschaft über Arbeitsmärkte. Das führt sich ad absurdum in dem Maße, wie das System die Arbeitskraft nicht mehr im großen Maßstab vernutzen kann. Da mag man noch so viele Bündnisse für Arbeit herbeireden, die sowieso nicht funktionieren, und nach Arbeit schreien, das System stößt an Grenzen, und es schält sich heraus, wie absurd das Verhältnis ist: Da existieren gigantische Produktivkräfte, die aber nur nach Maßgabe der rentablen Vernetzung von Arbeitskraft den einzelnen Menschen zugänglich sind.

In deinen Schriften prophezeist du seit geraumer Zeit den Zusammenbruch des warenproduzierenden Systems. Woraus leitest du das nahende Ende der Marktwirtschaft ab?

Zwei Sachen sind grundsätzlich zu unterscheiden: Erstens, wie sich Krise überhaupt abspielt. Das ist ein rein objektivierter Prozess, der sich auf der Ebene von anonymen Konkurrenzverhältnissen herstellt, was der Begründer der modernen Volkswirtschaftslehre, Adam Smith, die unsichtbare Hand genannt hat. Zweitens: Natürlich ist das nicht das Ende des Kapitalismus an sich, in dem Sinne, dass man nun darüber hinweg wäre. Auf der Seite des Bewußtseins findet nach wie vor Kapitalismus statt. Es kann eine Nationalökonomie, eine ganze Weltregion vollständig zusammengebrochen sein, trotzdem ist die soziale Beziehungsform nicht weg. Was zusammenbricht, was an seine Grenzen stößt, ist die rentable Arbeitskraftvernutzung, sie läßt sich unter den Bedingungen der 3. industriellen Revolution nicht nochmals steigern. Auf der Ebene der menschlichen Subjekte setzt sich das fort als Konkurrenz mit anderen Mitteln. Dann wird sowas entstehen wie Plünderungsökonomie, wie jugoslawische oder russische Verhältnisse: Geldsubjekte ohne Geld. Es bleibt ihnen nur noch, übereinander herzufallen. Eine automatische Selbstaufhebung des Systems gibt es eben nicht.

Spitzen wir doch das Problem mal zu: Du sagst, der naheliegende Zusammenbruch des Kapitalismus

ist die Voraussetzung für seine Kritik. Wie sollen wir das verstehen?

Im gewissen Sinne ist das Bewusstwerden der Schranken des Systems eine Voraussetzung, aus der Verinnerlichung der sozialen Beziehungsformen dieser Gesellschaftsordnung wieder herauszukommen. Der Zusammenbruch des marktwirtschaftlichen Systems darf aber nicht so verstanden werden, dass er automatisch Bewußtsein freisetzt.

Du sprichst von anonymen Konkurrenz- und Machtverhältnissen, die die Geschicke der Menschheit zu deren Schaden lenken. Gibt es da nicht auch leibhaftige Menschen, die ein Interesse an dem Zustand haben, so wie er ist, weil sie erhebliche Vorteile und Gewinne davontragen. Früher nannten wir solche Leute Kapitalisten.

Heute gibt es nicht mehr die eindeutig definierbare Klasse der Kapitalisten. In den USA leben beispielsweise massenhaft Lohnarbeiterfamilien, die halten ihr Konsumniveau nur darüber, dass sie ihre Ersparnisse in den Aktienboom hineingebracht haben, während ihr Realeinkommen auf den Stand der 70er Jahre zurückgebombt wurde.

Einerseits ist da das Management, das sich seit den fordistischen Zeiten als die ersten Arbeiter, als das Fleisch vom Fleische empfindet und auch entsprechend verhält, und andererseits gibt es die modernen Lohnarbeiter, die heute in der letzten Phase der postmodernen Entwicklung, der dritten industriellen Revolution, des neoliberalen Umbruchs, der ja auch bis tief in die Lohnarbeiter hineingegangen ist, sich selbst empfinden als die Unternehmer ihrer Arbeitskraft. Wie die sächsisch-bayerische Zukunftskommission gefordert hat: Den Kapitalismus mit sich selbst ausmachen! Das heißt aber nicht, dass so die Negativität des Systems erledigt wäre, im Gegenteil. Es rückt die Frage der Systemkritik in einem viel grundsätzlicheren Sinne ans Licht. Man kann nicht einfach sagen, man müsse die Privateigentümer entmachten, das Eigentum vergesellschaften, und wenn uns die Fabriken gehören, dann geht es uns viel besser, ohne die Frage der sozialen Beziehungsformen, der ökonomischen Beziehungsformen noch in den Blick zu nehmen. Es geht um die gesamtgesellschaftlichen Grundformen von sozialer und ökonomischer Beziehung, die Aushebelung der Konkurrenz, nicht über einen Staatsapparat, sondern über eine Selbstverwaltung, die von der Warenproduktion überhaupt sich verabschiedet. Die Vorstellung, es gäbe Kapitalisten im alten Sinne, als eine eingrenzbare Klasse, die man nur entmachten müsse, und dann könne man so weitermachen wie bisher, findet keinen Anklang mehr, weil es auch einfach nicht mehr stimmt.

Wir sind mit dir einer Meinung, dass es nicht darum geht, unter Staatskontrolle die marktwirtschaftliche Produktion weiterzuführen, wie sie ja in der SU gescheitert ist. Es geht natürlich um eine Gesellschaft jenseits der Warenproduktion. Es ist die Frage, wie man dahin kommt und wie sie aussehen kann. Und da hast du mal Friedrich Engels zitiert, der von einer Gesellschaft sprach, in der »die Leute alles sehr einfach abmachen ohne die Dazwischenkunft des berühmten Werts.«

Noch eine kurze Anmerkung zur Kritik des Staatssozialismus á la DDR. Schon vor 30 Jahren gab es die Kritik unter Linken an der DDR, die die Fortführung der Form der Lohnarbeit dort kritisierte und als Perspektive für ein sozialistisches Land die direkte Produktion von Gebrauchsgütern ohne den Umweg der Wertproduktion vorschlug. Vor 25 Jahren wurden die Leute vom MSB-Spartakus kritisiert, die gesagt haben, der Hauptwiderspruch im Kapitalismus sei der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung – und daraus folgt logisch, wenn die Produktion unter Staatskontrolle läuft, ist alles in Butter.

Was nun die immer schon dagewesene Kritik der Warenproduktion z.B. in der neuen Linken angeht, da muss mir irgendwas entgangen sein. Natürlich gab es in der Studentenbewegung so etwas wie die Thematisierung des marxschen Fetischismusbegriffs, das war immer bezogen auf sozialpsychologische Verhältnisse, was natürlich auch seine Berechtigung hatte, aber im harten ökonomischen Sinne, ist es eigentlich wenig bis gar nicht zur Sprache gekommen. Die führenden Theoretiker der Linken sind dem Problem sehr schnell ausgewichen. Nochmal zurück zum Engels-Ausspruch. Für sich kann man die Forderung unterschreiben, sie ist aber erst einmal eine abstrakte Aussage. Bei Engels ist der Pferdefuß, dass er, noch viel mehr als Marx, diesen positiven liberalen Arbeitsbegriff übernommen hat. Das heißt, dass es Aufhebung der Wertform nur innerhalb der Verausgabung abstrakter Arbeitsquanta geben kann. Hier taucht dann das Problem der Leistungsabrechnung auf. Da gab es riesige Debatten darüber, wie ohne Warenproduktion, ohne Geldform eine Leistungsabrechnung ausschauen soll.

Der Kapitalismus ist darüber hinweg. Das Problem ist nicht mehr die individuelle Leistungszurechnung. Das Problem ist, wie mit den sachlichen Potenzen sinnvoll umgegangen wird. Was passiert, wenn diese Leistungsabrechnung überhaupt keinen Sinn mehr macht. Wenn selbst unter kapitalistischen Bedingungen, wo destruktive und sinnlose Produktion stattfindet, schon eine große Masse von Arbeitskräften außer Kurs gesetzt wird – und zwar dauerhaft. Wo soll da noch der Arbeitssozialismus funktionieren. Es ist ein Widerspruch, sich einerseits über abstrakte Arbeit reproduzieren zu wollen, aber andererseits die Wertform aufheben zu wollen. Das sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Man müßte da weiterdenken. Engels konnte im 19. Jahrhundert wohl nur so denken, aber jetzt sind wir mitten in der mikroelektronischen Revolution. Es sind ganz andere Kommunikations- und Vergesellschaftungsmöglichkeiten drin, die aber nur negativ erscheinen. Jetzt muss man das neu denken und formulieren.

Noch eine abschließende Frage zum Verhältnis deiner Analyse zu den vorhandenen sozialen Bewegungen. Du hast sowohl in deinem Vortrag als auch in deinem Buch oft positiv Bezug genommen auf Sozialrevolten in der kapitalistischen Frühphase. Am Ende deines Buches entwickelst du den Begriff von »Gegengesellschaften«, die sich gegen Kapitalverwertung richten. Da ist eine auffällige Übereinstimmung zu Fragmenten autonomer Theorieansätze zu sehen. Die Krisis-Leute jetzt als verkappte Autonome?

Ich will auf keinen Fall sagen, dass alles falsch war, oder dass man da nicht an bestimmten Momenten anknüpfen kann oder sollte. Man muss aber vorsichtig sein. Die bekannten Aufstände, Revolten und Widerstandsaktionen will ich eher als Kontrastmittel zum System sehen und nicht sagen, dass jede Revolte zum Beispiel aus dem 18. Jahrhundert oder eine Brotrebellion ein Schritt in die richtige Richtung war. In dem Sinne: Hauptsache Revolte! Ich denke, es ist wichtig, sich zu erinnern und bewußt zu machen, dass es diese sozialen Revolten gegeben hat. Man kann aber da nicht unmittelbar wieder anknüpfen oder in eine Art romatischer Ahnengalerie verwandeln. Man muss schon sagen, da liegt eine ungeheure historische Zeitspanne dazwischen. Man kann daran sehen, dass die Verhältnisse nicht unwidersprochen waren, dass der Kapitalismus auch nach rückwärts zu delegitimieren ist, dass die Produktivkräfte auch anders hätten entwikkelt werden können. Eine wichtige Aufgabe wäre die Untersuchung der Schwachstellen der Kritik oder ob diese selbst noch eingebunden war in Vorstellungen von Warenproduktion.

Die Abschaffung der Warenproduktion ist auch nicht so leicht. Man kann sich das ja nicht nur als einen äußerlichen Akt der Abschaffung von Geld und Warenform vorstellen. Vielmehr müssen auch neue Subjekt- und Beziehungsformen geschaffen werden. Gegengesellschaft heißt schließlich auch Gegenkultur, ein Begriff, der auch wieder mit Leben gefüllt werden muss.

Das ist klassischer Anspruch der autonomen Linken, Gegengesellschaften zum herrschenden System zu entwickeln, Sabotage, Aneignung über Hausbesetzung.

Ist ja ok. Auch da wäre die Frage, ob es eine weitergehende Reflektion gibt, die die Fragestellung auf den Punkt bringt, wie die Warenform aufzuheben ist. Also keine Hau-Ruck-Revolte, die die Veränderung der eigenen Subjektform vergisst. Das Kapital ist eben nicht mehr nur da draußen.

Wir danken Dir für das Gespräch.●

Fotos & Text aus terz, April 2000

Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn Verlag 1999, 816 S., 68 DM

Anzeige

SCI Service Civil International, Blücherstr. 14, 53115 Bonn

Workcamps

Urlaub mit Engagement

Jetzt gegen 5 Mark das neue Programm anfordern !!!

fon: 0228-212086 info@sci-d.de www.sci-d.de

DIE »GLÜCKLICHEN ARBEITSLOSEN« IM KULTURKAMPF

Die Zukunft fängt gut an!

Vor kurzem hat der Professor Ulrich Beck einen Band über »Die Zukunft von Arbeit und Demokratie« (Edition Zweite Moderne, Suhrkamp) herausgegeben.

Glückliche Arbeitslose, Berlin ● Unter den üblichen Beiträgen von hochnäsigen Akademikern ist in diesem Buch, wie eine Perle im Misthaufen das sog. »Manifest der Glücklichen Arbeitslosen« (1) zu finden. Diese Veröffentlichung erschien ohne unsere Genehmigung, kein Vertrag wurde uns überreicht, wir haben keinen Pfennig von Suhrkamp erhalten. Außerdem wird dort unser bereits vielfach nachgedruckter Text als »Originalbeitrag« dargestellt. Wegen dieser eklatanten Verletzung des Autorenrechts gehen wir gegen Beck und Suhrkamp gerichtlich vor.

Dieser rechtliche Streit ist vor allem politischer Natur: In England arbeitet *Ulrich Beck* zusammen mit *Anthony Giddens*, Berater *Tony Blairs* und Erfinder des sog. »New Deals«, sprich der zur Zeit eingeführten unterbezahlten Zwangsbeschäftigung von Arbeitslosen. Hierzulande plädiert Beck seit Jahren für die Einführung einer »Bürgerarbeit«, welche nicht entlohnt, sondern »belohnt« werden soll.

Als Herausgeber bei Suhrkamp hat Beck erstmals Anwendung für seine Vorstellung von Arbeit und Demokratie gefunden. Wenn Soziologenkollegen einen Beitrag schreiben, leisten sie eine wichtige Arbeit und werden entsprechend behandelt und bezahlt. Wenn hingegen Arbeitslose einen Text schreiben, kann es sich nur um eine Art »Bürgerarbeit« handeln, die es nicht verdient, entlohnt zu werden. Der Nachdruck an sich ist ja schon Belohnung genug. Selbstverständlich wird nicht nach ihrer Meinung gefragt: Soziologen sind eben da, um allein über die Kriterien der Arbeit und deren Bezahlung zu urteilen. Was würde schon aus der Begriffspolizei werden, wenn solche Entscheidungen den Betroffenen selbst überlassen wären?

Trotz alles beschönigenden Gequassels heißt bei Beck die Zukunft der Arbeit unbezahlte Ausbeutung und die der Demokratie autoritäre Entscheidungen von Spezialisten. Seine »Zweite Moderne« riecht modrig. Nun wird der Große Querdenker Gelegenheit haben, Beispiele des von ihm gelobten »schöpferischen Ungehorsams« zu bewundern.●

(1) Eigentlich der Text »Auf der Suche nach unklaren Ressourcen«, Erstdruck in der Zeitschrift SKLAVEN Nr. 38/39, Berlin, Juli-Aug. 1997. Zahlreiche Nachdrucke u.a. in der taz vom 30.3.98 (gekürzt) und zuletzt in »Gibt es ein Leben ohne Arbeit?«, Klartext Verlag, Essen, 2000.

SCHWEDEN: WALDBAUERNGENOSSENSCHAFT

Eigenes Holzsiegel als Absatzstrategie

Die 31.000 Bauern der schwedischen Forstgenossenschaft Södra mit Sitz in Mönsteras besitzen das, wovon andere Waldbesitzer nur träumen: Zellstofffabriken, Sägewerke und Anlagen zur Herstellung von Bio-Brennstoffen aus Holzabfall gehören zu ihrem Kapital. Damit befinden sich die Södra-Landwirte in einer fast einzigartigen Lage. Sie kontrollieren die Holz-Wertschöpfungskette. Ein Södra-Mitglied verdient nicht nur am Holzverkauf, sondern auch an der Weiterverarbeitung.

Bernd Kramer, Red. Genossenschaften ● Die Genossenschaft Södra entstand in den 20er Jahren. Den Bauern verschaffte sie mehr Gewicht am Holzmarkt, zum Leidwesen der Sägewerksbesitzer und Zellstofffabrikanten. Die kleinen Anfänge hat Södra hinter sich gelassen: Heute zählt die Genossenschaft zu den weltgrößten Produzenten von gebleichtem Marktzellstoff, beschäftigt 2.600 MitarbeiterInnen und liefert 600.000 Kubikmeter Schnittholz pro Jahr. Die Södra-Bauern bewirtschaften 1,7 Millionen Hektar in Schweden, 31.000 Hektar kommen pro Jahr durchschnittlich dazu.

Der Export spielt für den genossenschaftlichen Konzern eine immer größere Rolle: Der Wert der Södra-Ausfuhren betrug 1998 über vier Milliarden schwedische Kronen (900 Millionen Mark). Das ist mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes von 7,5 Milliarden Kronen.

Nachhaltigkeit gefordert

Die Anbindung an den Weltmarkt zwingt Södra, sich einem Trend anzupassen, der die Holzwirtschaft verändert: Die schwedischen Waldbauern können sich einer Zertifizierung ihrer Wälder nicht mehr verschließen. Abnehmer in Westeuropa wie die Baumarktkette Obi pochen bereits darauf, dass ihre Bretter ein Gütesiegel tragen.

Solch ein Siegel soll vor allem dem Endverbraucher zu einem ruhigen Gewissen beim Holzkauf verhelfen. Eine auf Nachhaltigkeit angelegte Forstwirtschaft, die keinen Raubbau an der Natur betreibt, ist keine Selbstverständlichkeit. Pro Jahr werden weltweit 16 Millionen Hektar durch Holzunternehmen gerodet oder in Viehfarmen, Plantagen oder kleine landwirtschaftliche Betriebe umgewandelt. In Europa haben an vielen Stellen Monokulturen der Vielfalt im Wald den Garaus gemacht.

Ablehnung des FSC-Systems

Das FSC-System, vom World Wide Fund of Nature (WWF) gefördert, versucht dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die Waldbesitzer verpflichten sich, eine ganze Reihe von Auflagen einzuhalten. Dazu zählt zum Beispiel, keine genveränderten Pflanzen einzusetzen oder die Ausbreitung der Fichte im eigenen Wald einzudämmen. Waldbesitzer, die die Rechte der Arbeitnehmer und Ureinwohner außer Acht lassen, fallen ebenfalls durch das FSC-Raster.

Den ganzen FSC-Katalog will die schwedische Waldbauerngenossenschaft nicht akzeptieren. Das Hauptargument von Södra: Ein Standard wie FSC lasse sich auf großen Flächen, die nur einem Waldbesitzer gehören, leicht durchsetzen. Allerdings kaum bei 3.500 Landwirten, die eine Södra-Zellstofffabrik beliefern. Schert nur einer aus der Reihe, wären die Anstrengungen der anderen umsonst. Zudem trage das FSC-Regelwerk zu viel administrativen Ballast.

Selbst entwickeltes Konzept

Die Genossenschaft hat ihre eigene Zertifizierungsmethode entwickelt, wobei kein Landwirt gezwungen wird, sie anzuwenden. Kernstück der Mitte 1998 eingeführten Vorgehensweise: eine Bestandsaufnahme der Flächen, bei Södra »Green Forestry Management Plans« genannt. Södra unterscheidet zwischen vier Kategorien:

● Waldstücke, die zur Produktion dienen. Hier bleiben nach einem Kahlschlag einzelne Bäume (Laubbäume und sehr alte Bestände) stehen, kleinere Flächen werden nicht angetastet;
● Kombinierte Flächen, wo der Einschlag reduziert wird;
● Waldstücke, in denen nur geringe Eingriffe des Menschen zugelassen werden;
● Flächen, die auf Grund ihrer Lage und ihrer Artenvielfalt unberührt bleiben.

Södra-Experten erarbeiten gemeinsam mit den Waldbesitzern die Pläne. Die Überprüfung ihrer Einhaltung ist der Societé Générale Surveillance, einer ausländischen Prüffirma, anvertraut. Bis Ende 1998 ließen sich 862 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 110.000 Hektar zertifizieren. Bis im Jahr 2003 sollen es 850.000 Hektar sein.

Wirtschaftliche Zwänge

Södra steht unter Druck: Die Genossenschaft hat ihre Kapazitäten erhöht. Erst vor wenigen Monaten nahm ein neues Sägewerk seinen Betrieb auf, 300.000 Kubikmeter Schnittholz sollen jährlich seine Tore verlassen. Södra will damit den japanischen Markt bedienen – ohne ein anerkanntes Gütesiegel nur ein schwer zu erreichendes Ziel.●

EINBINDUNG NEUER MITGLIEDER

Wohnungsbaugenossenschaften – ein Auslaufmodell für Senioren?

Zum Thema der Mitgliederbindung und -gewinnung jüngerer, etwa 20- bis 40jähriger Mitglieder debattierten am 06. April in Leipzig über 50 Vertreter sächsischer Wohnungsgenossenschaften. Eingeladen hatte der Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. Auf dem Forum wurden zahlreiche neue Ideen und Initiativen vorgestellt, die zeigen, dass genossenschaftliches Wohnen für junge Menschen eine Menge Anreize bieten kann.

Sonja Menzel, Red. Genossenschaften ● Der Blick auf die derzeitige Altersstruktur zeigt bei den meisten sächsischen Wohnungsgenossenschaften einen überaus hohen Anteil an älteren, über 60-jährigen Mitgliedern. In einigen Regionen oder Stadtteilen leben bereits 2/3 Ältere. Es handelt sich dabei meistens um Mitglieder, die eine langjährige intensive Bindung zu »Ihrer« Genossenschaft haben. Häufig geht es dabei um Wohnungsbestände, in denen noch die Erstbezieher und Gründungsmitglieder mit stabilen Nachbarschaftsbeziehungen leben.

Der Vorstandsvorsitzende des *Sächsischen Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.*, der Leipziger Bürgermeister *Holger Tschense*, stellte in seinen einführenden Bemerkungen die Fragen: »Gelingt es unter den jetzigen Bedingungen und künftig, den Genossenschaftsgedanken für jüngere Generationen transparent und interessant zu machen, und vor allem auf welchem Weg? Welche attraktiven Wohnungsangebote gibt es für Familien mit (heranwachsenden) Kindern? Spielen für sie die Vorteile genossenschaftlichen Wohnens überhaupt eine Rolle? Welche Wohnangebote sind für junge Leute interessant, die zum ersten Mal eine Wohnung beziehen, für Wohngemeinschaften, Gemeinschaften mit besonderen Wohnleitbildern und Selbsthilfefähigkeiten, Mehrgenerationsfamilien oder Studenten?«

Beteiligung der Bewohner

»Wie junge Leute sich ihre erste Wohnung vorstellen, ist bei Planern und Eigentümern nur fragmentarisch bekannt und wird deshalb eher selten bedarfsgerecht umgesetzt«, betonte *Rainer Löhnert*, Vorstandsvorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft *Kontakt eG* in seinem Vortrag. Er stellte ein nicht alltägliches Neubauprojekt in Leipzig-Connewitz vor. Das einfache Geheimnis des Erfolges heißt dort: »Beteiligung der künftigen Bewohner an der Planung«. Ein halbes Jahr lang debattierten junge Leute mit den Genossenschaftern über Ideen für ihre erste Wohnung. Der Architekt sicherte dabei immer wieder den Bezug zu den Kosten.

Als Ergebnis der gemeinsamen Arbeit entsteht dort derzeit mit Fördermitteln des Freistaates Sachsen eine »Jugendwohnanlage« mit 26 Wohnungen in sechs Baukörpern, die die Vorstellungen und Wünsche ihrer künftigen Bewohner berücksichtigt. Das heißt konkret: Verzicht auf den Keller, auf Balkon und Garage. Dafür ist vorgesehen ein angemessen großer Gemeinschaftsraum, ein Schuppen für jeden, sowie große Glasschiebefenster in den Wohnzimmern. Energie- und Umweltbewusstsein nehmen einen hohen Stellenwert ein. Das zeigt der Wunsch nach Solarenergie und einer Regenwasseraufbereitungsanlage.

Tapezieren, Fliesenlegen und das Aufstellen des Schuppens erfolgen durch die jungen Leute selbst. Dies sind Leistungen, die über einen Zeitraum von acht Jahren, gegen die Miete gerechnet werden. Durch die künftige Übernahme der Grünpflege senken sich zudem die Betriebskosten. Bereits im September können die jungen Leute in »ihr eigenes Haus« einziehen.

Thematisierung im Förderplan

Auch bei der Wohnungsgenossenschaft *Johannstadt eG* in Dresden dominieren die älteren Mitglieder die Statistik: von 9.300 sind nur 1.300 unter 40 Jahre alt. Laut dem Vorstandsvorsitzenden *Armin Beuscher* gilt der genossenschaftliche Förderauftrag selbstverständlich für alle Mitglieder und damit auch Altersguppen und Generationen. Die Interessen dieser Gruppen divergieren aber. Deshalb sind in der Umsetzung Ausmaß, Streubreite, zeitliche Abfolge, Alternativen, Kooperation und Kompromisse bei neuen Maßnahmen unverzichtbare Aspekte.

Um Veränderungen zu erreichen, reflektieren in dieser Genossenschaft Förderplan und Förderbericht die Maßnahmen zur Förderung der einzelnen Mitgliedergruppen. Der Förderplan muss dazu unbedingt transparent, plausibel und nachprüfbar für die Mitglieder sein. Die genossenschaftliche Rechtsform für junge Mitglieder attraktiv zu machen, heisst für die Dresdner vor allem neue Partizipationsformen und Selbstgestaltungsmöglichkeiten zu bieten und auszuprobieren. Vorgesehen ist, jungen Mitgliedern in einigen Hausprojekten Optionen zur Selbstverwaltung vorzuschlagen. Und im Rahmen der letzten Vertreterwahl kandidierten sechs neue, jüngere Mitglieder für die Vertreterversammlung.

Gespräche zur Wohnperspektive

Auch in Chemnitz ziehen junge Leute weg, den Arbeits- und Ausbildungsplätzen hinterher, konstatierte *Gerd Laeßig*, Vorstandsvorsitzender der Wohnungsgenossenschaft *Chemnitz West eG*. Der Altersdurchschnitt ist nicht nur in der Genossenschaft hoch. Die Stadt Chemnitz weist nach Mühlheim a.d.Ruhr den höchsten Altersdurchschnitt in Deutschland auf. Deshalb ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur attraktiven Gestaltung genossenschaftlicher Wohnquartiere für jüngere Mitglieder gefragt und notwendig.

Die Chemnitzer Genossenschafter sprechen bereits mit den Jugendlichen im elterlichen Haushalt über die Gestaltung ihrer Wohnperspektive. Bei Umzugswünschen wird dem Wunsch nach flexiblen Grundrissen möglichst entsprochen und entsprechende Änderungen vorgenommen. Den Freizeitbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen kommen die Chemnitzer mit einem breit gefächerten Angebot im Jugenclub nach.

Anreize zur Mitgliedschaft

Zahlreiche Maßnahmen genossenschaftlichen Marketings präsentierte *Cathleen Prause* von der Wohnungsgenossenschaft *Hoyerswerda eG*. Hoyerswerda leidet unter der zusammengebrochenen Industrie und dem damit verbundenen Bevölkerungsverlust in besonderem Maß. In dem vorgestellten neuen Konzept werden deshalb alle Alters- und Zielgruppen angesprochen. Der Nachbarschaftshilfeverein der Genossenschaft organisiert und koordiniert eine Vielzahl von Freizeitaktivitäten. Unter Gymnasiasten und Lehrlingen wird mit der Erörterung von »Lebensthemen« wie es die Kosten einer Wohnung, ihre Unterhaltung und ihre Einrichtung darstellen, für die Wohnungsgenossenschaft geworben.

Preiswerte Mietangebote für Azubis werden genauso offeriert wie die kostengünstige Vermietung schwer vermietbarer Wohnungen in den fünften und sechsten Etagen an Studenten. Für junge Familien wird erfolgreich das Modell des Mietkaufs angeboten. Am täglich aktualisierten Info-Terminal der Hoyerswerdaer Genossenschaft kann man sich jederzeit über Wohnungsangebote und den Rund-um-Service der Genossenschaft informieren. Als besonderer Anreiz die Mitgliedschaft zu beantragen, werden Mitglieder bei der Mietgestaltung bevorzugt.

Kontinuierliches Erkunden

Auf der Veranstaltung fiel auf, mit welch beständigem Engagement auch kleinere, vor allem auch neugegründete Genossenschaften wie die Wohnungsgenossenschaft *Whyraaue* in Borna, die Wohnungsgenossenschaft *Burgstädt* oder die Wohnungsgenossenschaft in Jena-Lobeda um attraktive Wohnungsangebote für Kinder und junge Familien bemüht sind. Voraussetzung für positive Entwicklungen ist selbst in diesen Genossenschaften das kontinuierliche Erkunden und Aufnehmen der Mitgliederwünsche, das ständige Gespräch mit den Jüngeren und Jugendlichen. Letztere zeigen dann Elan und Initiative, wenn sie mit der Schaufel in der Hand genau den von ihnen ersehnten Spiel- oder Bolzplatz gestalten können.●

TAK AÖ-SOMMERSEMINAR IN OBERURSEL

»Gemeinwirtschaft – Vergangenheit und Perspektiven« und »Bausteine Alternativer Ökonomien«

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein zweiundzwanzigstes Sommerseminar. Auf Grund der guten Erfahrungen findet die Veranstaltung erneut in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel statt. Abgesehen vom abendlichen Kultur- und Diskussionsprogramm, besteht das Seminar aus zwei Schwerpunkten:

Vom 25.08. bis 27.08. findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Auseinandersetzung zum Thema »Gemeinwirtschaft – Vergangenheit und Perspektiven« statt. Ziel ist es, sich vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen mit neuen Möglichkeiten sozialen bzw. gemeinwohlorientierten Wirtschaftens auseinander zu setzen. Vorgesehene Diskussionsbeiträge sind u.a.:

1. Geschichte der Gemeinwirtschaft in Bildern;
2. Gemeinwirtschaft: Vergangenheit, Gegenwart und Perspektiven;
3. Stiftungen: Aktuelle Beispiele gemeinnützigen Wirtschaftens;
4. Soziale Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung Alternativer Ökonomien.

Vom 27.08. bis 03.09.2000 stehen Ideen und aktuelle Entwicklungen Alternativer Ökonomie im Mittelpunkt. Die Kenntnisse und vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden, Improvisation, fundierte Vorträge, intensive Diskussionen und vor allem Experimente nehmen hierbei einen gewichtigen Stellenwert ein. Bisher sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorgesehen:

1. Bausteine einer nachhaltigen Wirtschaft;
2. Qualitätssicherung in selbstverwalteten Betrieben und Projekten;
3. Strukturelemente stabiler Selbstverwaltung;
4. Gemeinschaftliches Eigentum;
5. Existenzgeld – Absicherung durch Grundeinkommen.

Weitere Ideen und Angebote werden gerne aufgegriffen. Das Seminarumfeld und die Gruppe bietet einen angenehmen Rahmen um eigene Überlegungen offen und kompetent zu diskutieren und so Anregungen und Kooperationspartner zu finden.

Der TAK AÖ besteht seit nunmehr über zwanzig Jahren. In der Zeit seines Bestehens hat er so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten, gelegentlich auch vorangetrieben. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen.

Für Rückfragen und Angebote zur inhaltlichen Mitarbeit steht zur Verfügung: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23. Das Programm kann auch angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.●

SEMINARHINWEIS

»Methoden der Vernetzung«

Mai -Seminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) vom 31. 5. bis 3. 6.2000 in Berlin

In den letzten Jahren ist immer wieder zu beobachten, dass zahlreiche Vernetzungszusammenhänge auseinander fallen. Auch scheint generell die Bereitschaft zur Vernetzung in den alternativen Zusammenhängen abzunehmen. Vielleicht werden sie aber auch nur durch neue Vernetzungen, neue Strukturen, Formen und Techniken ersetzt? Ob dies der Fall ist und wie solche neuen Formen der Vernetzung vonstatten gehen, ist Gegenstand des Methodenseminars des TAK AÖ vom 31.05. bis 03.06.2000 in Berlin im Haus am Wannsee. Diskussionsbeiträge sind u.a. »Funktion und Motivation von Vernetzung«, »Europäisches Netzwerk für Lokale Ökonomie« und »Erarbeiten eines Werkzeugkoffer für VernetzerInnen«. Neben den methodischen Fragen werden auch verschiedene Projekte aus Berliner Vernetzungszusammenhängen ganz praxisbezogen besucht. Das genauere Programm kann angefordert werden bei
Karin Schröder, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.

Sammelband: Die Wahrheit über den NATO-Krieg

Fast ein Jahr nach dem Beginn militärischer Gewaltanwendung gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist es für immer mehr Menschen zur traurigen Gewissheit geworden: Die 78 Tage dauernde Gewaltorgie gegen zivile Objekte, gegen die zivile Infrastruktur des Landes und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung war mehr als eine Dummheit (General Dr. Reinhard), mehr als ein Fehler. Sie war ein Verbrechen.

In und mit diesem Krieg wurden unter der unmoralischen Führung der USA die Nürnberger Prinzipien, das allgemeine Völkerrecht, das humanitäre Völkerrecht und die allgemeinen Menschenrechte brutal verletzt; und dies unter dem Signum der Humanität und des Schutzes der Menschenrechte. Die gegenwärtige katastrophale Lage im Kosovo und Metohien spricht den angeblichen Motiven der »westlichen Wertegemeinschaft« Hohn. Sie beweist nachdrücklich das Versagen militärischer Gewalt zur »Konfliktlösung« und die Unfähigkeit von Streitkräften zur Friedensstiftung. Mit dem Willen zur Gewaltbereitschaft und der Organisation aggressiver Gewaltanwendung zur »Verhinderung, Eindämmung und Lösung« von Krisen und Konflikten zieht derzeit die Europäische Union genau die falsche Lehre aus dem desaströsen Jugoslawienfeldzug. Politisch bleibt die EU gegenüber Krisen und Konflikten weiterhin desinteressiert und inaktiv.

Der vorliegende Sammelband basiert im wesentlichen auf der Wiedergabe von Beiträgen eines Internationalen Hearings zu einem Europäischen Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, das am 30. Oktober 1999 in Berlin stattfand – mit 650 Gästen aus 13 Staaten.

Den Gutwilligen unter denen, die meinten, diesen Krieg befürworten oder unterstützen zu sollen, sei er ganz besonders zur Lektüre empfohlen. Vielleicht könnte nochmaliges Nachdenken über Hintergründe, Wirkungen, Zusam menhänge und Folgen der Zerstörung und Vernichtung einer Gesellschaft, die durch ein inhumanes Embargo fortgesetzt wird, dazu führen, die mögliche Rolle militärischer Gewalt für eine friedliche Welt zu überdenken.●

MK

Aus: Die Brücke Nr. 112

Wolfgang Richter, Elmar Schmähling, Eckart Spoo (Hrsg.): Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, GNN Buchversand, Schkeuditz 2000, 271 Seiten, DM 25,–

Schwarze Sonne

Bücher über den okkulten Arm des Nationalsozialismus sind nun in Hülle und Fülle auf dem Buchmarkt. Nachdem dieses Phänomen der Verbindung von Esoterik und Faschismus lange ignoriert worden war, verlangt der Zeitgeist nun nach Aufklärung. Diese Marktlücke wird durch viele spekulative und etliche seriöse Bücher gefüllt. Das vorliegende Buch zählt zur zweiten Kategorie, wenn es auch wenig wirklich Neues bringt. Beteuerungen des Autors, dass die mythologische Komponente des Dritten Reichs »nur unzulänglich untersucht« wurde, zeigen seine Nichtkenntnis der vorhandenen Fachliteratur. Es geht in diesem Buch um die Ariosophie, die Entwicklung einer arierverherrlichenden Religion, die Thule Gesellschaft und um heroisch zurechtgerückte Mythen. Auch die entsprechende Szene nach 1945 wird wieder einmal beschrieben, wobei die Beschreibungen der rechtsextrem-neuheidnischen Musikszene sehr informativ sind. Auch die Ausführungen zum SS-Okkultismus, der in der Wewelsburg stattfand, bieten in dieser Form neue Informationen. Der Bildteil des Buchs veranschaulicht das Thema.●

Roman Schweidlenka

Rüdiger Sünner: Schwarze Sonne. Entfesselung und Missbrauch der Mythen in Nationalsozialismus und rechter Esoterik, Herder, Freiburg im Breisgau 1999

Rechtsextreme Weltverschwörungstheorien

Was bisher kleinen, obskuren Verlagen vorbehalten blieb, heftet sich nun Goldmann auf seine Fahnen: Ein weltverschwörungstheoretisches Buch mit subtilen Anleihen an rechtsextremen Thesen. Man fragt sich, ob der Autor *Frank Sunn* auch wirklich weiß, was er da schreibt. Seine grundlegende, in Staunen versetzende These: Die Apokalypse des Johannes, bekanntlich ein Teil der Bibel, sei nichts anderes als eine Warnung vor dem Internet. Wer »www« eingibt, unterstützt schon den Teufel! Denn laut Kabbala stehe www für 666, bekanntlich die esoterische Zahl des Antichristen. Dazu gibt es Angstmacherei, denn wir alle werden durch schwarze Magie und okkulte Methoden manipuliert und gefügig gemacht. Und Vorsicht: Auch in den Demokratien gibt es geheime KZs!

Soweit der verschrobene Teil des Buches. Schlimmer ist der politische Ansatz: Freimaurer wieder einmal als Weltverschwörer, die noch dazu im Bund mit keinem Geringeren als Satan stehen. Sunn weist immer wieder daraufhin, dass »kritische Bücher zum Thema« im gesamten deutschen Sprachraum verboten werden. Er führt dieselbe Klage wie der bekannte rechtsextreme Weltverschwörungstheoretiker *Helsing*. Zu den »Aufdeckerbüchern« zählt Sunn jene der rechtsextremen Autoren *William Cooper* und *Coralf*. Es geht also um den Schutz rechtsextremer Literatur. Der Leser wird so getäuscht.

Immer wieder zitiert Sunn zustimmend Coralfs Buch »Maitreya«, vor allem dessen wohlwollenden Bezug auf das »Neue Testament Satans«. Damit ist ein Werk des christlich-rechtsextremen Autors *Des Griffin* gemeint, der mit seinem »Neuen Testament Satans« die »Protokolle der Weisen von Zion« rehabilitiert. Die »Protokolle«, die im Dritten Reich eine wichtige ideologische Rolle spielten, wurden von der Wissenschaft als antisemitisches Machwerk entlarvt. So gibt es in diesem Buch einen »Antisemitismus auf dem zweiten Bildungsweg«. Der eine oder andere verunsicherte Leser mag durchaus zu dem angegebenen Buch Des Griffins greifen, der nun auch im *Ewert Verlag* aufgelegt wird. Der Ewert Verlag verlegt die Bücher Helsings und andere weltverschwörerische Spezialitäten. Dass nun derartige Literatur den Weg von einer obskuren Kleinverlagewelt zu Goldmann gefunden hat, setzt das Signal: Rechtsextreme Weltverschwörungstheorien werden salonfähig.●

Roman Schweidlenka

Frank Sunn: 666 – Die Zahl des Tieres im Internet, Goldmann, München, Nov. 1999

Regionale Wertschöpfungsketten

Neue »Perspektiven für eine eigenständige und nachhaltige Regionalentwicklung« zeigt *Ulrich Ermann* auf, und zwar am Beispiel der »regionalen Wirtschaftsverflechtungen fränkischer Brauereien«. Seine Arbeit hat Pilotcharakter, nicht zuletzt weil er einen differenzierten Regionsbegriff entwickelt und eine eigene Methode, um den Grad sowie die Potenziale der Regionalisierung zu bestimmen. Zuvor aber fragt Ermann unvoreingenommen nach den möglichen Zielen und Gründen für die Stärkung von Regionen sowie nach ihren Umsetzungschancen. Er beschreibt vier verschiedene – ökonomische, ökologische, soziokulturelle und politische – Aspekte der Regionalisierung, von denen er den ökonomischen Handlungsansätzen eine »Schlüsselfunktion« zuspricht, ohne die Zielkonflikte zu verschweigen. Kurz, prägnant und verständlich diskutiert er die Widersprüche zwischen neoklassischen, keynesianischen und eigenständig-nachhaltigen Konzepten der Regionalentwicklung, die er mit seiner »ausgewogenen endogen-exogenen Doppelnutzung« – durchaus realistisch – zu überwinden versucht. Hinsichtlich ihrer Realisierung ist Ermann skeptisch bis hoffnungsvoll: wenn verstärkte regionsinterne Wirtschaftsbeziehungen höhere Kosten verursachen, lassen sie sich in einer Marktwirtschaft nur dann verwirklichen, wenn sie über ein »Hochqualitäts-Image« verfügen oder unter den Abnehmern einen »Solidaritätseffekt« auslösen. Vor diesem Hintergrund befragt Ermann verschiedene Experten sowie die Inhaber bzw. Leiter von rund 60 Brauereien im fränkischen Städtedreieck zwischen Bamberg, Bayreuth und Erlangen bzw. Nürnberg/Fürth nach mehreren strukturellen Merkmalen und vor allem nach ihren Input- und Output-Wertschöpfungsketten, d.h. nach ihren Zulieferbeziehungen und Absatzwegen. Diese Wertschöpfungsketten werden von Ermann in ihrem finanziellen Umfang eingeschätzt und räumlich verortet. Dabei unterscheidet er fünf, eher starre »Regionalitätskategorien« (von lokal bis global), denen er einen flexiblen, branchenspezifischen Regionsbegriff gegenüberstellt. Schließlich betrachtet Ermann »Kopplungsprodukte«, insbesondere die Verknüpfung der einzigartigen fränkischen Brauerei-Landschaft mit Freizeit und Fremdenverkehr, bevor er eine ganze Reihe fundierter Verbesserungsvorschläge skizziert.

Insgesamt ist Ermanns Arbeit nicht nur eine wichtige Pilotstudie, die vorführt, wie realitätstaugliche und situationsgerechte Regionalisierungskonzepte entwickelt werden müssen. Darüber hinaus bietet Ermann interessante Einblicke in die Grundzüge des Bierbrauens und die Sorten- bzw. Geschmacksvielfalt der fränkischen Landbiere. Er macht aufmerksam auf regionale Besonderheiten, wie Lohn-, Klein- und Kleinstbrauereien, das bäuerliche Hausbrauwesen sowie auf die Bierkeller, die früher in bewaldeten Hängen außerhalb der Ortschaften angelegt wurden, um Bier zu lagern, und an denen heute in reizvoller Umgebung Bier ausgeschenkt wird. Ermanns Studie ist aber nicht nur für die FreundInnen des Bieres und BesucherInnen des Frankenlandes, sondern als Beispiel interessant für alle, die sich für eine eigenständige und nachhaltige Regionalentwicklung einsetzen.●

Ulrich Häpke

Ulrich Ermann (1998): Regionale Wirtschaftsverflechtungen fränkischer Brauereien. Perspektiven für eine eigenständige und nachhaltige Regionalentwicklung, Erlanger geographische Arbeiten, Sonderband 25, 108 Seiten, Selbstverlag der Fränkischen Geographischen Gesellschaft, Kochstr. 4/4, D-91054 Erlangen, DM 24,80

Journal der Jugendkulturen

Das Berliner *Archiv der Jugendkulturen* hat neben seiner Produktion von Büchern seit November 1999 auch eine eigene Zeitschrift namens »Journal der Jugendkulturen«. Das Heft – übrigens wie die Bücher – im praktischen Format von 21 x 21cm, wartet mit zwei Schwerpunktthemen auf: Der Girl-Faktor im Panorama der Jugendkultur von Beate Großegger und »Der Westen betreibt Ost-Ethnologie«, wie Jugendliche die Wiedervereinigung erlebt und verarbeitet haben.

Neben diesen Schwerpunktthemen gibt es auch Mitteilungen über Projekte und Initiativen, Tipps zum Hören und 30 (!) Seiten aktuelle Literaturtipps rund um das Thema Jugendkultur, welche natürlich gleichzeitig Teile der Bibliothek des Archivs repräsentieren. Die Themen reichen von Erzählungen, Antifa, Hooligans, Sience-Fiction, Umwelt, Internet usw. usw.

Alles in Allem nicht nur was für Berufsjugendliche oder solche, die von Berufswegen mit Jugendlichen zu tun haben. Das 2. Heft erscheint im Mai 2000. Das Archiv der Jugendkulturen und das Journal ist inzwischen auch im Internet unter www.jugendkulturen.de, wo die Texte der Halbjahresschrift auch nachlesbar sind, vertreten. Außerdem finden sich hier über 100 Buchrezensionen zum nachlesen. Also weniger über die Jugend jammern, hier gibt es die Infos.●

Jochen Knoblauch

Journal der Jugendkulturen, Verlag Thomas Tilsner, Bad Tölz, 72 Seiten / 15,– DM
Herausgeber u. Bezug:
Archiv der Jugenkulturen, Fidicinstr.3, D-10965 Berlin

Food-Coop Handbuch

Endlich ist es erschienen, das lange angekündigte Handbuch von und für Food Coops; herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen. Erstellt wurde das Handbuch, das sich als Leitfaden vor allem bei der Neugründung von Einkaufsgemeinschaften für ökologische und/oder regionale Lebensmittel versteht, von Coop-AktivistInnen, die viel Praxiserfahrungen einfließen lassen. Aber auch bestehende Food Coops dürften noch etliche Tipps und Anregungen zu Bestell- und Abrechnungssystemen oder anderen praktischen Themen entdecken. Neben der Vorstellung verschiedener Coop-Modelle geht es um Gründung, Ladenräume und -gestaltung, Warenbezug und -abgabe. Weiter werden rechtliche und finanzielle Fragen relativ ausführlich angesprochen, ebenso die (Nicht-)Kommunikation unter den Coop-Mitgliedern. Das Handbuch reizt alle, die mehr und genaueres über Food Coops, ihre Geschichte und ihre Probleme erfahren wollen, zum Schmökern.

In zwei Schlusskapiteln wird versucht, Food Coops und (ökologische) Landwirtschaft in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft politisch einzuordnen. Der Teil über die Entwicklung von Großstrukturen und die Ent-Regionalisierung in Öko-Landwirtschaft und Vermarktung ist ganz gut gelungen. Er zeigt, dass Food Coops eine sehr kleine Möglichkeit sind, den Kontakt zwischen ErzeugerInnen und KonsumentInnen zu bewahren und zu erweitern. Der Trend geht freilich in die andere Richtung: Der neue »Öko-Konsument« will »ideologiefrei« konsumieren, eben nicht saisonal oder regional, Hauptsache es ist »öko«. Die öko-landwirtschaftlichen Anbauverbände machen diesen Trend mit, bzw. erzeugen ihn auch. In der Folge bleiben kleine und bäuerliche Bio-ErzeugerInenn auf der Strecke.

Das Kapitel zur Agenda 21 und zum Nachhaltigkeitsdiskurs kann nur als peinlich bis naiv bezeichnet werden. Zuerst wird ausführlich die offizielle Sicht der Nachhaltigkeit referiert, um dann einige sehr laue Kritikpunkte anzuführen. Vermutlich ist die Literatur zur Kritik der Nachhaltigkeit den Handbuch-AutorInnen unbekannt. Das ist schade, denn mit Texten von Jörg Bergstedt, Ulrich Häpke, Christoph Gesang oder von AutorInnen aus dem Spektrum des BUKO liegen Arbeiten vor, die Nachhaltigkeit als auf Integration und Zerstörung sozialer Bewegungen angelegten Herrschaftsdiskurs analysieren und dies auch anhand von Landwirtschaft und Regionalentwicklung nachweisen. Die Unkenntnis zeigt sich dann auch in den Literaturtips, wo Titel, die aus der Sicht der bäuerlichen Landwirtschaft argumentieren oder Nachhaltigkeit nicht nur »kritisch begleiten« wollen, sondern grundsätzlich ablehnen, fast völlig fehlen. Hier wäre der viel zitierte Blick über den Tellerrand wirklich angebracht gewesen, hätten dadurch doch weiter gehende Perspektivfragen aufgeworfen und diskutierbar gemacht werden können. Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 können für Food Coops, wenn sie den Gedanken, aus denen sie einmal entstanden sind, treu bleiben wollen, kein Bezugspunkt sein, an den mensch positiv anschließen kann.●

Bernd Hüttner

Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen (Hrsg.): Das Food-Coop Handbuch. Gemeinsam ökologisch handeln; Bochum 2000, 112 S., ISBN 3-00-005371-9
(Einzelbestellungen gegen 20 DM Vorkasse bei MAUS, Postfach 1818, D-36228 Bad Hersfeld)

In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen (BAG) sind zurzeit 25 Food Coops Mitglied, 200 sind bei ihr registriert. Wenn mensch die Einkaufsgemeinschaften ohne Laden und Vorratshaltung mit zu den Food Coops zählt, dürfte die Zahl der Coops in der BRD leicht das fünf- bis fünfzehnfache erreichen. Die BAG hat sich die Förderung des kontrolliert biologischen Anbaus von Nahrungsmitteln durch Schaffung weiterer Absatzmöglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen und kleinräumige Vermarktungsstrukturen und die Schaffung eines kritischen Bewusstseins von VerbraucherInnen auf ihre Fahnen geschrieben.

Einen kurzen Leitfaden zur Gründung einer Food Coop gibt es laut BAG im Internet unter www.lebensmittelkooperativen.de. Adresse der Bundeskontaktstelle der BAG: c/o Annette Hoffstiepel, Im Mailand 131, D-44797 Bochum.

Einkaufen verändert die Welt

Dieser neue Ratgeber für den Einkauf legt Inhaltsstoffe wichtiger Nahrungsmittel offen, zeigt Hintergründe von Produktion, Verarbeitung und Handel auf und bietet Alternativen an, die als Entscheidungsgrundlage beim täglichen Einkauf dienen können. Ob Margarine, Gewürze, Kaffee oder Schokolade: Deutlich wird, welche Auswirkungen Einkaufs- und Ernährungsgewohnheiten auf unsere Umwelt und die Entwicklung der Länder der »Dritten Welt« haben. Deutlich wird aber auch, dass sich verantwortlicher Einkauf und Genuss nicht widersprechen, sondern vielmehr auf Dauer Hand in Hand gehen müssen.

Die AutorInnen liefern praktische, produktbezogene Tips zur Abfallminderung sowie einen Überblick zu den Verbindungen und Aktivitäten der wichtigsten in Deutschland aktiven Lebensmittelkonzerne und Handelsketten.

Schließlich zeigen sie auf, was hinter den Begriffen ökologischer Landbau und Fairer Handel steckt und welche vielfältigen Möglichkeiten beide für eine grundsätzliche Veränderung unserer Ernährung bieten.●

dp

Einkaufen verändert die Welt – Die Auswirkungen unserer Ernährung auf Umwelt und Entwicklung. Schmetterling Verlag, 125 S., 14,80 DM / 108 öS, 14 sFr, ISBN 3-89657-006-4

Biohof-Urlaub

Wer im Jahr 2000 Urlaub auf einem Biohof machen will, wird auf jeden Fall im aktuellen Reiseführer »Urlaub auf Biohöfen in Deutschland« fündig. Hier sind genau 180 Biohöfe von der Insel Rügen bis zu den Alpen detailliert beschrieben und können direkt per Anruf auf dem Hof gebucht werden. Das bietet kein anderes Buch.

Dem Reiseführer können Übernachtungspreise, Verpflegungs- und Freizeitmöglichkeiten, Besonderheiten der jeweiligen Höfe sowie eine Wegbeschreibung entnommen werden – verbraucherfreundlicher geht es kaum. Touristen können so in aller Ruhe zu Hause die Höfe vergleichen. Mit Unterstützung der EU-Generaldirektion für Verbraucherschutz (Brüssel) wurden zusätzlich alle Biohöfe auf ihre Kinderfreundlichkeit und Umweltverträglichkeit getestet: Die Ergebnisse dieses Qualitätstestes wurden im Buch veröffentlicht. »Qualität durch Transparenz«, das ist eine wichtige Basis im ECEAT-Projekt.

Matthias Baerens (ECEAT Deutschland): »Urlaub auf Biohöfen ist nicht nur eine tolle Idee für Familien mit Kindern. Diese Form des Tourismus unterstützt auch den ökologischen Landbau in Deutschland.« Herausgegeben wird der Reiseführer vom European Centre for Eco Agro Tourism (ECEAT) und dem Umweltverband GRÜNE LIGA M-V e.V. in Schwerin.

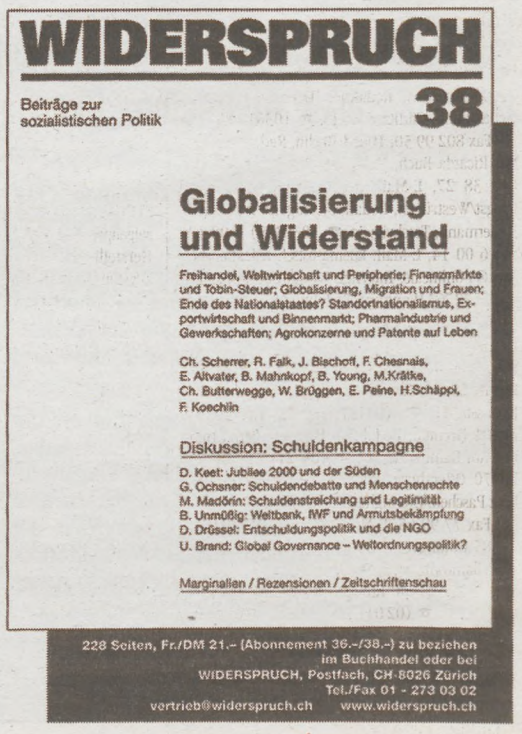
Begründet wurde das ECEAT-Projekt in Polen. Touristen aus dem »Westen« als Belohnung für die Umstellung des eigenen Bauernhofes auf Bioanbau – das war die Ursprungsidee. Die polnischen Biobauern suchten sich 1992 Partner in den Niederlanden. In der Zwischenzeit ist ECEAT in etwa 20 Ländern in Europa präsent. Für fast alle Länder gibt es eigene Reiseführer, die Touristen über Urlaubsangebote auf Biohöfen informieren. Das ECEAT-Projekt fördert den sanften Tourismus und die ökologische Landwirtschaft.

Der etwa 230 Seiten umfassende Reiseführer für Deutschland kostet 18 Mark (zzgl. 4 Mark Versand). Er kann telefonisch, per Fax, im Internet oder einfach per Post bestellt werden und ist auch im Buch- und Naturkosthandel erhältlich.●

ub

Bestellungen bei:
blattgrün buchversand, Postfach 11 06 45, D-19002 Schwerin, Tel.: (03 85) 56 29 18, Fax: 56 29 22
E-Mail: info@biohoefe.de
www.biohoefe.de

Anzeige



JOBS

Café Ruffini, Münchner Kollektiv, sucht GastronomIn (Vollzeit) und Aushilfe (Wochenende).
☎(0 89) 16 11 60

PROJEKTE

»TRÄUME NICHT DEIN LEBEN, LEBE DEINEN TRAUM«
Der Reinighof (23jähr. Projekt) sucht Einsteigerinnen, gerne mit Kindern für wunderschönen Platz (Insellage). Einstieg in schon vorhandene Bereiche möglich: Textielb., Finanzen, Landwirtschaft. Für evtl. vorh. und passende Konzepte ist Raum vorhanden.
Wir freuen uns auf Dich!!!!!!!
Der Reinighof, D-76891 Bruchweiler
☎(0 63 94) 13 78

Sehr einfacher Selbstversorgerhof (Alleinlage) sucht Menschen. Raum für kl. Gemeinschaft, Selbstbestimmung und Konflikte gegeben. Notwendigkeit, Räume zu schaffen auch.
Eva (50) ☎(0 67 89) 72 43

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.
Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail: projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

Großkommune in Südwestdeutschland:
Gründungsgruppe (nahe dem Objektkauf) sucht weitere Menschen, die sich am Aufbau der Kommune beteiligen – sowie Leute, die ihr Geld »sauber« anlegen wollen und ein Darlehen geben für den Kauf des Geländes.
Peter, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
Fax (0 56 05) 80 07 40

Maschinenbau- & Elektrotechnik-HandwerkerIn

Wir sind ein Betrieb in Selbstverwaltung mit 10 MitarbeiterInnen im Wasserkraftanlagenbau (Turbinen, Wasserräder, Schaltanlagen/Steuerungen und Stahlbau) und bundesweit aktiv.

Wir suchen zur Verstärkung eine/n Neue KollegIn für die mechanische Bearbeitung/Fertigung/Montage sowie eine/n Neue KollegIn für den Bau und die Montage von Schaltanlagen/Steuerungen.

Kontakt: Klaus Sommerkorn,
HydroWatt Wasserkraft- und Energiegewinnungsanlagen GmbH
in Karlsruhe
☎ (07 21) 955 32 48 · Fax 59 36 70
E-Mail: hydrowatt@t-online.de · Internet: www.hydrowatt.de

AUSBILDUNG

Ausbildung 2000! Der neue Lehrstellenkatalog mit über 1.200 Ausbildungsplätzen bundesweit ist da.
Gunter Schreyer, Annaberger Str. 19, D-09111 Chemnitz
☎(03 71) 644 63 98 (13-16 Uhr)
GunterSchreyer@aol.com
Lehrstellen@aol.com

AKP 2/2000
Schwerpunktthema:
Kommunale **SPORT**-politik

Aus dem Inhalt:

Stiefkind Sport – Zur Situation der kommunalen Sportpolitik

Sportvereine: Bündnispartner oder Bremser?

Ein Spiel dauert länger als 90 Minuten – Fan-Projekte und -Initiativen

Platz da – jetzt kommen wir! Mädchen und Frauen im Sport

Die Stadt als Bewegungsraum: Flächen für Sport und Freizeit

Sportanlagen im Öko-Check

Kommunale Bäder: Freizeitangebot mit Zukunft

Von Traktor Suhl ins Fitness-Center – Zur Entwicklung des Breitensports in Ostdeutschland

Einzelheft: 12,50 DM (zzgl. Versand)
Jahresabo (6 Hefte): 75 DM
Alternative Kommunal Politik
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
E-Mail: AKP-Redaktion@t-online.de
Internet: www.gruene.de/akp-redaktion

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...

Seit dem 19.12.99 sitzen Axel H., Harald G. und Sabine E. auf Grundlage des terroristischen §129a in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen eine Beteiligung an Aktionen der RZ/Rote Zora gegen die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik aus den 80er Jahren vor.

Für die Kampagne zur Freilassung der drei brauchen wir in den nächsten Monaten dringend Spenden für Rechtsanwältinnen, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit.

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!

Solikonto: Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"

Infos unter: www.freilassung.de

DER RABE RALF

Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der Umweltszene, von Naturschutz & Umweltpolitik bis Wirtschaft & Widerstand, dazu Bücher, Kochrezepte, Tips, Termine & Adressen

für 20 DM pro Halbjahr fliegt DER RABE RALF ins Haus.
Kostenlose Probenummer:
GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33
e-mail: raberalf@grueneliga.de
http://www.grueneliga.de/berlin

iz3w

▸ **Malestreaming Gender?** Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik

- Theoretischer Subtext des Gender-Diskurses
- Postkoloniale Kritik
- Frauenorganisationen im informellen Sektor
- Genderansatz in der Praxis
- Service-Teil mit Literatur, Adressen und Links

Sonderheft der iz3w und des ASA-Programm-Büros, 52 S., DM 6,-

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (07 61) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org · Internet: www.iz3w.org

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISISTISCHE BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

- Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Ausgedient? Nachrichten vom 'Waren-Leben im Falschen' im »Betriebsspiegel«
- Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

O Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
FAX (069) 82 11 16
EMAIL: EXPRESS-AFP@T-ONLINE.DE

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT–wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

PROBEHEFT

Direkte Aktion
c/o DFG-VK
Vogelsbergstr. 17
60316 Frankfurt

In der Türkei sind über 3500 kurdische Dörfer zerstört, 37000 Menschen sind getötet worden. Die türkische NATO-Armee führt einen Krieg gegen die um Selbstbestimmung kämpfenden KurdInnen - auch mit deutschen Waffen. Vier Millionen KurdInnen sind, ihrer Existenzgrundlagen beraubt, auf der Flucht. Allein in der BRD leben eine halbe Million kurdischer Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Viele sind von Abschiebungen bedroht. Sie müssen als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden und ein Aufenthaltsrecht erhalten. Der Kurdistankonflikt muß politisch gelöst werden.

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

AKTION 3.WELT Saar, Postfach 1133, 66674 Losheim
Plakate DIN A 2, 2-farbig (0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse zzgl. Porto: (bis 50 Ex. 6,90 DM, ab 50 Ex. 10 DM)
Kto. Nr:15967660, BLZ: 590 100 66 (Postbank Saarbrücken)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

gesund leben und einkaufen
von Abfallberatung bis Zimmereien

zum Entdecken und Stöbern: aktuelle Ideen, Projekte, Tipps, Behördeninfos, Adressen

weitere Ausgaben für HAMBURG · BERLIN · HESSEN · SCHLESWIG-HOLSTEIN · NIEDERSACHSEN/BREMEN

Hg. *BUND* · Infoline: 02102-9106-0
Verlag DAS *grüne* BRANCHENBUCH
Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077
www.gruenes-branchenbuch.de

Frisch im Zeitschriftenhandel und in Ihrem Naturkostladen

ANTIFA-VERSAND SCHWARZ ROT

Der neue Katalog ist da!

Aufkleber, Plakate, Anstecker, CDs, Aufnäher, Tapes, Broschüren, T-Shirts, Spuckies, ...

Katalog gegen 2,- Rückporto bei
Antifa-Versand Schwarz-Rot Engeldamm 68 · 10179 Berlin

SoZ

Die SoZ – Sozialistische Zeitung **bringt 14-tägig Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn.**

Kostenlose Probeausgabe bestellen!

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln · Fon (02 21) 9 23 11 96
Fax 9 23 11 97 · E-Mail <soz@link-lev.de> · Webside <www.soz-plus.de>

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift
11. Jahrgang, Nr. 41, März 2000, 224 S.

Umbrüche: Arbeit, Lebensweise, subjektive Verarbeitung
Pickshaus – Arbeiten ohne Ende / Stolz-Willig – Arbeit und Geschlechterverhältnis / Bell – NRW: Umbruch im sozialdemokratischen Kernland / Chrapa – Lebensweise und Lebensgefühl in Ostdeutschland / Werner – Bewußtseinsform des Wettbewerbkorporatismus

Medienherrschaft und Informationsgesellschaft
Bourdieu – Die wahren Herren der Welt / Briefs – Mythos „Informationsgesellschaft"

Und: Bischoff / Hüning – Kapitalismuskritik und moderner Sozialismus. Thesen zur Programmdebatte / Peter – Bourdieus Intellektuellentheorie / Holz – Dialektik im Lichte ihrer Geschichte / Unger – Kosovokrieg und die Presse
Berichte: Ideologie / DDR-Geschichte / Leo Kofler / Gewerkschaftslinke / Friedensforum / Afrika / Finanzkrisen
Rezensionen: Moderner Kapitalismus / Kapitaleinführung / Rassismus / Neue Rechte / Balkankrieg / Vietnam / 48er Revolution u.a.
Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl.Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z: Postfach 500 936 · 60397 Frankfurt · Tel. / Fax: 069 / 53 05 44 06

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **45127 Essen, Redaktion Ruhrgebiet,** Volker Windisch, Flashoffstr. 6, ☎ (02 01) 320 55 57, E-Mail: V.Windisch@gmx.de; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netzhessen@t-online.de; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24,** ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und **Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19,** ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen,** Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10829 Berlin,** Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: DetlefBansamir@gmx.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt_sa@apg.webnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19,
69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Los geht's:
Selbstbestimmt leben
– Gruppen gründen
Auch an Pfingsten 2000 (8.-12.6.) lädt die Kommune Niederkaufungen wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 300 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

MEDIENARBEIT

Homepage mit HTML
Hilfreich für das Bearbeiten einer Homepage sind Kenntnisse in HTML (=Hyper Text Markup Language). Auf diesem Seminar entwerfen Sie Seiten für das Internet mit dieser Seitengestaltungssprache. Dabei binden Sie Grafiken ein und setzen »Links« und »Anker«.
Voraussetzung:
Internet-Grundkenntnisse
Termin: 25.5.2000
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
www.baysem.de

Die Online-Zeitschrift
Vom Konzept zur regelmäßigen Online-Publikation
Online ist die Kundenbindung noch wichtiger: mit regelmäßigen Newsletters oder gut aufbereiteten Informationen im World Wide Web für Kunden, Mitarbeiter, Interessenten. Wie konzipiert, wie textet man eine Online-Zeitschrift? Wie oft soll sie aktualisiert werden, welches Design ist dem Medium angemessen? Wer setzt die Online-Zeitschrift um: die eigenen Mitarbeiter oder eine externe Agentur? Was kostet das Design, der Web-Space, der Domain-Name?
Termin: 22.-24.5.2000

Layout mit Quark Xpress
Einführung in die Seiten-, Text- und Bildgestaltung
Was gutes Layout ist, wissen sie – aber wie sagen Sie es dem Computer? Mit dem rahmenorientierten Layout-Programm Quark Xpress können sie Texte und Bilder kombinieren, das Layout für ein- und mehrseitige Dokumente festlegen, mit Musterseiten und Stilvorlagen arbeiten. Computerkenntnisse erforderlich.
Termin: 5.-7.6.2000

Image und Öffentlichkeit
Von der Visitenkarte zur eigenen Broschüre
Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muss seiner Zielgruppe Ziele und Persönlichkeit der eigenen Einrichtung mit positivem Image nahebringen. Corporate Image: Wie sorgt man für eine einheitliche Darstellung nach außen? Corporate Design: Was gilt für Drucksachen und Kommunikationsmittel? Wie setzt man Farben, Logos, Formate ein?
Termin: 29.-30.5.2000
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

Gesucht: RadioaktivistInnen
Radio Quer sendet auf UKW 106,6 MHz und fahndet nach Leuten, die noch mitmachen wollen.

Radio Quer ist ein lokal organisierter, politisch unabhängiger und nichtkommerzieller Radiosender in Mainz. Das bedeutet konkret: Musik jenseits des Mainstreams. Engagierte und ausführliche Wortbeiträge. Keine Werbung. Unkonventionelle Sendeformate und Inhalte. Und vor allem: Freier Zutritt für alle.
Vom **23. Mai bis zum 16. Juni 2000** sendet Radio Quer im Rahmen der Ausstellung »Kinderleicht und Jugendfrisch« live aus dem Gutenberg-Pavillon in Mainz. Geplant sind Polit-Magazine, Kulturbeiträge, Hörspiele, Lesungen, Berichte über die Gutenberg-Ausstellung, Kindersendungen, Kabarett und natürlich (teilweise live!) Musik verschiedenster Herkunft und Ausrichtung.
Für unser Programm brauchen wir noch viele, viele MitstreiterInnen. Vorkenntnisse sind nicht nötig. Wer Lust auf Radiomachen hat, der sei herzlich willkommen. Jeden Montag um 20 Uhr in der Bürogemeinschaft 42, Kaiser-Wilhelm-Ring 11 in Mainz.

Info: Radio Quer, Postfach 30 48, D-55020 Mainz
☎(01 72) 10 99 54 (Pierre)
Fax (0 61 31) 61 64 37
E-Mail: radio-quer@gmx.net

ÖKODORF-INSTITUT

14.-16. April Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der Delphin-Gemeinschaft im Schwarzwald
19.-21. Mai Die Inneren Fesseln sprengen – Einsteigerseminar zur Visionssuche, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung in der Delphingemeinschaft Schwarzwald.
6.-12. Juni ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft am Bodensee.
12.-19. August ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft bei Mainz
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33,
D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

RADIKAL REISEN

Russland – Moskau:
»Grund- und Freiheitsrechte«
Als neue Partnerorganisation werden wir uns die Jugend von JABLOKA anschauen und uns mit ihnen über die Lage Russlands vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen unterhalten. Den thematischen Schwerpunkt der Reise bildet der Bereich der (neu erworbenen bzw. zugestandenen) Grund- und Freiheitsrechte. Es sind Treffen mit Kriegsdienstverweigerern (und entsprechenden Unterstützungsorganisationen) sowie mit kritischen JournalistInnen geplant.
Termin: 20.-31.8.2000

Stadtpolitik und Demokratie in New York City
In den letzten Jahren hat sich die Debatte um die Zukunft der Innenstädte insbesondere (aber nicht nur) der Metropolen weltweit verschärft. Einerseits wird der Verlust öffentlichen Lebens in den Städten beklagt, andererseits werden die Bestimmungen über das Verhalten im noch existenten öffentlichen Raum in den Innenstädten immer restriktiver. Bei diesen, sich nun auch in deutschen Städten immer stärker durchsetzenden Tendenzen dient New York den deutschen Politikern als Vorbild.
Im Rahmen der Reise nach New York sollen die mit dem Argument der zunehmenden Standortkonkurrenz legitimierten Konzepte der Stadtpolitik in den Innenstädten der Metropole untersucht werden. So sollen zunächst die verfolgten Konzepte im Umgang mit dem städtischen Raum betrachtet werden: Vermarktung des öffentlichen Raums, Verbrechensbekämpfungspolitik, Umgang mit ethnischen Minderheiten und verschiedenen sozialen Gruppen und die Beschneidung von Freiheitsrechten aufgrund stadtpolitischer Interessen. Danach sollen unterschiedliche Gruppierungen besucht werden, die sich entgegen der offiziellen Politik mit dem Erhalt des öffentlichen Raums als Grundlage einer demokratischen Öffentlichkeit auseinandersetzen (Obdachlosenprojekte, Hurenorganisationen, studentische Gruppen, Reclaim-the-Streets-Organisationen, Stadtteilgruppen etc.)
Termin: 17.-29.9.2000

Israel – Tel Aviv und Jerusalem
Postzionismus und Erinnerung
Um sich dem Gegenstand zu nähern, soll zunächst eine Auseinandersetzung mit der spezifischen Entstehungsgeschichte des Staates Israel mit besonderem Schwerpunkt auf die Rolle der Diaspora und des Holocaust bei der Gründung des Staates vor 51 Jahren geführt werden. Anlaufpunkte dafür können die Museen Beth-Hatefusot in Tel Aviv, in dem 2.500 Jahre jüdisches Leben in der Diaspora plastisch dargestellt wird, und Yad Vashem in Jerusalem sein. Darüber hinaus soll mit VertreterInnen unserer Partnerorganisation und HistorikerInnen dieser Prozeß diskutiert werden.
Inwieweit die kritische Betrachtung der Gründerphase Israels, gerade im Hinblick auf die Rolle, die dem Holocaust zugewiesen wird, durch die »postzionistischen« Historiker im Kontext der Veränderung des geopolitischen Gleichgewichts im Nahen Osten interpretiert werden kann, sollte Teil der Diskussion sein. Diese Auseinandersetzung gilt es gerade mit dem Hintergrund der aktuellen Erinnerungspolitik in Deutschland kritisch zu führen.
Termin: 18.-28.9.2000
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

JUNGE LINKE

Birth, School, Work, Death
oder: Das Leben lebt nicht
Seminar über den bürgerlichen Alltag
Termin: 19.-21.5.2000

Marx ist tot – Na und?
Marxismusseminar »Pfingsten«
Termin: 9.-12.6.2000

Kuba
Alptraum?
Überbleibsel?
Hoffnung?
Gegen wen haben Castro und GenossInnen damals eigentlich Revolution gemacht – und warum? Was haben die kubanischen KommunistInnen versucht, und warum haben sie das sowjetische Modell übernommen? Was waren die Unterschiede in Revolutionstheorie und Sozialismus-Verständnis und warum fielen sie hinten runter – und wie schade war das?
Eine Kritik des Realsozialismus und des Marxismus-Leninismus, die mal was anderes zu bieten hat, als »Menschenrechtsverletzung«, »keine Bananen« und Fraaaihaaiiit, ist das einzige was zählt« (Westernhagen), und trotzdem was zur Schwulenverfolgung, Knästen und Geheimpolizei zu sagen hat.
Was ist die spezielle Periode, die Kuba gerade durchmacht? Was bleibt vom kubanischen Sozialismus, wenn er nur noch in Nationalismus und Krisenverwaltung aufgeht? Oder tut er das gar nicht? Was tun Linke, wenn sie sich heute auf Kuba positiv beziehen? Und was tun wir, wenn wir es von links kritisieren?
Termin: 7.-9.7.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 69035 Heidelberg

☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Spektakel 2000:
Die Zähne zeigt, wer das Maul aufmacht!
Was sich früher rechts nannte, ist heute die neue Mitte. Was sich heute alternativ nennt, ist tatsächlich rechts-alternativ (Grüne, taz). Auschwitz wird als Grund angegeben, um einen Krieg zu führen. Antifaschismus bedeutet Bomben. Gleichzeitig ist der Staatsfeind immer noch die Linke, unabhängig ob der guten Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien.
Immer weniger Menschen gehen wählen, weil sie einsehen, dass Änderungen so nicht zu erzielen sind. Die Struktur des Staates, dieser Demokratie wird nicht in Frage gestellt.
Durch Medien wird den BürgerInnen ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis suggeriert, damit der Staat seinen restriktiven Sicherheitsapparat weiter ausbauen kann.
Und die hohe Arbeitslosigkeit liegt angeblich nicht an der Globalisierung und der Politik, sondern schlichtweg an den AusländerInnen, denn irgend jemensch muss ja schuld sein.
Schluss mit der Verdummung der Bevölkerung! Schluss mit der rassistischen, kapitalistischen und antidemokratischen Politik!
Wir wollen auf dem »Spektakel« nicht mehr unser Maul halten, sondern es aufreißen. Wir werden Zähne zeigen und mittels Theorie und Praxis das Handwerkszeug erlernen, uns eine Zange zu formen, um die Zähne der Herrschenden zu ziehen!
Termin: 2.-4.6.2000 in Wuppertal

Europa ohne Grenzen
Zu Europa scheint häufig alles gesagt worden zu sein. Vor allem im Asylbereich. Zu den Schlagworten Festung Europa und Schengen haben die meisten eine diffuse Vorstellung. Die Asylpolitik hat sich in den letzten Jahren immer weiter auf die europäische Ebene verlagert und der Trend ist längst nicht abgeschlossen. Nun reicht aber ein generelles Unbehagen an der europäischen Asylpolitik nicht aus. Um die notwendigen Abwehrkämpfe gegen eine rassistische Flüchtlingspolitik führen zu können, ist es nötig, zu wissen, wie die Festung funktioniert. Um Asylrecht und Asylpolitik im europäischen Kontext soll es auf diesem Seminar gehen. Es wird eine Einführung in die europäische Asylpolitik geben und eine Vorstellung von Flüchtlingsbewegungen in anderen europäischen Ländern. Außerdem soll die Situation in den Dritt- und Viertstaaten betrachtet werden. Daneben wird viel Raum bleiben für Diskussion über Asyl in Europa.
Termin: 26.-28.5.2000, Schwerte

Aktionsformen linker Umgang mit Medien, Gewalt und Polizei
Jeder Mensch ist in unserer Gesellschaft von Geburt an vielfältigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen unterworfen. Diese sind für uns so selbstverständlich geworden, dass wir sie gar nicht mehr hinterfragen. Die Medien suggerieren uns ein heiles Weltbild. Mit welchen Mitteln und Methoden können wir die Menschen wieder zum denken anregen und unsere Inhalte sinnvoll transportieren?
Wir Linken sind vielfältiger Gewalt ausgesetzt. Was ist Gewalt überhaupt und welche Ursachen rufen sie hervor. Noch viel wichtiger ist aber, wie gehen wir mit Gewalt um und wie können eigene gewaltfreie Aktionen aussehen? Wann sind gewaltfreie Aktionen einsetzbar und sind sie immer das Non-plus-ultra? Und zum guten Abschluss: wie gehen wir mit der Polizei um? Welche Rechte haben wir? Wie verhalten wir uns auf Demos und wie, wenn wir festgenommen werden?
Auf dem Seminar setzen wir uns mit der Kommunikationsguerilla, dem gewaltfreien Aktionstraining und der Rechtshilfe auseinander.
Termin: 26.-28.5.2000

Unordnung in die Ordnung bringen
EinsteigerInnenseminar zu philosophischen Gesellschaftsperspektiven
Auf diesem Seminar soll es darum gehen, Stationen der Geschichte der Philosophie einmal aus einem anderen Blickwinkel kennen zu lernen. Von der ersten Station Aristoteles und seinem Satz »vom zu vermeidenden Widerspruch« über Immanuel Kant und die Aufklärung soll uns eine rasante Reise durch die Zeit bis hin zu Karl Marx, Theodor W. Adorno und Michel Foucault bringen. Unsere Perspektive hat dabei emanzipatorischen Anspruch: Welche Gedanken lassen sich in bezug auf die Idee einer freien und gerechten Gesellschaft der Individuen finden? Die bei der Betrachtung in der Regel vernachlässigte feministische Perspektive soll ebenfalls nicht zu kurz kommen. Nicht nur der kritische Standpunkt der Betrachtung unterscheidet unser Vorhaben jedoch fundamental vom schulischen Philosophieunterricht, sondern auch die Art und Weise der Auseinandersetzung, in der Texte zusammen erarbeitet und diskutiert werden sollen. Ohne Zweifel wird auch genug Zeit bleiben, eigene brennende Fragen zu erörtern.
Termin: 21.-25.6.2000, Castrop-Rauxel
Info: JD/Junge Linke NRW,
Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

SOMMERCAMPS

Wendland-Sommercamp vom 22.-30. Juli 2000. Info Verdener Umweltwerkstatt, Atilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71

Nur tote Fische kommen in die Zeitung, wilde Fische fliegen
Antinationales & linksradikales Sommercamp
Termin: 22.7-6.8.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Radikaldemokratisches Sommercamp
Termin: 23.7.-6.8.2000 an der Ostsee
Info: JD/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

Anarchistisches Sommercamp
Termin: 21.-30.7.2000 bei Berlin
Info: Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, D-10247 Berlin
☎(0 30) 42 01 72 86, Fax 42 01 72 81
E-Mail: acamp@jpberlin.de
Internet: http://travel.to/acamp

SOMMERSCHULE

In der Arbeit von Dritte-Welt-Gruppen und -Initiativen hat sich in den letzten Jahren sehr viel verändert: andere weltpolitische und weltwirtschaftliche Konstellationen auf globaler Ebene, Weltmarktanpassung der sog. Entwicklungsländer, Abschied von Entwicklungskonzepten überhaupt; und auch die »konkrete Arbeit vor Ort« ist von neuen Strategien geprägt: Lokale Agenda 21, Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Kampagnen stehen aktuell im Vordergrund.
Unter dem Handlungs- und Aktionsdruck des Alltags in Dritte-Welt-Gruppen kommt die intensive Auseinandersetzung mit Themen und Problemen oft zu kurz. In der Entwicklungspolitischen Sommerschule wollen wir uns in ruhiger Atmosphäre und schöner Umgebung ausführlich (entwicklungs-)politisch, ökonomisch und (befreiungs-)theologisch weiterbilden und uns mit Schwierigkeiten und Perspektiven von Dritte-Welt-Arbeit auseinandersetzen. Eingeladen sind Engagierte und Interessierte aus der Dritte-Welt-Arbeit.
Termin: 28.7.-7.8.2000, Klein-Schwarzlosen / Sachsen-Anhalt
Information & Anmeldung:
Institut für Theologie und Politik,
Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax 52 47 88

CUBA-SOLIDARITÄT

Wie jedes Jahr seit bald einem Jahrzehnt lädt das Netzwerk Cuba alle Freunde Cubas zum jährlichen Bundestreffen der Cuba-Solidarität ein. Auf dem Programm stehen Vorträge und Diskussionen im Plenum, in Arbeitsgruppen und am Samstagabend ein Fest mit Musik.
Zur Information und Diskussion über die aktuelle Lage und Perspektiven in Cuba stehen cubanische Gäste Rede und Antwort – zumindest Vertreter der cubanischen Botschaft in Deutschland. Für die diesjährige Tagung werden auch Vertreter des cubanischen Gewerkschaftsbundes CUT erwartet.
Termin: 26.-28.5.2000 in Frankfurt, DGB-Haus, Jugendclub, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
Infos und Anmeldung:
Netzwerk Cuba e.V., Kreutzigerstraße 18,
D-10247 Berlin, Tel. 030-29494260,
Fax 030-29494261
www.netzwerk-cuba.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.